

12. Heft | 17. Juni 1909

WILHELM SCHRÖDER · DAS PREUSSENTUM IN DER PARTEI



AS dem Kulturmenschen am Preussentum auf die Nerven fällt, das ist nicht so sehr die äusserliche Schnauzbärtigkeit. Sie ist gerade kein angenehmer Ausdruck der Strammheit, des Ordnungssinns und der relativen Ehrlichkeit des preussischen Beamtentums; aber wer die Dinge mit Humor zu nehmen weiss, findet sich mit ihr ab. Wer wie ich *Musspreusse* geworden ist, nachdem ihm vorher annähernd ein halbes Dutzend Potentaten verschiedener Provenienz schon in frühester Jugend die Segnungen des Gottesgnadentums hatten zu teil werden lassen, hasst in seiner meerumschlungenen Verwöhnung nach altem Herkommen die preussische Wesensart. Aber Leute, die anno 66 nicht mitannektiert worden sind, hegen für die guten Seiten des Preussentums eine stille Liebe und wissen sich ohne Kummer mit seinen Rauheinigkeiten abzufinden. Nachdem ich eines Tags bei der Redaktionsarbeit im Gespräch mit Ignaz Auer an Preussen kein gutes Haar gelassen hatte, standen mir die Haare zu Berge, als der Urbayer als Antwort ein Loblied auf Preussen anstimmte: Preussen habe Deutschland erst zum ganzen Kerl gemacht; der süddeutschen Schlamperei wäre es aus eigenen Stücken nie möglich geworden dem deutschen Namen Achtung in der Welt zu verschaffen. In den 15 Jahren, die seit dieser Zeit vergangen sein mögen, bin ich milder gestimmt worden. Man müsste auch kein wohldisziplinierter Sozialdemokrat sein, wenn man nicht begreifen lernte, dass Strammheit eine unbequeme, aber unter Umständen nützliche Tugend ist. Sie allein macht das Preussentum nicht verhasst. Mit ihr gepaart ist aber eine unduldsame Uniformierungssucht und ein Aberglaube an die Wirksamkeit von Gewaltmitteln, der sich dem bösartigen Irrwahn hingibt, dass der Plempe die Eigenschaft beiwohne den antikonservativen Geist bannen und neue Ideen ausrotten zu können. Allerdings grassiert dieser Aberglaube auch anderswo, aber in keinem Staat wurzelt er so tief wie in Preussen. Seit bald hundert Jahren, seit der Zeit, wo durch die Demagogenverfolgungen die ersten deutlicheren Spuren politischen Lebens vernichtet werden sollten, bis zum heutigen Tage haben die Hohenpriester des Polizeiaberglaubens die tüchtigsten, ehrenhaftesten, um ihr Volk am meisten verdienten Männer zu drangsalieren verstanden. Eine

lange Liste würde es geben, wollte man von Ernst Moritz Arndt bis zu den Führern der Sozialdemokratie auch nur die bedeutendsten Namen der Opfer aufzählen. Nie kam den preussischen Staatslenkern auch nur von fern der Gedanke, dass der im Staatswesen ein Pfuscher sei, der neue Strömungen, neue Ideen nicht der Gesamtheit dienstbar zu machen suche oder sie zum mindesten unbehelligt lasse. Nichts hat sich in dieser Hinsicht geändert. Nach den selben Grundsätzen, nach denen dereinst die als Demagogen verschrienen Patrioten in die Kasematten geschleppt wurden, bringt man in unseren Tagen Sozialdemokraten ins Gefängnis oder sucht sie, wo dies nicht möglich, als Staatsbürger zweiter Klasse zu verletzen.

Man könnte nun, wenigstens vom konservativen, auf die Erhaltung des Aberglaubens bedachten Standpunkt aus eine solche unverrückbare Konsequenz als Staatsweisheit preisen, wenn ihr jemals schon irgend welcher Erfolg geblüht hätte. Aber wie sonst, solange es eine Menschheitsgeschichte gibt, so bewährte sich auch in Preussen und den kleineren deutschen Vaterländern, die dem führenden Staat nacheiferten, jene alte Grundwahrheit, dass alle Verfolgungen den Verfolgten zum Heil gedeihen müssen. Wer wollte leugnen, dass die Sozialdemokratie unendlich viel schwerer um ihre Ausbreitung zu kämpfen hätte, wenn vom Ministerpräsidenten bis zum Nachtwächter herab die Organe der Staatsgewalt nicht die Ausrottung des sozialistischen Gifts als ihre Hauptaufgabe ansähen?

Wir Sozialdemokraten, die wir Opfer des Preussentums werden sollen, gedeihen frisch und fröhlich und hoffen in fester Zuversicht, wie überhaupt die Kulturwelt, so auch unser liebes deutsches Vaterland für unsere Ziele zu erobern. Aber nicht ausbleiben konnte, was ja auch früher schon Begleiterscheinung langwieriger Kämpfe war: Wir haben in steter feindlicher Berührung mit dem Gegner auch von seinem Wesen etwas übernommen. Wohl in keinem Land der Welt geht ein so strammer Zug durch die Sozialdemokratie, in keinem Land sind ihre Kämpferscharen so geschult, in keinem Land ist ihre Disziplin so vortrefflich, ihre Verwaltung so geordnet wie in Preussen. Ja, wir haben den Gegner überholt. Wie glücklich würde sich der preussische Finanzminister schätzen, wenn die von ihm verwalteten Kassen einen ebenso günstigen Stand aufwiesen wie die unseres sozialdemokratischen Finanzministers. Ist es bei so vortrefflicher Anpassungsfähigkeit ein Wunder, wenn auch die minder angenehmen Eigenschaften des Gegners ein wenig auf uns abgefärbt haben? Als sonst verträgliche Leute lassen wir unter Freunden und Parteigenossen uns auch diese Unarten gefallen, solange sie nicht epidemisch zu werden drohen. Man übersieht es ja auch manchmal geflissentlich bei Tisch, wenn ein sonst verehrungswürdiger Freund rülpsst oder das Messer zum Munde führt. Wenn jedoch der Aberglaube an die Gewalt derart um sich greift, dass er gar zu sehr den preussischen Lehrmeister verrät, dann ziemt es sich doch vielleicht daran zu erinnern, dass wir keine preussischen Staatslenker sondern Sozialdemokraten sind.

Die Genossen Leuthner und Maurenbrecher sind bekanntlich diesmal die Kar-nickel, die angefangen und die polizistischen Gelüste in unseren Reihen von neuem mobil gemacht haben. Es bleibt jedem unbenommen die von diesen beiden Parteigenossen verkündeten Anschauungen falsch zu finden und sie in diesem Fall zu bekämpfen, scharf zu bekämpfen. Jeder handle da nach seiner zeitwei-

ligen Überzeugung. Was Spreu, was Weizen ist in den von Leuthner und Maurenbrecher in dieser Zeitschrift veröffentlichten Arbeiten, wer vermag das heute mit unfehlbarer Sicherheit zu sagen? Möglich, wenn auch unwahrscheinlich, dass nach 10 oder 15 Jahren die politische Situation ähnlich ist wie heute, und dass ihre Gegner in der Partei dann mit vollem Fug über die beiden triumphieren können. Möglich aber auch, dass dann manches schon als hausbackene Wahrheit gilt, was zurzeit als sozialdemokratische Ketzerei verurteilt wird. Mit Beispielen dieser Art, deren die Partei sich übrigens gar nicht zu schämen hat, kann man ja auch bei uns aufwarten. Jedoch davon, ob es das Schicksal wahren oder falschen Prophetentums ist, das die beiden gegenwärtigen Inkulpaten auszukosten haben, soll an dieser Stelle nicht weiter die Rede sein. Darum, so scheint es, ist auch ihren meisten parteigenössischen Widersachern gar nicht so sehr zu tun. Anders würden sie nicht flinker Hand ihrem Bedauern darüber Ausdruck geben, dass es für die Partei keine Exmissionsmöglichkeit zwei Männern gegenüber gibt, die sich, wie wir anderen auch, durch den Beitritt zur Partei auf die sozialdemokratischen Grundanschauungen verpflichtet haben, und denen auch nicht nachgewiesen ist, dass sie die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise in Zweifel gezogen haben. Denn auf das gekennzeichnete Bedauern läuft es ja wohl hinaus, wenn zum Beispiel das Harburger *Volksblatt* vom 4. Juni sich gegen jene »Ideologen aus bürgerlichen Kreisen« wendet, »die ein ungünstiger Wind zu uns herüberwehte, und die wir vorläufig noch behalten müssen«. Deuten solche zarten Winke mit dem Zaunpfahl schon auf einen handfesten Glauben an die Wirksamkeit der Gewalt hin, so bekunden sie doch noch eine gewisse Zurückhaltung im Vergleich mit jenen parteigenössischen Äusserungen, die gleich aufs ganze gehen und nicht nur die Autoren sondern nach altdeutscher Sitte auch den Mann in Acht und Bann getan wissen wollen, der diese Artikel in seiner Zeitschrift veröffentlichte. Man bedachte nicht, dass er in Ausführung seines redaktionellen Programms sie auch dann veröffentlicht haben würde, wenn ihr Inhalt nicht in so hohem Masse seinen eigenen politischen Überzeugungen entsprochen hätte. Dass es ihm fern liegt Anschauungen unterdrücken zu wollen, die den seinigen entgegenstehen, dass er auch anderen Meinungen Raum gibt, zeigte sich ja bei der selben Gelegenheit: der Artikel Bernsteins gegen den Leuthnerschen erschien in den selben *Sozialistischen Monatsheften*. Die Diskussion einer Ansicht braucht nicht zu fürchten, wer an deren Richtigkeit glaubt.

Die *Sozialistischen Monatshefte* geben vernehmlich genug bekannt, dass sie »ein unabhängiges Organ für Theorie und Praxis des Sozialismus, eine Revue des geistigen und sozialen Lebens auf dem Boden sozialistischer Weltauffassung« sein wollen. Dies Programm ist ja auf den Parteitag, die sich mit den *roten Heften* befassten, verschieden kommentiert worden. Wie aber auch immer die Ansichten über die Frage waren, ob die *Sozialistischen Monatshefte* günstig oder ungünstig auf das Gedeihen der Partei eingewirkt haben: darüber war wohl nirgendwo ein ernst zu nehmender Zweifel, dass diese Zeitschrift das ist, was sie dem Sinn ihrer eigenen Worte nach sein will: ein nicht amtlich kontrolliertes Organ, in dem Sozialdemokraten, nur auf ihre eigene Verantwortung gestützt und auf die des Herausgebers, zu allen wichtigen öffentlichen Angelegenheiten Stellung nehmen können, Stellung, wie

dies bei Sozialdemokraten ja nicht gut anders denkbar ist, im sozialdemokratischen Sinn. Hiermit schienen auch diejenigen Parteiblätter und Parteigenossen sich abgefunden zu haben, die den *Monatsheften* sonst nicht gerade gewogen sind. Wenigstens sind mir keine Spuren polizistischer Auffassung bekannt. Wenn ein sehr *radikales* Blatt wie die *Leipziger Volkszeitung* seiner eigenen Versicherung nach zwar die *Sozialistischen Monatshefte* für gewöhnlich nie zur Hand nimmt, sie aber in strenger Beharrlichkeit trotzdem immer nur die »sogenannten *Sozialistischen Monatshefte*« nennt, so geschieht das zweifellos nicht als Empfehlung von Gewalt sondern nur im Sinn einer moralischen Einwirkung auf die Parteigenossen. Mag sein, dass man diesen Brauch nicht auf alle Fälle für erfolgreich hält; und dem Glück wird daher in gemessenen Zwischenräumen durch die für wirkungsvoller gehaltene Behauptung oder Andeutung nachgeholfen, dass unbekannte (natürlich an der Schädigung der Sozialdemokratie interessierte) bürgerliche Geldgeber hinter den *Sozialistischen Monatsheften* steckten. Aber auch diese Nachhilfe geschieht sicher nur im moralisch läuternden Sinn und kommt daher als Empfehlung von Gewalt nicht in betracht.

Anders ist aber der Standpunkt, den das *Sächsische Volksblatt* zu Zwickau in seiner Nummer vom 27. Mai gegen die *Sozialistischen Monatshefte* und ihre Mitarbeiter einzunehmen für nötig erachtet, ein Standpunkt, den man vielleicht überschätzen würde, wenn nicht andere Parteiblätter den in dieser Stellung erteilten Ratschlag ohne tadelnden Zusatz abgedruckt hätten. Das Zwickauer Parteiorgan schliesst seine gegen die *Monatshefte* gerichteten Ausführungen mit folgenden Worten:

»Die *Sozialistischen Monatshefte* sind ein bürgerliches Blatt wie jedes andere auch; infolgedessen führt es der Parteivorstand [der es noch nie in der Liste geführt hat] schon längst nicht mehr in seinem Verzeichnis der Parteipresse auf. Es fragt sich deshalb [!] aber auch, ob nicht der bekannte Beschluss des Dresdener Parteitages Anwendung zu finden habe, der es mit den Interessen der Partei für unvereinbar erachtet, dass Parteigenossen als Mitarbeiter an bürgerlichen Pressunternehmungen tätig sind, in denen an der sozialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird.«

Mit dieser Aufforderung zur gewaltsamen Auslegung eines Parteitagsbeschlusses, der meiner persönlichen Auffassung nach schon in seiner gegenwärtigen Geltung einer der verfehltesten ist, die je auf sozialdemokratischen Parteitagen gefasst wurden, geschieht im Grunde genommen nichts Neues. An seine Anwendung auf die *Sozialistischen Monatshefte* dachte man schon, bevor es überhaupt einem Parteigenossen in den Sinn kam ihn formell in die Welt zu setzen. Auf dem Parteitag zu München /1902/ erhob neben anderen der Delegierte Rollwagen-Augsburg unter anderem folgende Anklagen:

»An der *Neuen Zeit* arbeiten verschwindend wenige Reichstagsabgeordnete mit, fast sämtliche Reichstagsabgeordnete der Partei laden ihre Elaborate in den *Sozialistischen Monatsheften* ab, in einem Organ, das nicht im Parteiverlage erscheint . . . Besonders auffallend ist, dass auch ein Mitglied des Parteivorstandes seine Elaborate bei den *Sozialistischen Monatsheften* ablädt.«

Hiergegen wandte Auer sich in einer Rede, die vielleicht auch heute noch auf diesen und jenen Parteigenossen nicht ohne Eindruck bleibt, und die daher im Auszug wiedergegeben sei. Auer sagte:

»Der Parteibeamte, von dem bei der Frage der Mitarbeit an den *Sozialistischen Monatsheften* die Rede war, bin ich. [Ruf *Leider!*] Ich habe keinen Anlass das zu bemängeln, ausserdem waren ja einzelne Genossen offen genug meinen Namen

zu nennen. Dass ich Parteibeamter bin, weiss ich. Ich bin mir auch meiner subalternen Stellung gegenüber der Volkssouveränität, die Sie repräsentieren, durchaus bewusst. Ich weiss, dass diese meine Stellung als Parteibeamter mir Pflichten auferlegt, die ich, soweit meine Kräfte reichen, auch erfüllt zu haben glaube. Aber recht angenehm ist das ewige Erinnern daran, dass man Parteibeamter ist, wo doch zwischen den Zeilen immer das Wort *besoldet* steckt, gewiss nicht. Jemanden gewissermassen mit Stockschlägen auf den Magen an seine Parteipflicht zu erinnern hat immer etwas Missliches. . . . Ja, die freie Meinungsäusserung für die Sache, der man selbst angehört, die verlangen alle, auch die Stockkonservativen. Eine derartige Forderung so weit zu erheben als man sie selbst braucht, das ist noch keine Anerkennung des Rechts der freien Meinungsäusserung. Das Recht muss im vollen Masse auch für die Kritik des Gegners anerkannt werden. Nun frage ich Sie: Wo kommen wir hin, wenn der Grundsatz gelten soll, der früher nie in der Partei gegolten hat, dass derartige freie literarische Organe, wie die *Sozialistischen Monatshefte* es sind, oder die *Deutschen Worte* des Genossen Pernerstorfer, oder wie es vor dem Sozialistengesetz die neben dem offiziellen, wissenschaftlichen Organ *Die Zukunft* bestehende *Neue Gesellschaft* war, von Parteischriftstellern nicht mehr benutzt werden dürfen? Wo kämen wir hin, wenn der Grundsatz gälte: Meinungsfreiheit in vollem Umfange, aber die Blätter werden ausgesucht, in die du schreiben darfst [Heiterkeit]? Das *rote Heft* wird boykottiert, für die *Sozialistischen Monatshefte* darf nicht geschrieben werden. Da fällt mir jener Wiener Zensor ein, bei dem sich ein Schriftsteller beklagte: »Wissen Sie, man verliert ja alle Lust zu schreiben unter solchen Verhältnissen.« Und da antwortet der Zensor: »Aber ich bitte, Herr Doktor, Sie befinden sich in einem schweren Irrtum: Sie können schreiben, was Sie wollen, nur fürs Druckenlassen brauchen Sie unsere Erlaubnis.« [Grosse Heiterkeit.] . . . Als alter Kampfgenosse möchte ich zum Schluss noch einige Worte an Sie richten. Es ist sentimental, aber wenn es mich drückt, muss es heraus. Ich kann nicht verschweigen, dass es mich schmerzlich berührt, wenn auch diesmal wieder, wenn auch nicht in der Schärfe wie auf dem Parteitag in Hannover, von der Richtung, die von der anderen als die besonders zielbewusste und *unentwegt* hingestellt wird, immer wieder direkt oder indirekt der Ton angeschlagen wird: Wenn es nicht anders ist, dann muss der Bruch eintreten, dann müssen wir auseinandergelien, dann mag es heissen: hie rechts, hie links, so kann es nicht weiter gehen. [Lebhafte Zustimmung von allen Seiten der Versammlung.] Ich stehe seit 30 Jahren in der Partei, ich nehme für mich in Anspruch, so gut und so weit meine Kräfte reichten, im Dienst der Partei zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen meine Pflicht erfüllt zu haben, so gut wie alle anderen. Da tut es weh, wenn einem immer wieder, wenn auch nur durch die Blume, zu verstehen gegeben wird: ihr könnt nicht mehr mit, das ist eine andere Richtung. Ich meine, für die Beurteilung des Mannes kommt es vor allen Dingen in Betracht, wie er in Zeiten der Gefahr, wo es auf den Mann ankam, sich bewährt hat. Da möchte ich doch an meine alten Kampfgenossen einmal die Frage stellen, an diejenigen, die mit solchen Drohungen immer spielen: Wann und wo seid ihr in der Bresche gestanden, um mit Aufgebot der letzten Kraft die Partei und ihre Interessen zu vertreten, und ich war nicht in eurer Mitte? [Wiederholte lebhafte Zurufe.] Wann und wo hat es Wunden im Kampf gegeben, in dem mein Blut sich mit eurem Blut nicht gemischt hätte? Was ich hier für mich spreche, spreche ich auch für viele andere aus. [Lebhafte Zustimmung.] Diese Art und Weise, immer mit solchen Drohungen zu kommen, das ist nicht wohlgetan.«

Mir steht es nicht an auf das Gemüt der Parteigenossen einzuwirken, und daher will ich dem Zwickauer Parteiblatt und den Parteigenossen gegenüber, die in seiner Aufforderung der Weisheit letzten Schluss sehen, auch keines von den Argumenten unseres verstorbenen Parteigenossen Auer wiederholen. Ich will nur den Fall setzen, dass der diesjährige Parteitag im Zwickauer Sinn beschlüsse und allen Reichstagsabgeordneten, Parteibeamtinnen und sonstigen Parteigenossen und -genossinnen, die wohl an der Zahl von fast hundert bislang

an den *Sozialistischen Monatsheften* mitgearbeitet haben, diese Mitarbeit durch eine den Tatsachen ins Gesicht schlagende Auslegung des Dresdener Parteitags unmöglich machte. Was wäre damit im Sinn unserer *radikalen* Parteigenossen gewonnen? Können wirklich sozialdemokratische Redakteure sich so weit vergessen, dass sie von einer Massregel, mit der der preussische Staat sich hundert- und tausendmal bis auf die Knochen blamiert hat, eine Wirkung erhoffen? Kein Vierteljahr würde vergehen, und die Parteigenossen, die nach Lage der Dinge nun einmal auf die Vertretung ihrer revisionistischen Anschauungen angewiesen sind, hätten um ihrer sozialdemokratischen Existenz willen einen Platz gefunden, wo sie sprechen können, und dann vielleicht, der verschärften Situation gemäss, auch in einer schärferen Tonart.

Um so besser, mögen unsere Parteigenossen der konservativen Richtung sagen, dann wäre die reinliche Scheidung endlich in die Wege geleitet. Wer so redet, gibt sich seinem verbrecherischen Wahn hin, den man vor bald 40 Jahren schon abgetan wähte. Damals gab es zwei Arbeiterorganisationen mit dem selben Statut, dem selben Programm, nur mit dem einen Unterschied, dass etliche der *Führer* sich gegenseitig nicht beriechen konnten. Kein als Revisionist verschrieener Parteigenosse ist so unvernünftig diesen unwürdigen Spektakel wieder aufführen zu wollen. Keinen Unterschied in den Zielen gibt es zwischen *Radikalen* und Revisionisten: beide Richtungen, die übrigens seit der Existenz der sozialdemokratischen Bewegung, wenn auch unter mannigfach veränderter Etikettierung vorhanden waren, erkennen jede Satzung, jeden Paragraphen des Organisationsstatuts gleichermassen für sich als bindend an. Nur über die Wahl der Mittel zum Ziel und über die Zeit, in der das Ziel zu erreichen ist, gehen ihre Ansichten auseinander. Insoweit allerdings ist für unsere *radikalen* Parteifreunde Grund zur Nervosität vorhanden, als wir uns im *Vormarsch*, sie aber, wenn der Ausdruck erlaubt ist, sich im Verteidigungszustand befinden. Aber man sollte denken, dass nicht allzuviel philosophische Gelassenheit dazu gehört sich mit dieser Tatsache abzufinden und die aufgeregten Gemüter in der Partei zu der Einsicht zu bringen, dass der preussische Aberglaube an die Gewalt in der Sozialdemokratie barbarisches Fremdtum und daher der Sozialdemokratie unwürdig ist. Ist der Revisionismus lebensfähig in der Partei, gehört ihm den Grundsätzen der Entwicklung nach die Zukunft, dann wird er sich durchsetzen, und wenn die Welt voll Teufel wär' und wollten uns gar verschlingen. Just so wie der Sozialdemokratie im ganzen in allen Kulturländern sicher die Zukunft gehört. Ist der Revisionismus aber, wie unsere *radikalen* Parteigenossen unausgesetzt verkünden, wirklich nur das Produkt etlicher bürgerlicher Ideologen, die ein unglücklicher Wind zu uns herüber geweht hat, dann wäre die Anwendung preussischer Gewalt gegen sie als ein Martyrium dieser Leute erst recht der Gipfel der Torheit. Die Gewalt ist im einen wie im anderen Fall kein Heilmittel; und der Schrei nach ihr in unseren Reihen wirkt um so drolliger, als es mit jedem Tag weniger sicher wird, wer denn wohl Sieger bleiben würde, wenn es zum Äussersten käme. Den Revisionisten fällt es ja nicht im Traum ein in den Fehler ihrer *radikalen* Parteigenossen zu verfallen und nach Scheidung zu schreien. Schon weil sie wissen, dass alles nur relativ ist, und die *Radikalen* nicht *radikal* sein könnten, wenn sie in ihrem revisionistischen Brudersinn ihnen nicht den Ge-

schwärmen darf, aber um der Mahnung willen die Politik so einzurichten, dass den Friedensfeinden im Ausland daraus nicht Vorteil erwächst, erbarmungslos gesteigert wird.

Und darum über die Feinde, die in der Partei mir erstanden, nichts mehr: sie waren, wie so oft, die besten Freunde. Nur denen sei ein ganz kurzes Nachwort gewidmet, die es wie die *Dresdener Volkszeitung*, wie die Chemnitzer *Volksstimme*, wie Bernstein hier in den *Sozialistischen Monatsheften* mit der Sache ernst meinten oder wenigstens wie der Kritiker in der *Neuen Zeit* mit anderem auch Sachliches brachten. Sie sind für mich der gefährlichere Gegner, da ihre redlich und wohl erwogenen Einwände über den Kreis der Menschen hinaus wirken, denen zur Abfertigung einer Idee genügt, dass man ihren Träger mit einem Spitznamen ausrüstet. Bernstein namentlich hat mich an einer schwachen Seite gepackt. Ich habe tatsächlich England mit keinem Fuss je betreten, und er kennt es durch mehrjährigen Aufenthalt sicherlich sehr genau. Daraus muss sich in der Beurteilung vieler persönlicher und sachlicher Einzelheiten eine Überlegenheit ergeben, die unüberwindlich ist. Aber auch in der Beurteilung allgemeinerer Fragen? Das dünkt mich nicht ebenso unzweifelhaft. Wie könnte sonst Bernstein aus dem betrübten Verlauf der Londoner *Season* während des Burenkriegs schliessen, dass mein Satz, die Engländer hätten nicht das selbe ethische Verhältnis zum Kriege wie die Nationen der allgemeinen Wehrpflicht, grundfalsch sei? Wie? Wenn er recht hätte, so müssten die sittlichen und seelischen Beziehungen der Bevölkerung Deutschlands zum Heer heute die selben sein wie in den Tagen vor Jena. Auch auf der Entwicklungsstufe der Mietlings- und Konskriptionsarmee war diese doch zugleich für die vornehmsten Familien des Landes Ort und Mittel die einflussreichsten und glänzendsten Posten zu gewinnen. Die gesellschaftliche Stellung des Militärs wird in jenen Zeiten von entgegengesetzt gerichteten Motivreihen getroffen. Der friedliche Bürger verachtet den gemeinen Soldaten, der sich zu einer gefährlichen und gemiedenen Hantierung hat anwerben lassen, zumal die *Söhne des Volks* meist dessen verlorene Söhne sind; aber die universellen Faktoren, die ungeschwächt fortwirken, solange der Staat ein Machtgebilde ist, sichern dem realen Ausdruck der Staatsgewalt, der Armee, gleichwohl die bevorzugte Stellung, nur dass Vorteil und Ehre noch ausschliesslicher als sonst sich auf die Führer, das Offizierkorps, beschränken. Die vorrevolutionären Schriftsteller der metternichschen Epoche haben gleichzeitig über die viehische Misshandlung der Soldaten und über den säbelrasselnden Übermut der uniformgeschmückten Herren söhnen zu klagen. Darin ändert sich auch nichts, wenn eine humane Kulturstimmung gegen Krieg und Kriegerstand polemisiert oder im reinen Handelsstaat der Krämerprofit zum obersten Staatsinteresse und das Heer zu dem in Menschenleibern *à fonds perdu* angelegten Kapital wird. Auch dann sind die Barkiden, die Oranier, die Ruitere die strahlendsten Namen, und die ersten Familien drängen sich nach der gleichen Ehre. Nie war Soldatentod nur das Leid der Soldatendirne, immer haben mit den Leonoren die fürstlichen Luisen und Charlotten gebangt und geweint; aber das eine wie das andere war individuelles Schicksal, das die mitgestimmte Seele des Dichters suchte, die Gesamthaltung der Nation wurde dadurch nicht beeinflusst. Ob adelige Familientradition, patrizisches Snotum, Berufspflicht des Offiziers oder Handgeld, Werbung und Menschenfang: die

ungeheure Mehrheit des Volks empfindet weder als Schwertadel noch als Mietling. Nur dort, wo das Soldatsein nicht bloss ein Stand sondern auch der allgemeine Zustand aller kriegstauglichen Männer ist, wo der Krieg alle ruft, alle, die weder in Ehre noch im Sold einen Gegenwert haben: nur dort kann von einer Gesamtbürgerschaft, von einem tiefen ethischen Verhältnis der Nation zum heiligen Gut des Friedens die Rede sein. Den Engländern ist es nicht bekannt, kann es nicht bekannt sein, mögen ihre Berufssoldaten heute als die honnetesten Leute gelten, und die Argyle und Marlborough sich ebenso gern mit der Epaulette schmücken wie die Liechtenstein und die Ratibor.

In der Frage der Gefühlsbeziehungen der Engländer zum Kriege hat sonach Bernstein ebenso gewiss fehlgegriffen wie ich gestehen muss von der Zusammensetzung des Balkankomitees nichts Genaueres gewusst zu haben. Das ist nicht bloss ein Wissensdefekt, es ist auch ein Charaktermangel. Ich bin nämlich kühl bis ans Herz hinan gegen alles Humanitäre, Irenische, Menschen- und Völkerbeglückende, das uns im Vereins- und Komiteeweg einer vollkommenen Endzeit entgegenführt und im Türkenreich wie im dunklen Afrika den Wölfen das Würgen und den Katzen das Mäusen abgewöhnt. Nicht als ob ich dergleichen einfach für Schwindel hielte, weil es in dem nach Zeitungsreklamierenden Wien fast durchgängig Schwindel ist. Ich habe ein Mass für die Unterschiede. Die Zahl der Menschen, denen der bürgerliche Gewinn von Grosspapa und Papa das köstliche Vorrecht hinterlassen hat über den brutalen Interesselkämpfen des Daseins in edler Unberührtheit zu schweben, hat in den verschiedenen Ländern eine sehr verschiedene Grösse. In Wien reicht das Kontingent der von wuchernden Papas den Kulturidealen zur Verfügung gestellten Söhne eben noch hin die deutsche Lyrik mit zarten Blüten zu schmücken und Stefan Georges erlesener Kunst emsige Nacheiferer zu werben; die handgreiflichen Betätigungen im Reich des Ideals müssen die Väter selbst nach der Börsenstunde besorgen. In England dagegen bildet die zur Humanität vorbestimmte Gesellschaftsschicht eine grosse, den Gang der Dinge mitbestimmende Macht, die rechtzeitige Eroberung Indiens und die saubere Skalpierung der Indianer giesst noch über die späten Nachkommen den reinen Gottessegen aus. Milderung der sozialen Kampfformen, Pflege einer vornehmen Lebenskunst wie ideal hinaufgetönter Liberalismus entspringen der Stimmung dieser Seligen, denen ewig klar und spiegelrein und eben das zephyrleichte Leben fliesst. Die besten Männer der Nation gesellen sich ihnen zu und führen sie. Ihre Tätigkeit bildet von der Nachfolge Ruskins und dem Kultus Rossettis bis zur Förderung des bulgarischen Koburgers eine ununterbrochene, vielzählige Kette des Edelmutts. Doch nicht in allen Fächern scheinen mir die Leistungen gleichwertig zu sein. Bei der Innendekoration der Villen dürfte sich ein gediegenerer Dilettantismus bewähren als bei dem Versuch den Balkan einzurichten. Bernstein gesteht ja selbst, das Balkankomitee senfze dem Bulgarien nach, wie es Ignatiew in San Stefano formen liess. Nun, auf einem schottischen oder englischen Landsitz mag immerhin die Unterwerfung Mazedoniens unter die bulgarische Herrschaft als Lösung erscheinen. Die Serben, Griechen, Albaner und Muhamedaner, die Mehrheit der mazedonischen Bevölkerung, dürfte anderer Meinung sein. Hat doch in den letzten Jahren die *türkische Unterdrückung* in Mazedonien darin bestanden, dass osmanische Soldaten zusahen, wie Griechen und Bulgaren sich wechselseitig die Gurgeln abschnitten. Unter

bulgarischer Herrschaft hätte das gleiche nur der schärfste Polizeidruck verhüten können. Jedenfalls muss der Grieche oder Arnauten noch geboren werden, der die bulgarische Herrschaft der osmanischen vorzöge. Überhaupt Völkerbeglückung: Man weiss ja, sie wird von Franzosen und Engländern und nicht selten auch von anderen unter prinzipiellem Verzicht auf Geographie und Ethnographie betrieben, nur wundere man sich dann nicht und suche einen gar nicht vorhandenen österreichischen Patriotismus nicht als Erklärungsgrund, wenn ein Wiener Schriftsteller, der sich von Amts wegen mit den krausen Balkandingen befassen muss, einer im Objekt irrenden Menschenliebe nicht den gehörigen Respekt entgegenbringt.

Die Kenntnis des Details verleitet indes sehr leicht zur Überschätzung des Kleinen. Die meisten Missurteile über die auswärtige Politik schreiben sich daher. Wir wissen vermutlich in Österreich besser Bescheid als ein Deutscher in England wissen kann, dennoch haben wir uns durch die Aehrenthalsche Annexionspolitik überraschen lassen. Über den inneren Wirren, dem Wachsen der demokratischen und zentripetalen Mächte und dem Sinken der zentralen, vergassen wir, dass ein Staat in der auswärtigen Politik von den grossen Linien seiner Struktur und von seinen konsolidierten Gewalten bestimmt wird, falls die Not ihn zu handeln aufruft oder starker Wille oder auch nur Abenteuer-sinn an leitender Stelle seinen zusammengefassten Kräften Ziel und Richtung zu geben versteht. Die einfache Überlegung, dass der Stolz der Habsburger nie die Absendung einer bosnischen Deputation an das türkische Parlament ertragen würde — letzten Endes das treibende Motiv der *Annexion*, dieser blossen Änderung der juristischen Etikette, des Besitztitels —, hätte das Dunkel der Buchlauer Beratungen rasch durchhellte. Doch war sie leichter in New York als in Wien zu machen, wo die offenkundige Schwäche des Regimes und die Nachgiebigkeit des greisen Monarchen übersehen liess, dass die Überlieferungen der Hofburg fortleben und ein Grossstzatz, wenn er noch äusserlich aufrecht steht, nicht freiwillig darauf verzichtet sich als Machtpotenz in seinem nächsten Interessenkreis geltend zu machen. Bernstein geht ähnlich in die Irre. Er weiss um die grosse Macht der ideologischen Bestrebungen und Vereinigungen der Briten, er hört täglich den ungeheuren Lärm, mit dem sich die Streiter für und gegen die Schankbill umgeben, und es nimmt ihn wunder, wie man diese Vorgänge, die im englischen Leben den breitesten Raum beanspruchen, bei Berechnungen der auswärtigen Politik ausser Ansatz lassen könne. Doch solche geistigen Strömungen verzögern nur den grossen Gang der Dinge oder zwingen ihn zu Ausbeugungen, ohne die Richtung endgültig zu ändern. Auch als der britische Liberalismus die Kolonien für wertlose Last und gewaltsames Einschreiten als unmoralisch erklärte, auch unter Gladstone, tat England seinen überseeischen Besitz nicht von sich, vermehrte ihn sogar durch Eroberungen; nur verlief alles gehemmt und wurden gute Gelegenheiten verpasst. Die auswärtige Politik eines Staates entwickelt sich aus den grundlegenden Bedingungen seiner Existenz, die bei Grossbritannien durch seine Insellage, seine Seeherrschaft und den Besitz unermesslicher Kolonialreiche deutlich umrissen sind. Das britische Reich als die Verkörperung, als der materielle Niederschlag der tiefsten Grundtriebe und der umgestaltenden Erlebnisse der britischen Volksseele, ist entscheidend, nicht die Gedankenformulierungen, in denen sie sich wechselnd ausspricht.

Hier mag man denn auch zwanglos die bekannten (vom politisch historischen Standpunkt aus übrigens belanglosen) sittlichen Einwendungen anknüpfen, die in dem Schlagwort *Perfides Albion* gipfeln. Dem Staat wird nicht nur, wie Burckhardt meint, ein Egoismus zugestanden, der dem einzelnen unerlaubt ist, sondern auch eine Barbarei des Denkens und Handelns, über die die sanften Gewöhnungen unseres Kulturlebens weit hinaus sind. Das englische Reich betreibt zur See Präponderanzpolitik, die zu Lande mit dem Anfang des 19. Jahrhunderts verschwunden ist. Daraus ergeben sich notwendig Überfälle auf feindliche Städte (Kopenhagen, Alexandrien), *Reunionen* in Friedenszeiten im Bereich wichtiger Verbindungswege des Weltreichs (Ägypten), Aufteilungen fremder Gebiete (Marokkovertrag, persischer Teilungsvertrag). Wie jedoch die Vorherrschaft zur See England in den Methoden der Politik Ludwigs XIV. festhält und auch das Raubrecht des 30jährigen Kriegs für Seekriege konserviert, so nötigt in den Kolonialreichen selbst das beständige Aufeinanderstossen mit halbzivilisierten und halbwildem Völkern in beständigen Strafexpeditionen, Aufwiegelungen, Verhetzungen der Parteien gegen einander (Afghanistan), in Fürstenbestechung (Indien), in Einfällen unter dem Vorwand von Revolten (Jameson) und dabei ununterbrochenen Gebietserweiterungen und Abrundungen die Mittel und Arten des Regierens zu reproduzieren, die dem Römerreich eigentümlich waren. Mit gutem historischem Recht nennen die Russen die englischen Vizekönige Prokonsuln. Dergleichen begegnet in allen Kolonialgebieten, ist aber für das beherrschende Volk — die Russen ausgenommen — nur untergeordnete, vorübergehende Episode, für die Engländer dagegen der Alltag ihrer Politik und muss dann auch auf das gesamte politische Denken zurückspeiegeln. Unerhört wäre im 20. Jahrhundert bei einer anderen Nation der Gedanke über den Nachbar herzufallen, um ihn durch Vernichtung seiner Handelsflotte wirtschaftlich unerschädlich zu machen: bei Engländern ergibt es sich mit klarer Logik aus der Übertragung ihrer überseeischen Gepflogenheiten auf europäische Verhältnisse. Wenn man diese Tatsachen feststellt, die als Tatsachen ein Recht auf Feststellung haben, so meinen sentimentale Leute, man tue der Nation zu wehe, die uns Shakespeare, Newton und Darwin geschenkt hat. Allein Jameson ist nicht Hamlet, und die Fremdherrschaft in Ägypten und Indien nicht die Abstammung der Arten. Gar zu begütigend jedoch klingt die Trostrede, dass die Zahl der Jingoos im Grunde gar nicht so gross sei. Wer kämpft gegen die Jingoos? Es wäre gegen alle Ökonomie das von Berlin aus zu tun. Überlassen wir die moralische Entrüstung den englischen Humanitären. Wir haben lediglich zu erforschen wie weit sich in den jingoistischen Übertreibungen echte Gedanken und wahrscheinliche Richtungen der englischen Politik ankündigen. Der Gegensatz zwischen den aus der Struktur und den Bedürfnissen des Weltreichs herfließenden Barbareien der Politik und dem Kulturwissen eines der edelsten und vornehmsten Völker besteht zweifellos, allein die Ausgleichung geschieht, soweit die Kolonien in betracht kommen, ohne Mühe wegen der Entfernenheit der Vorgänge: soweit dagegen Europa und besonders Deutschland in Rede stehen, muss die Agitation eingreifen, da es in einem demokratisch regierten Land zuletzt immer der Zustimmung der Volksmehrheit bedarf. Das geschieht nun natürlich nicht so, dass man die Volksmasse aus ihrem in lokalen und menschlichen Interessen befangenem Denken auf die Höhe des abstrakten Reichsgedankens führt, der einstweilen

in seiner Reinheit bloss in einer führenden Minderheit lebt. Sondern man nimmt eben diese lokalen und menschlichen Interessen, die insulare Beschränktheit und Kontinentfremdheit des Durchschnittsengländers in den Dienst und erzeugt die Invasionsangst, die dem braven Volksgenossen die Opfer, die er für die Reichsidee bringen soll, als notwendige Schutzmassregeln seiner persönlichen Sicherheit farbenreich und wirkungsvoll anschaulich macht. Fürchten sich dabei die Bangemacher etwa mit, so wäre ein neues, unverwerfliches Beispiel für die Volksgesundheit der Engländer aufgestellt, bei denen die Instinkte, Neigungen, die herzlichsten Hänge und Sympathieen stets in der Richtung ihres Vorteils zu liegen scheinen. Ein prädestiniertes Herrenvolk!

Denn in der Tat steckt in all dem Unsinn des wütesten Jingoismus der Kern eines grossen und für England heilbringenden Zukunftsgedankens. Zu den Grundbedingungen der englischen Staatsexistenz gehört ja ausserdem, dass bei aller zusammenhaltenden Kraft des bewunderungswürdigsten Reichsgefüges die Teile lebendiger sind als das beherrschende System, die kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungskräfte in den Einzelgebieten fruchtbarer und machtvoller als die Reichsgedanken, die vom Zentrum das Ganze durchwaltend ausgehen. Darum ist ja England dem ihm einzig vergleichbaren Rom noch weit überlegen, dass es nicht eine letzte Zuflucht und Erhaltungsform erschöpfter Nationen sondern das Zusammensein zukunftsvoller Volksteile ist, von denen einzelne nach Grösse und Ausdehnung des Gebiets wirtschaftliche und politische Potenzen entfalten mögen, die der heutigen Gesamtheit weit überragend. Das englische Reich als eine Einheit so verschiedener und weit entlegener Gebiete kann nur fort dauern durch beständige Anpassung an die am raschesten wachsenden Teile. Die Gründung des indischen Kaiserreichs, die Autonomie der Kolonien bedeuten in diesem Prozess Übergangsstufen: Heute verlangen geänderte und erweiterte Bedürfnisse neue Arten und Mittel den Zusammenhalt zu sichern. Es handelt sich um eine förmliche Reichsgründung, um die Stiftung des merkwürdigsten Reichs der Geschichte, das ganze Weltteile umfassen soll, zwischen denen Weltmeere liegen, wobei jeder Teil selbständig und doch dem Ganzen unlösbar verbunden wäre. Was Reiche aufbaut, muss auch hier wieder in Wirksamkeit treten: nationale, kulturelle, wirtschaftliche Zusammenhänge als innen tätige Kräfte, das gemeinsame Schutzbedürfnis als der Drang, der von Aussen her die Teile zusammenpresst. Es sind die einen wie die anderen Motive schon heute lebendig, allein vielfach noch mit unbestimmter Richtung und mit Unsicherheit des Ziels. Die *gelbe Gefahr* zum Beispiel könnte Australien ebenso gut zu den Vereinigten Staaten abdrängen, der Durchschnittsengländer sieht in dem Zollgürtel, der das grössere Britannien umschnüren und zum gemeinsamen Wirtschaftsgebiet einigen soll, eine Schranke seiner geschäftlichen und ökonomischen Freiheit. Unter diesen Umständen bietet die *deutsche Gefahr* mit all den Schreckbildern, in denen sie anschaulich vorgeführt wird, das unersetzliche pädagogische Mittel die Engländer zu dem neuen Reichsgedanken zu erziehen; zeigt es sich doch selbst in den Kolonien wirksam, wo nur toller Wahn den deutschen Feind erwarten darf.

Wir haben als Betrachter der internationalen Politik Englands nicht zu untersuchen, was an dieser Verknüpfung von Reichs- und Zollpolitik moralisch oder

unmoralisch ist, sondern bloss wieviel Gewähr der Verwirklichung sie in sich trägt, und durch welche allgemeinen Strömungen und individuellen Leistungen sie sich verwirklichen könnte. Wir haben ferner einzusehen, dass die Idee des grösseren England die konsequente Folgerung aus den Prämissen der geschichtlich gegebenen Reichspolitik ist. Und die Handlungen derer müssen wir verfolgen, in deren Seele der Gedanke klar und lebendig wohnt, denn sie werden, gehe es zu Gelingen oder Scheitern, in dem nächsten Jahrzehnt der englischen Politik eine führende Rolle haben. Die Rückwirkungen auf Deutschland ergeben sich hierbei von selbst. Ihm droht die reichsbritische Zolleinheit ebenso mit harter wirtschaftlicher Einengung wie die sie fördernde Agitation gegen das Phantom des invasionslüstigen Deutschland mit beständiger Kriegsgefahr. Man kann an Englands Grösse nicht ohne Staunen in der Seele denken, aber man darf als Deutscher wohl auch darauf bedacht und darum besorgt sein, dass in dieser grössten Mühle der Völker die deutsche Nation nicht zwischen die Räder gerate.

Der scheinbar widerstrebenden humanitären, allgemein menschlichen, innerpolitisch-wirtschaftlichen Strömungen braucht man bei solchen Aufstellungen nur so weit zu gedenken als sie im gegebenen Augenblick das Denken der führenden Parteien und entscheidenden politischen Führer innerlich modifizieren oder äusserlich einschränken, also für das Hier und Jetzt der dramatischen Handlung wichtig sind, die an sich aus den universalen Ideen zu der britischen Reichspolitik abrollt. Diese indes hat, solange sie fortwirkt, am Ende immer die Kraft alles mit aufzunehmen, auch das ihr Entgegenstrebende, ja, es selbst wieder als Werkzeug zur Erreichung ihrer Ziele zu gebrauchen; wie ja zweifellos die aus menschlichen Empfindungen erwachsene Bekämpfung der Negersklaverei ein Mittel war die Vormacht Grossbritanniens in Übersee zu festigen, wie die abstrakten Freiheits-, Befreiungs- und Beglückungsideen der englischen Humanitären in den Gemütern Quartier machen, oft gerade dort, wo zuletzt der englische Reichsgedanke eine Politik der Annexion und Eroberung durchführt: man denke an Südafrika und die südafrikanische Wahlrechtsfrage. Ideenrichtungen dieser Art werden erst dann eine Gegeninstanz für die Beurteilung der äusseren Politik, wenn sie die Struktur des Staats und die Physiognomie des Volks geändert haben. Wird es einmal Kiofac gelungen sein eine böhmische Autonomie zu schaffen, und den Idealisten des Balkankomitees England in ein Reich der Herrlichkeit und des Friedens zu verwandeln, dann ist es Zeit die Rechnungen zu schliessen, die wir einstweilen am besten und sichersten dort auf die Überlieferungen der Hofburg und das Massengewicht des Fünfzigmillionenreichs, hier auf den Machtbau eines Weltstaats und einer Seeherrschaft gründen.

XX

OTTO LANG · DIE KLEINE STRAFRECHTSREFORM



OM 15. Mai 1871 datiert das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich. Es war vorher schon kurze Zeit in Kraft als Strafgesetz des Norddeutschen Bundes, von dem das Reich es herübernahm. Seither sind einzelne Bestimmungen abgeändert oder hinzugefügt worden, in seinen Grundlagen und wichtigeren Zeilen hat es aber keine Umgestaltung erfahren. Eine gründliche Reform ist jedoch seit Jahren in Aus-

sicht genommen und eine wichtige Vorarbeit in diesen Tagen zum Abschluss gebracht worden: die vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts, die 17 umfangreiche Bände füllt. Bis jedoch der Bundesrat dem Reichstag den Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs wird vorlegen können, mag noch mehr als ein Lustrum vergehen. Es ist deshalb zu billigen, dass die Reichsregierung vorschlägt noch vor der umfassenden Reform einige Härten und Mängel des geltenden Rechts durch eine Novelle zu beseitigen.

Von den beantragten Neuerungen sind zunächst diejenigen hervorzuheben, die eine Milderung der Strafandrohung oder eine Einschränkung des strafbaren Tatbestands bezwecken. Sie betreffen den Hausfriedensbruch, den sogenannten *Arrest-* und *Siegelbruch*, gewisse Diebstähle und Unterschlagungen und die Erpressung: also Vergehen, deren Häufigkeit den geplanten Änderungen von vornherein eine erhebliche Bedeutung verleiht. Aus der Besprechung der einzelnen Fälle ergibt sich freilich eine für unsere Rechtsprechung und die richterlichen Beamten charakteristische Tatsache: Ein gut Teil der Ungerechtigkeiten und Härten, die die Novelle heben will, könnte auch ohne Gesetzesrevision, lediglich durch eine vernünftige Auslegung des geltenden Rechts vermieden werden. Es genügte, dass der Richter sich von der üblichen bürokratisch-engherzigen Buchstabeninterpretation freimachte. Wenn der Richter bei der Auslegung des Gesetzes die Erwägungen zu Hilfe nähme, die das Leben und die tägliche Erfahrung ihm an die Hand gibt, und wenn er von zwei möglichen Deutungen diejenige wählte, die der sozialen Gerechtigkeit am ehesten entspricht: so hätten wir uns nicht über jene zahlreichen Urteile zu beklagen gehabt, die die Rechtsprechung zur Klassenjustiz stempeln. Im einzelnen ist folgendes hervorzuheben: Der § 123 des Reichsstrafgesetzbuchs hebt aus dem allgemeinen Tatbestand der Hausfriedensstörung den besonderen Fall hervor, wo »die Handlung von einer mit Waffen versehenen Person oder von mehreren gemeinschaftliche begangen worden ist. Trifft eine dieser Voraussetzungen zu, so schreibt das Gesetz als Mindeststrafe 1 Woche Gefängnis vor. Andernfalls kann der Richter mit der Gefängnisstrafe auf 1 Tag heruntergehen oder auch nur auf Geldstrafe bis zu 300 Mark erkennen. Wer unbefangen an das Gesetz herantritt, wird so argumentieren: Die schärfere Strafandrohung hat ihren Grund in der grösseren Gefährlichkeit des mit einer Waffe versehenen Täters. Mit einer Waffe versehen ist aber der Täter nur dann, wenn er die Waffe zum Zweck der Hausfriedensstörung bei sich trägt. Die Praxis hat es aber nun verstanden den vernünftigen Sinn aus dieser Strafbestimmung herauszutreiben und sie dahin auszulegen, dass der Qualifikationsgrund auch dann zutrifft, wenn der Täter zufällig eine Waffe — und als solche gilt auch ein Spazierstock — bei sich trägt, auch wenn diese bei der Hausfriedensstörung gar keine Rolle spielt. Eine sinnlose Härte liegt auch darin, dass, wenn mehrere eine Hausfriedensstörung gemeinsam begehen, die Mindeststrafe 1 Woche Gefängnis beträgt, ohne Rücksicht darauf, ob durch diese Gemeinsamkeit die Ernsthaftigkeit der Störung des Hausfriedens erhöht worden ist. Wenn ein Ehepaar sich zum Vermieter begibt, um eine Reklamation anzubringen und der Aufforderung des Vermieters seine Wohnung zu verlassen nicht sofort Folge leistet, so muss es mit 7 Tagen Gefängnis bestraft werden. Die vorgeschlagene Änderung besteht nun darin, dass das Strafminimum

beseitigt und lediglich das Strafmaximum erhöht wird. Der Richter kann, wenn einer der erwähnten Strafverschärfungspunkte zutrifft, bis auf 1 Jahr Gefängnis erkennen, er kann aber auch auf wenige Mark Geldbusse heruntergehen. Ferner soll Bestrafung stets nur auf Antrag eintreten, während jetzt die qualifizierte Hausfriedensstörung von Amts wegen verfolgt wird. Ist diese Neuerung zu begrüßen, so weckt dagegen eine andere schwere Bedenken: Eine Hausfriedensstörung soll künftig auch in Räumen, die dem öffentlichen Verkehr dienen (Eisenbahn, Omnibus, Strassenbahnwagen), begangen werden können. Hier würden Polizeivorschriften vollständig ausreichen. Die strafrechtliche Gleichstellung von Wohnung und Omnibus widerstreitet der grundverschiedenen Zweckbestimmung und wird zu jenen Unbegreiflichkeiten führen, an denen die strafrechtliche Praxis jetzt schon keinen Mangel leidet.

Wer eine Naturgeschichte des deutschen Richters schreiben will, wird von vornherein auf richtige Spuren gelenkt, wenn er an die Auslegung anknüpft, die der sogenannte *Erpressungsparagraph* gefunden hat. Der § 253 bedroht denjenigen mit Gefängnis nicht unter 1 Monat, der, um sich einen rechtswidrigen Vorteil zu verschaffen, einen andern durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt. Die deutschen Partikularrechte, so auch das preussische Strafgesetzbuch von 1851, liessen nicht jede Drohung schlechthin als Mittel zur Erpressung gelten sondern nur die Drohung mit der Verübung eines Verbrechens oder Vergehens. Sodann gingen sie stillschweigend oder ausdrücklich davon aus, dass dem rechtswidrigen Vorteil, auf den der Erpresser es abgesehen hat, ein *Vermögensschaden* auf seiten des andern entsprechen müsste, so dass also, wo eine solche Vermögensschädigung nicht eingetreten ist, auch nicht von einem rechtswidrigen Vermögensvorteil und demzufolge nicht von einer Erpressung gesprochen werden kann. Das deutsche Strafgesetzbuch hat es unterlassen das ausdrücklich hervorzuheben. Allein nur der wird ihm einen anderen Sinn beilegen, der das Gesetz zum Mittel für einen dem Strafrecht fremden Zweck erniedrigt oder das Strafrecht dem Leben und seinen Anschauungen entfremdet, und der es verknöchern lässt. Auch die Motive der Regierungsvorlage erkennen an, dass eine andere Auffassung dem Gesetzgeber fremd war. Der neudeutsche Richter hat aber diese verständige Auslegung abgelehnt und dem § 253 einen andern Sinn unterlegt. Er argumentiert so: Rechtswidrig ist ein Vorteil schon dann, wenn der Täter auf ihn keinen rechtlichen, zum Beispiel durch einen Vertrag begründeten, Anspruch hat. Der Kaufmann, der seinen ungetreuen Kassierer durch die Drohung, er bringe die verübte Unterschlagung zur Anzeige, nötigt den Schaden zu ersetzen, macht sich keiner Erpressung schuldig, weil ihm ein rechtlicher Anspruch auf Ersatz der veruntreuten Gelder zusteht. Wohl aber liegt eine Erpressung vor, wenn ein Mieter mit Kündigung droht, falls der Vermieter nicht in eine Herabsetzung des Mietzinses einwilligt; wenn der Käufer vom Händler günstigere Verkaufsbedingungen verlangt mit dem Hinweis, dass er sonst seinen Bedarf anderswo decken werde. Man möchte gern glauben, dass die Gerichte eine Auslegung, die zu solchen widersinnigen Ergebnissen führen, ohne weiteres preisgeben und der öffentlichen Meinung darin beipflichten, dass derartige unerträgliche Folgen den schlagenden Beweis für die Unrichtigkeit der beanstandeten Auslegung bilden. Leider aber ist dem nicht so, und man muss schon zu dem um-

ständlichen Mittel einer Gesetzesrevision greifen, um diese Missstände der Rechtsprechung zu beseitigen.

Die Sache hat für die Arbeiterschaft eine ganz besondere Bedeutung: wenn einerseits jede Drohung zum Tatbestand der Erpressung genügt, andererseits nicht mehr erfordert wird als dass der Täter einen Vorteil zu erlangen sucht, auf den er keinen vertraglichen oder gesetzlichen Anspruch hat, so macht sich jeder Arbeiter der Erpressung schuldig, der dem Unternehmer mit der Kündigung oder der Niederlegung der Arbeit droht, sofern der Unternehmer ihm nicht die verlangten Zugeständnisse macht. Tatsächlich sind denn auch zahlreiche Strafurteile in diesem Sinn ergangen, unbekümmert darum, dass diese Anwendung des Erpressungsparagraphen mit dem § 152 der Gewerbeordnung unverträglich ist. Der genannte Paragraph erkennt ausdrücklich das Koalitionsrecht der Arbeiter an; durch ihn wurden alle Gesetze, die Verabredungen und Vereinigungen von Lohnarbeitern »zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit« verboten, aufgehoben. Die Gewerbeordnung gestattet also den Streik als Mittel zur Erlangung einer Lohnerhöhung. Der deutsche Richter bestraft aber den Arbeiter, der dem Unternehmer die Arbeitseinstellung ankündigt, um vor dem Ausbruch des Streiks eine Verständigung herbeizuführen, mit Gefängnis »nicht unter 1 Monat«. Und weil nicht abzusehen ist, dass der Richter sich, wenn nicht durch das Unrecht, so doch durch den Widersinn dieser Praxis, zu einer anderen Gesetzesauslegung bestimmen lässt, muss auch hier auf dem Wege der Gesetzesänderung Abhilfe gesucht werden. Die Motive der Regierung erwecken aber nur neue Bedenken. Sie wollen nämlich nicht vorbehaltlos anerkennen, dass durch den § 152 der Gewerbeordnung die Anwendung des Erpressungsparagraphen auf Arbeiter, die mit einer Arbeitseinstellung drohen, schlechthin ausgeschlossen ist. Vielmehr wollen sie die Anwendbarkeit davon abhängig machen, ob die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung eine angemessene sei und im billigen Verhältnis zum Wert ihrer Arbeitsleistung stehe. Und der Entscheid über die Angemessenheit wird in die Hand des selben Richters gelegt, dessen widersinniger Praxis nicht anders als durch eine Gesetzesrevision beizukommen ist. Die Redner der sozialdemokratischen Fraktion haben deshalb im Reichstag mit Recht verlangt, dass vom Tatbestand der Erpressung ausdrücklich die Handlungen und Massnahmen ausgenommen werden, in denen das in der Gewerbeordnung anerkannte Koalitionsrecht seinen praktischen Ausdruck findet.

Ein dritter Abänderungsvorschlag bezieht sich auf das Vergehen des sogenannten *Siegel- und Arrestbruchs*. Die §§ 136 und 137 bedrohen denjenigen mit Gefängnisstrafe, der unbefugt ein amtliches Siegel, also namentlich bei Zwangsvollstreckungen die Siegel des Gerichtsvollziehers, entfernt, oder der gepfändete Sachen bei seite schafft. Und zwar ist diese Strafe auch dann verwirkt, wenn die verbotene Handlung nicht in rechtswidriger Absicht vorgenommen worden und niemandem ein Schaden daraus erwachsen ist. Auch derjenige, der die Siegel nur entfernt, um die Pfändung geheim zu halten, oder der die gepfändete Sache mit einer andern, wenn auch viel wertvolleren, vertauscht, entgeht jetzt der Gefängnisstrafe nicht. In Wahrheit handelt es sich doch nur um Ordnungswidrigkeiten, denen mit Ordnungsstrafen vorge-

beugt werden könnte. Triftige Gründe sprechen dafür nach dem Vorbild anderer Gesetzgebungen den Tatbestand enger zu fassen und die Strafbarkeit auf die Fälle zu beschränken, wo die verbotenen Handlungen in der Absicht auf einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verübt werden. Leider wagt die Vorlage diesen Schritt nicht sondern begnügt sich damit an Stelle der Gefängnisstrafe auch Geldstrafe zuzulassen.

Von grösserer Tragweite sind die Vorschläge, die eine Milderung der Strafbestimmungen bei Diebstählen bezwecken und den Richter von der peinlichen Pflicht entbinden jene Urteile zu fällen, deren sinnlose Grausamkeit so oft die Entrüstung der weitesten Kreise wachruft. Das Strafgesetzbuch bedroht den Diebstahl im allgemeinen mit Gefängnis. Es hebt aber eine Anzahl besonderer Fälle hervor, in denen ohne Rücksicht auf den Wert der angewendeten Sache auf Zuchthaus von 1 bis 10 Jahren erkannt werden muss: den Einbruchsdiebstahl, den Diebstahl in der Eisenbahn, den von mehreren verübten Diebstahl usw. Ebenfalls Zuchthausstrafe ist dem rückfälligen Dieb angedroht. Nur wenn mildernde Umstände vorhanden sind, kann die Strafe beim einfachen Diebstahl auf 3 Monate, beim schweren Diebstahl auf 1 Jahr Gefängnis ermässigt werden. An der drakonischen Härte dieser Strafbestimmungen, die auch durch kriminalpolitische Erwägungen nicht zu rechtfertigen ist, wird schon seit Jahren Kritik geübt. Und sie macht sich um so nachdrücklicher geltend als die kapitalistische Entwicklung ganz dazu angetan ist einerseits den Respekt vor dem *sittlichen Charakter* des Eigentums zu mindern andererseits Verhältnisse zu schaffen, in denen zumal die kleinen und gelegentlichen Eigentumsvergehen durchaus entschuldbar erscheinen. Die Regierung macht in der Hauptsache folgende Vorschläge: Die mildernden Strafbestimmungen des sogenannten *Mundraubs* — Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bis zu 6 Wochen — sollen auch dann Anwendung finden, wenn Gegenstände des hauswirtschaftlichen Verbrauchs, wie Holz oder Kohlen, in geringer Menge zum baldigen Verbrauch entwendet worden sind. Sodann soll der Richter statt auf Gefängnis bloss auf Geldstrafe bis zu 300 Mark erkennen können, wenn der Täter geringwertige Gegenstände aus Not entwendet oder unterschlagen hat. In beiden Fällen hätte die Bestrafung nur auf Antrag, also nicht von Amts wegen, zu erfolgen. Diese Neuerungen sind durchaus ungenügend. Sie verhüten wohl einen Teil der grausamen Bestrafungen, denen nach dem geltenden Recht der arme Teufel ausgesetzt ist, doch sind sie weit davon entfernt einen erträglichen Zustand zu schaffen, bei dem sich auch derjenige beruhigen könnte, der im Strafrecht dem sozialen Empfinden zum Recht verhelfen will. In erster Linie ist zu fordern, dass der einfache Diebstahl, statt wie jetzt nur mit Gefängnis, mit Geldbusse bestraft werden kann. Die Berechtigung dieser Forderung ergibt sich schon aus der einen Tatsache, dass jetzt jährlich über 40 000 Personen wegen einfacher, kleiner Diebstähle zu 1 bis 7 Tagen Gefängnis verurteilt werden müssen. Zweitens, dass auch die starren Regeln für die Bestrafung des schweren Diebstahls und des Rückfalls gemildert werden. Die Wirklichkeit ist viel zu mannigfaltig als dass es möglich wäre schablonenhaft durch die Hervorhebung einiger äusserer Momente die Fälle grösserer Strafwürdigkeit auszusondern. Wenn irgend wo, so rechtfertigt es sich hier den Richter nicht an eine bestimmte Straftat und an ein Strafminimum zu binden und ihm dadurch die Möglich-

keit der Berücksichtigung der besonderen, stets wechselnden Umstände zu nehmen.

Bezwecken die besprochenen Vorschläge eine Milderung des geltenden Rechts, so wird in anderen Punkten eine Verschärfung der jetzigen Strafandrohungen empfohlen, und zwar für die Kindermisshandlung, die Tierquälerei und die Beleidigung.

Die Kindermisshandlung kann jetzt nur nach den Bestimmungen über die Körperverletzung geahndet werden, da aber die leichte Körperverletzung nur auf Antrag bestraft wird, ergibt sich im Fall der Kindermisshandlung durch die Eltern der grosse Übelstand, dass das Antragsrecht in den Händen des Täters selber ruht. Ist deshalb der Vorschlag zu begrüssen, dass das Antragsverfordernis beseitigt werden soll, so flösst dagegen das Strafminimum von 2 Monaten Gefängnis Bedenken ein. Wer solche Fälle nicht nur aus kurzen Zeitungsnotizen kennt sondern aus den Untersuchungsakten, der weiss, wie oft die Überschreitungen des Züchtigungsrechts mit den Verdrüsslichkeiten und Widerwärtigkeiten, die das Leben des Armen füllen, und mit der hysterischen Veranlagung, die sich auf diesem Boden besonders oft entwickelt, in Zusammenhang stehen. Ungleich wichtiger als die Bestrafung, mit der die Oberflächlichkeit sich so leicht zufrieden gibt, ist die angemessene Versorgung der Kinder.

Die geltende Strafbestimmung über die Tierquälerei ist insofern ungenügend als das Gesetz nur denjenigen mit Strafe bedroht, »der öffentlich oder in Ärgernis erregender Weise« Tiere quält. In der neuen Fassung ist dieses Erfordernis fallen gelassen und ausserdem die Strafandrohung verschärft.

Die Behauptung, dass die Strafen, mit denen das geltende Recht die Beleidigung bedroht, unzureichend seien und die Ehre nicht in ausreichendem Mass schützen, ist in der letzten Zeit so oft wiederholt worden, dass man fast vergisst nach ihrer Begründung zu fragen. Auch die Regierung schlägt eine Erhöhung der Geldstrafen vor, und im Reichstag ist dagegen kein Widerspruch laut geworden. Müssen wir uns aber im allgemeinen gegen Strafverschärfungen wenden, solange nicht ganz besondere Gründe für sie geltend gemacht werden können, so ist auch in diesem besonderen Fall nicht zuzugeben, dass das Strafgesetzbuch eine schwächliche Milde an den Tag lege. Die Strafandrohungen sind so schwere, dass jedes Mass der Schuld im Urteil volle Berücksichtigung finden kann: für Beleidigungen Gefängnis bis zu 2 Jahren; für Verleumdungen Gefängnis bis zu 5 Jahren. Auch aufmerksame Zeitungsleser werden sich nicht an Fälle erinnern, in denen das Gesetz eine ausreichende Sühne der Beleidigung nicht gestattet hat. Um so zahlreicher aber sind die Urteile, in denen geringfügige Beleidigungen, die sich Sozialisten haben zu schulden kommen lassen, mit unerhört harten Strafen geahndet worden sind. Und wir haben deshalb allen Grund die beantragten Strafverschärfungen abzulehnen und damit der Tendenz eine schärfere Bestrafung der Beleidigung im allgemeinen herbeizuführen entgegenzutreten. Die Regierung schlägt aber nun beim Abschnitt über die Beleidigung noch eine andere Neuerung vor, und sie ist es, der der Beifall und Widerspruch vor allem gilt, den diese Strafrechtsreform gefunden hat, wennschon die bereits besprochenen Bestimmungen, an der Häufigkeit ihrer Anwendung gemessen, als die wichtigeren erscheinen. Es handelt sich um die beiden Fragen, ob

der gelungene Wahrheitsbeweis stets vor Bestrafung schützen soll, und ob der Wahrheitsbeweis unter gewissen Umständen auszuschliessen sei. Das deutsche Strafgesetzbuch spezialisiert die Beleidigungen in der Hauptsache folgendermassen: Es stellt der einfachen wörtlichen oder tätlichen Beschimpfung den Fall gegenüber, in dem die Ehre des andern durch die Behauptung oder Verbreitung von Tatsachen angegriffen wird. Hier ergibt sich dann eine weitere Unterscheidung danach, ob der Täter wider besseres Wissen unwahre Tatsachen behauptet hat, oder ob die behauptete Tatsache lediglich als eine wahre nicht hat erwiesen werden können, so dass dahin gestellt bleiben muss, ob der Täter sich in gutem Glauben befunden hat. Im ersten Fall spricht es von *Verleumdung*, im zweiten von *übler Nachrede*. Kann im Fall der üblen Nachrede der Wahrheitsbeweis erbracht werden, so bleibt sie straffrei, sofern dabei nicht eine formale Beleidigung unterlaufen ist.

Gegen diese Regelung sind nun namentlich zwei Bedenken erhoben worden: Erstens, dass das Gesetz im Schutz der Wahrheit zu weit gehe, wenn es die wahre Behauptung stets aus dem Kreis der strafbaren Beleidigung ausschliesse, ohne alle Rücksicht darauf, aus welchem Grund und zu welchem Zweck der Täter die *Wahrheit* gesagt hat. Ein Mann hat sich in jungen Jahren eine sittliche Verfehlung zu schulden kommen lassen. Nach Verbüssung seiner Strafe kehrt er der Heimat den Rücken, baut sich in der Fremde eine neue Existenz auf und erwirbt sich durch seine während Jahren bewährte Tüchtigkeit die allgemeine Achtung. In einem entscheidenden Moment seines Lebens bringt jemand, nur um ihn zu schädigen, seine einstige Bestrafung an die Öffentlichkeit. Hat jener Strafe verwirkt? Nein, antworten die einen, denn niemand hat ein Recht darauf, dass die Wahrheit verschwiegen werden muss, und es kann deshalb in der Offenbarung wahrer Tatsachen nie eine Widerrechtlichkeit gefunden werden. Ja, erwidern die anderen, denn auch die Behauptung einer wahren Tatsache kann, wie das Beispiel zeigt, durch ihren unsittlichen Zweck einen strafbaren Charakter erhalten. Das zweite Bedenken leitet sich aus dem ersten ab: Soll nicht in bestimmten Fällen, sofern der Nachweis der Wahrheit die Rechtswidrigkeit nicht stets auszuschliessen vermag, sofern also trotz des Wahrheitsbeweises eine Verurteilung erfolgen muss, der Angeklagte in eben diesen Fällen zum Wahrheitsbeweis gar nicht zugelassen werden? Auch hier gehen die Anschauungen auseinander. Die einen verneinen die Frage unter Berufung darauf, dass es für das Verschulden und demgemäss auch für die Strafe von grosser Bedeutung ist, ob der Angeklagte eine erweislich wahre Tatsache behauptet, oder ob er seine Behauptungen aus der Luft gegriffen hat. Die anderen bejahen sie von der Erwägung aus, dass sich erfahrungsgemäss eine Beweisverhandlung, die das private Leben des Klägers zum Gegenstand hat, für diesen nicht selten zur wahren Seelenpein gestaltet: er müsse sich gefallen lassen, dass seine intimen Verhältnisse und diejenigen seiner Angehörigen an die Öffentlichkeit gezerrt und dem Stadtklatsch ausgeliefert werden; es sei aber unbillig, dass sein Interesse an der diskreten Behandlung dieser Dinge demjenigen geopfert werde, der sich zuerst durch sein böswilliges Verhalten ins Unrecht gesetzt habe.

Die Regierung will nun diesen Bedenken mit folgenden Vorschlägen Rechnung

tragen. Trotz der Erweislichkeit der behaupteten Tatsachen soll Bestrafung erfolgen: wenn die Beleidigung in der Öffentlichkeit begangen wurde und die behaupteten Tatsachen lediglich Verhältnisse des Privatlebens betreffen, die das öffentliche Interesse nicht berühren. Eine Beweisaufnahme über die behauptete Tatsache aber soll nur mit Zustimmung des Beleidigten zulässig sein. Wenn also A. in einer Zeitung behauptet, der verheiratete B. habe für ein uneheliches Kind Alimente zu bezahlen, so müsste er zwar zu dem Beweis zugelassen werden, dass die Existenz dieses unehelichen Sprösslings oder die Jugendsünde seines Papas das öffentliche Interesse berührt. Misslingt der Beweis, so entgeht er der Bestrafung auch dann nicht, wenn er den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung zu erbringen vermag. Diesen Beweis darf er aber nur dann antreten, wenn der Beleidigte hierzu seine Zustimmung gibt.


Bei der ersten Lesung des Entwurfs haben sich nur die Konservativen ohne Vorbehalt für die vorgeschlagene Ordnung ausgesprochen. Die sozialistischen Redner lehnten die Neuerung ebenso entschieden ab: Die Vermutung sei nicht, abzuweisen, dass die Regierung sich ein Mittel schaffen will, um unliebsame Enthüllungen über ihr nahe stehende Personen zu unterdrücken und der oppositionellen Presse den Mund zu schliessen. Aber auch in anderen Verhältnissen müsste der Ausschluss des Wahrheitsbeweises schlimme Folgen zeitigen; er würde in vielen Fällen nur demjenigen nützen, der etwas Verwerfliches zu verbergen und den Anspruch auf Schonung verwirkt habe. Nun wird niemand bezweifeln, dass alle diese Bedenken die sorgfältigste Prüfung verdienen. Sie werden nicht nur von Sozialisten geteilt. Es ist namentlich die Einschränkung des Wahrheitsbeweises, die in weiten Kreisen Widerspruch hervorgerufen hat, und die auch von sehr namhaften Kriminalisten — es sei hier nur an von Lilienthal erinnert — abgelehnt wird. Bedauerlich ist, dass die politischen Zustände Deutschlands es nicht gestatten bei der rein sachlichen Beurteilung stehen zu bleiben sondern uns nötigen daneben immer noch die Gefahr missbräuchlicher Gesetzesanwendung mit in Rechnung zu stellen. Allein diese Bedenken und Befürchtungen dürfen uns auch nicht hindern ohne Voreingenommenheit an die Frage heranzutreten, ob den Übelständen, die mit der heutigen gesetzlichen Ordnung unzweifelhaft verbunden sind, nicht beizukommen ist, ohne dass das Heilmittel selber wieder neue Übel hervorruft. Da steigen denn in erster Linie folgende Fragen auf:

Lassen sich im Fall der üblen Nachrede nicht Voraussetzungen umschreiben, unter denen eine Einschränkung des Wahrheitsbeweises sich so lange rechtfertigt als nicht Interessen höherer Ordnung die Ermittlung der Wahrheit wünschenswert machen? Verdient nicht im besonderen die Sphäre meines privaten Lebens diesen Schutz, solange ich es nicht selbst der Öffentlichkeit preisgebe? Gehört das nicht mit zur Achtung und zur Kultur der Persönlichkeit? Handelt es sich hier nicht oft um Vorgänge, für die es keinen andern Richter gibt als mein eigenes Gewissen, weil kein Richter — weder die grosse Menge noch der Beamte — das mir vorgeworfene Verhalten aus seinen geheimsten und deshalb wahrsten Ursachen heraus zu erklären vermag? Und wird die Gefahr, die der Öffentlichkeit erwachsen könnte, nicht aufgewogen durch den Schaden und das widerwärtige Treiben der Revolverpresse und der vom Sensationsbedürfnis lebenden Schundliteratur, die jetzt im Schatten des Gesetzes ein gesichertes und behagliches Dasein fristet?

Und zum zweiten: Soll es dabei sein Bewenden haben, dass der Wahrheitsbeweis die Rechtswidrigkeit und damit die Strafbarkeit der üblen Nachrede unter allen Umständen ausschliesst? Mit dem Hinweis darauf, dass der Wahrheit der Mund nicht verbunden werden dürfe, und dass sich niemand darüber beklagen könne, wenn sein Verschulden, sei es früher sei es später, an den Tag kommt, lässt sich die Frage nicht abtun. Wie das oben angeführte Beispiel zeigt, ist auch die Wahrheit dem Missbrauch ausgesetzt. Manche Strafgesetzbücher kennen das an und bestrafen die üble Nachrede, obgleich sie der Wahrheit keinen Zwang antut, wenn sie weder redlichen Motiven entspringt noch einem rechtlichen Zweck dient. Zugegeben, solche gesetzlichen Bestimmungen stellen an die Unparteilichkeit und Gewissenhaftigkeit des Gerichts grosse Anforderungen. In der Hand eines von Klassenvorurteilen beherrschten Beamten können sie gefährlich werden. Aber hier wäre wiederum zu prüfen, ob sich nicht eine Fassung finden liesse, die vor dem schlechten Willen des Richters Schutz gewährt, zumal wenn die Reichstagskommission, der der Entwurf nach der ersten Lesung überwiesen worden ist, sich die Erfahrungen derjenigen Länder zu nutze macht, in denen diese Neuerungen bereits erprobt worden sind.

XX

EDUARD BERNSTEIN · ZUR REICHSFINANZAUF- BESSERUNG

 ISHER spielte der Streit um die Reichsfinanzaufbesserung¹⁾ nur zwischen den Blockparteien. Neuerdings ist jedoch auch innerhalb der Sozialdemokratie eine Meinungsverschiedenheit über die Stellung zu ihr laut geworden. Mit einer gewissen Zurückhaltung in der Form, mehr implicite als in direkter Aussprache, haben in der *Neuen Zeit* J. Karski und K. Kautsky gegen die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Frage der Reichsfinanzaufbesserung beobachtete Haltung polemisiert, und, was sie nur andeutungsweise zu verstehen gaben, hat der ihnen gleichgesinnte, aber durch keinerlei Skrupel noch Zweifel beschwerte *Parvus* in einer von ihm herausgegebenen Zeitungskorrespondenz unverblümt ausgesprochen: die Fraktion ist ihnen zu *steuerwillig*. Inwiefern, das ist leicht erklärt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und insbesondere die von ihr in die Finanzkommission entsandten Mitglieder haben sich, wie man weiss, für diejenigen in der Regierungsvorlage enthaltenen und ebenso auch für diejenigen von anderer Seite vorgeschlagenen Steuern erklärt, die entweder schon in der Form sich als direkte Steuern offenbarten oder ihrer vorausgesetzten Wirkung nach als Steuern auf Besitz und arbeitsloses Einkommen erscheinen. Nun ist aber das Loch im Reichshaushalt, das durch die jetzige Finanzaufbesserung gestopft werden soll, im wesentlichen durch Ausgaben für Zwecke verursacht worden, die von der Sozialdemokratie bekämpft werden. Wenn also die Sozialdemokraten im Reichstag bei der Finanzaufbesserung selbst nur für die Steuern auf den Besitz stimmen, so setzen sie sich nach den genannten Parteimitgliedern mit sich selbst in Widerspruch. Ihre Parole dürfe nicht sein *Keine indirekten Steuern!* sondern müsse lauten *Überhaupt keine neuen Steuern,*

¹⁾ Diese Bezeichnung scheint mir für das Unternehmen durch ein Gemisch von Steuern aller Art den Reichsfinanzen aufzuhelfen passender als das gute Wort *Reform*.

Verringerung der Ausgaben durch Einschränkung der Rüstungen! In diesem Zeichen werde die Sozialdemokratie siegen. Es sei die einzige ihren Grundsätzen entsprechende Parole.

Nur wenige Parteiblätter haben, soweit ich es übersehen kann, bisher von dieser Kritik an der Fraktion Notiz genommen; sei es, dass man ihr keine Bedeutung beilegte, sei es, weil man überhaupt den Geschmack an der Diskussion von Parteifragen verloren hat: die natürliche Folge der beliebten Manier solche Auseinandersetzungen durch Einstreuung von denunziatorischen Schlagworten zu würzen. An dergleichen fehlt es auch diesmal nicht. Der dazu ganz besonders berufene *Parvus* hat nicht verfehlt in seinen Deduktionen an geeigneter Stelle den schwarzen Mann *Revisionismus* aufmarschieren zu lassen. Indes, wer soll damit hinters Licht geführt werden? Die Sache, der die Angriffe gelten, ist viel älter als der Revisionismus und ist von Leuten verfochten worden, die man sonst gern für den *Radikalismus* in Anspruch nimmt. Womit freilich noch nicht gesagt ist, dass sie über aller Kritik stehe.

Auf den ersten Blick hat die Parole *Keine Steuern irgend welcher Art, Abrüstung!* unzweifelhaft viel Bestechendes. Sie hat den Vorzug der Einfachheit, ich möchte fast sagen: der Einfältigkeit im biblischen Sinne dieses Wortes. Werden die Rüstungen eingeschränkt, so wird weniger Geld gebraucht, und wenn weniger Geld gebraucht wird, braucht man keine neuen Steuern. Das ist so klar wie das Einmaleins. Der wenigst Geschulte kann es begreifen. Ausserdem ist es selbstverständlich, dass die Sozialdemokratie sich nicht damit begnügen kann die von der Regierung und den Mehrheitsparteien beliebte Art der Deckung des Reichsdefizits zu bekämpfen sondern die Forderung zu erheben hat, dass das Übel an der Wurzel, an den Ursachen des Entstehens und unablässigen Wachsens dieses Defizits angegriffen werde. Sie hat das bei gleichen Anlässen stets getan, und es liegt kein Grund vor, warum sie diesmal davon abgehen soll. Wer die Reden nachliest, die bei der Finanzaufbesserung von 1905-1906 von den Fraktionsrednern der Sozialdemokratie zur Regierungsvorlage gehalten wurden, sowie die vom Schreiber dieses im Auftrag der Parteileitung verfasste Broschüre über die Finanzaufbesserung und das Wählerhandbuch, das nach der Reichstagsauflösung von Mitgliedern der damaligen Fraktion abgefasst wurde, der wird finden, dass überall zunächst auf die Rüstungen als die Ursachen des Defizits hingewiesen und verlangt ward hier die Axt anzusetzen. Hier zwei Proben aus den letztgenannten Publikationen:

»Eine so ungeheure, so reissend schnell steigende Vermehrung seiner unproduktiven Ausgaben verträgt kein Volk, sie übersteigt die gleichzeitige Steigerung des Nationaleinkommens um ein Vielfaches. . . . Aber niemand wird uns einreden können, dass bei dem heutigen Stand der Zivilisation die Güter des Friedens nur um diesen hohen Preis zu haben seien, dass der Frieden nur erhalten werden könne, wenn die Steuerschraube für Heer und Marine von Jahr zu Jahr stärker angezogen wird. Es ist das Festhalten der herrschenden Klassen an einer innerlich schon längst überlebten Politik, welches diese unerhörte Vergeudung von Arbeitskraft in Form von Rüstungen unentbehrlich macht.«²⁾

»Diese Opfer sind aber so riesenhaft, dass überhaupt die Frage entsteht, ob sie aufgebracht werden können und auf wie lange. Die Frage entsteht nicht nur für Deutschland sondern für alle beteiligten Länder. . . . Die gesamte Kulturwelt [ist] aufs höchste dabei interessiert das Eintreten einer solchen Katastrophe zu verhindern. Das ist nur möglich, wenn aus der Mitte der beteiligten Nationen und

²⁾ Siehe meine Schrift *Die neuen Steuern* /Berlin 1906/, pag. 9 und 10.

millionenfach die Forderung erhoben wird ein internationales Parlament zu berufen, das die internationalen Beziehungen der Kulturvölker, sagen wir: auf dem Boden des *status quo*, regelt und ein internationaler oberster Gerichtshof eingesetzt wird, der, ausgestattet mit der nötigen Autorität, auftauchende Streitfragen endgültig entscheidet.³⁾

Dass die Sozialdemokratie in diesem Sinn prinzipiell zu kämpfen hat, darüber besteht kein Streit. Die Differenzen hinsichtlich unserer Stellung zur Einschränkung der Rüstungen beziehen sich auf den Modus der Verwirklichung, nicht auf den Grundgedanken selbst. So weit fordern die obengenannten Parteischriststeller nur Selbstverständliches. Aber nicht selbstverständlich ist, dass die Sozialdemokratie, nachdem ihre prinzipielle Forderung abgelehnt ist, sich um die Deckung der Kosten nicht weiter zu kümmern sondern alles, was da vorgeschlagen wird, ohne Unterschied abzulehnen haben soll. Es würde das ein utopistisches Hinwegsetzen über die Wirklichkeit und die Erfahrungen von vier Jahrzehnten politischen Kampfes der Sozialdemokratie zu jener Politik des *reinen Protestes* bedeuten, die Wilhelm Liebknecht in seiner Rede von 1869 über die politische Stellung der Sozialdemokratie vertrat, aber später selbst als unhaltbar erkannte. Nur vom Standpunkt des *reinen Protestes* aus hätte es Sinn sich der Finanzaufbesserung ganz und gar ablehnend gegenüber zu stellen. Sie passt für eine Partei, die zum Reich als Gemeinwesen sich als Aussenstehende verhält, seine Existenz als geordnetes Ganze in Frage stellt, wie das heute unsere Anarchisten tun, und wie es bei Liebknecht 1869 in der Tat der Fall war. Was aber 1869 noch eine gewisse Erklärung hatte, obwohl es auch schon in arger Verkennung der politischen Entwicklung wurzelte, und innerhalb der anarchistischen Doktrin immerhin folgerichtig wäre, das wäre 1909 unter dem Gesichtspunkt der Sozialdemokratie vollendeter Widersinn.

Entweder — oder. Entweder man verzichtet grundsätzlich auf das Reformieren und beschränkt sich, sofern man überhaupt in Parlamente eintritt, auf negative Kritik und, soweit diese möglich ist, Obstruktion. Oder aber man betreibt Reformen, und dann kann man Finanz- und Steuerfragen nicht anders behandeln als Fragen der Sozialpolitik im engeren Sinne dieses Wortes — im weiteren Sinne umfasst die Sozialpolitik selbstverständlich auch die Steuerpolitik —, der Wirtschaftspolitik, der auswärtigen Politik, der Wehrhaftigkeit und was sonst zu den Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung gehört. Alle diese Fragen greifen in einander über, und eine Partei, die ihr Mandat als Wahrerin der Interessen der arbeitenden Klassen empfangen hat, würde sich an ihren Pflichten vergehen, wenn sie die Macht, die ihr die Wähler durch ihre Stimmen verliehen haben, nicht darauf verwendete bei jeder dieser Fragen, der Steuerfrage nicht zuletzt, so viel Schädigung von ihnen abzuwenden als ihr nur möglich ist. Das ist eigentlich ein Gemeinplatz, und ebenso sollte man zurechnungsfähigen Leuten nicht erst zu sagen haben, dass die Parole *Keine neuen Steuern sondern Abrüstung!* zwar als politisches Programm durchaus logisch, aber als Direktive der parlamentarischen Tätigkeit sehr unzulänglich ist. Sintemalen die Sozialdemokratie nicht allein im Parlament sitzt, und über die Rüstungen bei ganz anderer Gelegenheit verhandelt und abgestimmt wird als über die Steuer. Bei den Steuergesetzen steht nicht mehr die Frage, in welcher Weise und für welche Zwecke

³⁾ Siehe das *Handbuch für sozialdemokratische Wähler* /Berlin 1906/, pag. 24 und 25-26.

die geforderten Mittel verwendet werden sollen, zur Entscheidung, sondern die Frage, von wem oder in welcher Weise sie aufgebracht werden sollen. Zu erklären: wir verweigern unter allen Umständen alles, weil wir die Zwecke der Verwendung missbilligen, hätte nur dann Sinn, wenn man damit verhindern kann, dass Steuern für jene Zwecke aufgelegt werden, wozu aber nötig ist, dass man die Mehrheit der Volksvertretung mit sich fortzureissen vermag. Es erklären, wenn man diese Möglichkeit nicht hat, wenn die Mehrheit der Volksvertretung vielmehr die Zwecke der Verwendung selbst beschlossen und die Aufbringung der Mittel selbst sich zum Ziel gesetzt hat, jedoch über die Natur der aufzuerlegenden Steuern uneinig ist, heisst sich zwecklos selbst der Möglichkeit berauben diese Uneinigkeit für die Wahrnehmung der anvertrauten Volksinteressen auszunutzen. Ein Abstentionismus, der selbst vielfach in Arbeiterkreisen nicht begriffen werden und den Gegnern der Sozialdemokratie das Spiel ausserordentlich erleichtern würde.

Nun ist freilich die Konstellation der Parteien und der Steuerprogramme diesmal eine solche, dass selbst dem begeistertsten Anhänger der Politik des *kleineren Übels* die Entscheidung zwischen ihnen sehr schwer wird. Nicht um tiefgehende Prinzipien der Steuerpolitik wird gekämpft sondern um ein Mehr oder Weniger von grundsatzloser Geldabzapfung. Beide Blocks, der klerikal-konservative und der bülowfromm-liberale Block sind darin einig, dass von den verlangten Millionen der Verbrauch zwischen drei Vierteln bis vier Fünfteln aufbringen soll, und dass nur das letzte Viertel oder Fünftel dem *Besitz* aufzuerlegen sei. Ihr Streit geht fast nur um die Formen, in denen die Abzapfung geschehen soll, und um die Verteilung der Last innerhalb der interessierten Gruppen. Dabei gibt es zwar auch noch grössere oder geringere Ungerechtigkeiten, grössere oder geringere steuerpolitische Ungeheuerlichkeiten, die ein Eingreifen der Sozialdemokratie herausfordern. Aber daneben streiten auch Steuervorschläge mit einander, denen gegenüber der Sozialdemokrat in der Tat versucht ist mit *Mercutio* zu rufen: »Die Pest auf eure beiden Häuser! Fechtet eure Händel allein aus und lasst Dritte ungeschoren!«

So begreiflich diese Stimmung, so wenig dürfen wir ihr nachgeben. K. Kautsky meint, nichts wäre verkehrter als die Wahlparole zuzuspitzen zu einer Entscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern: es hiesse dies das Spiel der Regierung spielen und zugeben, dass man selbst neue Steuern für erforderlich hält. Zunächst stehen wir aber vorläufig noch nicht im Wahlkampf, die Regierung zeigt vielmehr wenig Lust in jetziger Situation den Reichstag aufzulösen. Kommt es jedoch zu Auflösung und Neuwahlen, so wird zwar die Sozialdemokratie, wie oben gezeigt, ganz gewiss nicht unterlassen mit Schärfe auf die Ursachen des jetzigen hohen Steuerbedarfs sowie auf die Notwendigkeit und Möglichkeit von deren Beseitigung hinzuweisen; sie würde aber der Regierung und den gegnerischen Parteien den grössten Gefallen tun, wenn sie im übrigen den Wahlkampf nicht auf die Entscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern zuspitzte. Denn die Wahlen werden leider noch in sehr hohem Grade durch die Masse der zwischen den Parteien hin und her schwankenden Elemente entschieden, denen die internationalen Verhältnisse ein Buch mit sieben Siegeln sind, und die sich in diesen Dingen daher ausserordentlich leicht ein *X* für ein *U* machen lassen. Zum Nachdenken bringt sie erst die

Kostenrechnung und die Kennzeichnung der heutigen Art der Verteilung der Kosten.

Indes, wir stehen nicht im Wahlkampf sondern vor den Abstimmungen über die streitenden Steuerpläne. Kann da von Neutralität ernsthaft die Rede sein? Der Fehlbetrag im Reichshaushalt ist da und muss gedeckt werden, daran können wir nichts mehr ändern. Die grosse Mehrheit des deutschen Volks, die 8 Millionen deutscher Wähler, die bei den letzten Wahlen für die Kandidaten der Mehrheitsparteien gestimmt haben, haben es so gewollt oder mindestens geduldet, dass die Ausgaben beschlossen wurden, deren Ergebnis der Fehlbetrag ist. Wir als eine Minderheitspartei, die selbst bei zahlengerechter Vertretung diesmal nur knapp drei Zehntel der Abgeordneten zählen würde, müssen uns als Demokraten zurzeit darin fügen. Unsere Vertreter sind bei jetziger Sachlage in ihrer Eigenschaft als Gesetzgeber auf die Aufgabe beschränkt nach Möglichkeit die Steuerlast von den arbeitenden Klassen und von Handel und Verkehr abzuwehren. Diese Aufgabe, über die im Prinzip die Parteigenossen in ihrer grossen Mehrheit einig sind, birgt aber zwei Probleme, die noch wenig in der Partei erörtert sind, über die wir uns aber nachgerade doch klar werden müssen. Denn vor eines davon können unsere Abgeordneten diesmal plötzlich gestellt werden, und das zweite steht mit ihm im engen inneren Zusammenhang.

Es ist zwar nicht sehr wahrscheinlich, aber doch auch nicht unmöglich, dass im Streit zwischen dem Finanzaufbesserungsplan der Regierungen und der Liberalen und dem Finanzaufbesserungsplan der konservativ-ultramontanen Koalition in letzter Stunde die Entscheidung bei den sozialdemokratischen Stimmen zu liegen kommt. Zentrum und Konservative mit den Wirtschafts- und Agrarparteilern allein bilden noch keine sichere absolute Mehrheit, und da der Druckapparat der Regierungen jetzt etwas stärker als bisher in Bewegung gesetzt zu werden scheint und das städtische Kontingent der konservativen Partei gegen die Agrarierpolitik rebellisch zu werden beginnt, ist die Abspaltung einer Anzahl Konservativen von der Koalition wieder wahrscheinlicher geworden. Tritt sie ein, dann kann es dahin kommen, dass das Schicksal des konservativ-ultramontanen Steuerplans von den 43 sozialdemokratischen Stimmen abhängt. Doch könnte die Sozialdemokratie ihn nur dann zu Fall bringen, wenn sie bereit wäre im gegebenen Falle nicht bloss gegen ihn zu stimmen, was sie ja selbstverständlich tun wird, sondern auch das Gewicht ihrer Stimmen für den Gegenplan in die Wagschale zu werfen. Das aber ist ganz und gar nicht selbstverständlich sondern wäre unter verschiedenen Gesichtspunkten eine völlige Neuerung in der Abstimmung der Partei über Steuerfragen. Also soll es auch gar nicht in Erörterung gezogen werden, werden viele sofort einwerfen. Das wäre jedoch sehr kurzsichtig, blosses Vogelstrausspolitik. Wir müssen uns mindestens über die Konsequenzen unseres Tuns im voraus klar werden. Denn so viel ist klar: Die neue Fragestellung ist nicht nach Willkür und Phantasie ausgeheckt, sondern das natürliche Produkt der neuen Situation, in der die Partei sich heute sieht. Bisher hat sie in Steuerfragen bei den entscheidenden Abstimmungen stets mit schon vorher gesicherten Mehrheiten zu tun gehabt, ihr *Ja* hiess *Ja*, und ihr *Nein* hiess *Nein*. Jetzt aber ist das nicht der Fall. Jetzt kann ihr *Nein* faktisch die Wirkung eines ihr unerwünschten *Ja* haben.

Bis dahin ist jedoch die Position der Sozialdemokratie trotzdem uneinnehmbar. Sie hat darum noch nicht nötig es dem Freisinn nachzumachen. Auf die heute schon sich kundgebenden Vorwürfe der Regierungsliberalen, dass man sie in ihrem mannhaften Kampf für drei Viertel gegen vier Viertel Steuerreaktion im Stich lasse, kann die Sozialdemokratie vielmehr erwidern, dass kein Mensch die Regierung zwingen mit diesem Reichstag die Finanzaufbesserung durchzuführen. Sie solle nur zunächst einmal vom schlecht beratenen Reichstag an das Land appellieren, durch Auflösung den Wählern Gelegenheit geben mit den Steuerparteien Abrechnung zu halten. Täte sie das nicht, und drängten die Liberalen nicht auf die Auflösung hin, so zeigten sie dadurch, dass es ihnen mit dem Kampf gegen die Konservativ-Klerikalen nicht Ernst sei, und sollten die Sozialdemokratie ungeschoren lassen. So weit, so gut. In dieser Hinsicht herrscht in der Partei sicher nur eine Stimme. Und da 10 gegen 1 zu wetten ist, dass die Regierung nicht auflösen wird, so werden wir unsere Hände in Unschuld waschen können. Damit mag aber das gestellte Problem für gelöst halten, wer will. Freunde einer grundsätzlichen Lösung, ob *radikal* oder reformistisch, könnte ein solches Herauswursteln nicht befriedigen. Es wäre nur eine Verschiebung, aber keine Erledigung der Frage, die immer wieder auftauchen wird, und zwar in um so schärferer Zuspitzung, je mehr die Zahl unserer Vertreter in den gesetzgebenden Körpern wächst. Nehmen wir an, der Reichstag würde aufgelöst, was würde nach der Neuwahl die Situation sein? Zweifelsohne würde unsere Partei wesentlich verstärkt ins Parlament zurückkehren, aber die Konstellation der gegnerischen Parteien würde schwerlich so verändert sein, dass ohne die Sozialdemokratie eine Mehrheit gegen Zentrum und Konservative zu stande käme. Unsere Stimmenmacht wäre gewachsen, aber mit ihr auch unsere politische Verantwortung. Von unseren Abstimmungen, von unseren Erklärungen würde um so mehr die Richtung der deutschen Steuerpolitik bestimmt werden.

Es kommt daher alles darauf an, sich die Grundfragen vorher in ihrer ganzen Schärfe vorzulegen. Die erste ist im Vorhergehenden entwickelt und lässt sich dahin zuspitzen, ob die Sozialdemokratie bei ihrer Abstimmung über vorgeschlagene Steuern durch absolutistische Erklärungen sich von vornherein die Hände binden oder sich das Recht vorbehalten soll, hier, wie bei anderen Fragen der Gesetzgebung, gegebenenfalls auch unter Übeln zu wählen. Die zweite Frage ist, ob die Sozialdemokratie im heutigen Staat überhaupt in entscheidenden Abstimmungen Steuern zustimmen darf, selbst wenn diese ihrer Natur nach den sozialdemokratischen Steuerprinzipien durchaus entsprechen. Es ist das nämlich neuerdings sogar für diese Art Steuern in Frage gestellt worden und wird auch in den Artikeln des genannten Dreigespanns in variierender Abtönung in Frage gestellt. Was die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch 1906 einmütig bei der damaligen Finanzaufbesserung tat, soll nun nicht mehr erlaubt sein. Begründet wird es mit Wendungen, die die Abstimmungen über Steuern schlechtweg als Abstimmung für oder gegen Regierungssysteme hinstellen.

Es kann nicht eindringlich genug anempfohlen werden sich die Konsequenzen dieser Deduktion sorgfältig zu überlegen. Aus ihr spricht eine durchaus irrige, auf Verallgemeinerung von bestimmten Ausnahmefällen beruhende und überlebte

WOLFGANG HEINE · THEODOR BARTHS VERMÄCHTNIS



UCH von uns war er vielen viel. Mit diesen Worten hat unser Parteigenosse, der Abgeordnete Dr. Frank, einen Kranz am Grabe des Verstorbenen niedergelegt, und er hat uns damit aus der Seele gesprochen. Ich habe nur kurze Zeit die Ehre gehabt sein Kollege im Reichstag zu sein, die Freude neben ihm und mit ihm den Kampf zu kämpfen, der nach meiner Überzeugung für die Umbildung der Politik im Innern der wichtigste ist: gegen die Junker und ihre Verbündeten. Es war die Zeit der Zolltarifkämpfe von 1902, an denen Theodor Barth, den eine Nachwahl wieder in den Reichstag geführt hatte, zum letzten Mal seine glänzenden Gaben als parlamentarischer Führer und Streiter entfalten konnte. In diesen Tagen sein Mitkämpfer zu sein war ein Genuss. Wie sicher versandte er die Pfeile seiner Argumente, welche Ruhe behielt er in den Augenblicken der grössten Aufregung, wie blitzten dabei seine Augen vor Freude am Kampf, und wie unerschütterlich bewährte sich stets sein guter Humor!

Und der selbe war er auch ausserhalb des Parlaments, in seiner Zeitschrift *Die Nation*, nach deren Eingehen und der amerikanischen Reise in den Kämpfen der letzten anderthalb Jahre, die zur Bildung der *Demokratischen Vereinigung* führten. Immer der Mann schlagfertigen Wissens, beredten Worts, aber auch kräftigen Willens und ruhigen, sicheren Urteils. Wie hinreissend konnte er dabei im persönlichen Verkehr sein! Vielfach hat man ihn *schroff* gefunden, und sicher war er nicht das, was man eine *konziliante Natur* nennt, die sich im Brei bedeutungsloser Liebenswürdigkeiten gefällt. Seine Schroffheit traf aber allezeit das Unklare, Unwahrhaftige, das er leider nicht nur bei den direkt gegenüberstehenden Feinden sondern fast noch mehr in den Reihen des Liberalismus zu bekämpfen hatte. Übrigens konnte er, wo die politische Lage es zu erfordern schien, auch über offenbare Fehler mit einem höchst toleranten Schweigen hinweggehen.

Ja, viele, die ihn verehrten, haben viel mit ihm verloren. Indessen wäre das minder wichtig. Die bürgerliche Freiheit als solche, nicht nur die deutsche sondern die der gesamten Kulturwelt, hat einen ungeheuren Verlust erlitten. Im Ausland verstand man Barths Bedeutung; hat ihm doch eine amerikanische Universität das Ehrendoktordiplom verliehen »wegen seiner Verdienste um die Demokratie«. Für die Verständigung besonders zwischen Deutschen und Engländern war seine Sachkenntnis, waren seine persönlichen Verbindungen von unersetzlichem Wert.

Barth war von deutscher Kultur durchtränkt. Deutsch war sein Wesen, seine Gründlichkeit, Sachlichkeit, seine Ehrlichkeit im Denken. Deutsch aber auch seine Anerkennung für das Grosse und Vorbildliche in anderen Nationen, sein Widerwille gegen nationalistische Selbstberäucherung und Beschränktheit. So überflogen seine politischen Ziele weit die Grenzen des Deutschen Reichs. Als Nationalökonom von Fach, als Kenner des grossen Handels der Seestädte sah er die Aufgabe der äusseren und inneren Politik in der Anbahnung einer durch Frieden gesicherten Weltwirtschaft. In diesem *Internationalismus* zeigte er sich als treuer Bewahrer eines alten liberalen Ideals, das der Liberalismus

zwar fast ganz fallen gelassen hat, das aber in der Sozialdemokratie als Zukunftsideal weiterlebt.

Für uns Deutsche entsteht jetzt die wichtige Frage: Bedeutet das Grab, das Theodor Barths Asche umschliesst, auch das Grab der Hoffnungen, die auf eine Erneuerung und Verjüngung des bürgerlichen Liberalismus in Deutschland gesetzt werden durften? Zwar vermögen Persönlichkeiten trotz Einfluss und guten Willens nichts, wenn der politische Zustand der Nation nicht reif ist, wenn sie nicht von politischen Notwendigkeiten getragen werden, aber auch das Notwendige und Mögliche bedarf der Männer, die es zu gestalten vermögen. Barth hatte sich die Aufgabe gestellt die Ideen der Demokratie im deutschen Bürgertum zu neuem Leben zu erwecken, und ohne Zweifel war er dazu berufen wie heut kein anderer unter den bekannten Politikern. Die Durchführung dieses Plans ist das Vermächtnis, das er seinen politischen Erben hinterlassen hat.

Man hat freilich auf verschiedenen Seiten seine politischen Pläne als überflüssig oder als unmöglich abfertigen wollen, sie als blutloses Gespenst, aus der Vergangenheit heraufbeschworen, verlacht. Die Führer der Blockliberalen erklären eine Verjüngung des Liberalismus für unnötig. Sie kommen sich ja selbst so jung vor und behaupten, dass sie durch ihre Schlaubergerpolitik den Liberalismus zu grossen Erfolgen führen würden. Dabei war ihnen der alte Mitkämpfer, der ihnen zeigte, dass sie im Block die Gefangenen ihrer politischen Gegner wären, dass man in Deutschland eine Politik der Freiheit nie gegen die Sozialdemokratie, immer nur mit ihr führen könnte, arg unbequem. Er starb vielen von ihnen sehr gelegen. Von solchen *freisinnigen* Politikern ist eine kraftvolle demokratische Politik auch dann nicht zu erwarten, wenn jetzt wirklich der Block in Stücke gehen sollte. Sie werden des Gefängnisses Schmach, ein Stück der Kette, dauernd nachschleppen. Auf der anderen Seite weisen sozialdemokratische Kritiker die Unmöglichkeit einer bürgerlichen Demokratie aus den materiellen Verhältnissen nach, und die apodiktische Bestimmtheit, mit der diese Aussichtslosigkeit der Barthschen Politik betont, die Kleinheit des Häufleins von Ideologen hervorgehoben wird, hat einen Zug von Geringschätzung, selbst wenn, wie es meist geschieht, Erklärungen der Sympathie hinzugefügt werden. Die Vertretung demokratischer Ideen wird der Sozialdemokratie als der von der Geschichte nunmehr allein Berufenen zugewiesen. Man tut gut diese Frage unter Ausschaltung aller agitatorischen Gesichtspunkte und aller persönlichen Wünsche für die eigene Partei möglichst nüchtern zu prüfen.

Unzweifelhaft ist es richtig, dass erhebliche Teile des Bürgertums, die vor 50 Jahren auf seiten der Demokratie standen, für sie dauernd verloren sind. An einem Kampf gegen die kommandierende ausbeutende Herrenkaste werden die nicht teilnehmen wollen, die sich selbst als Herren fühlen und das Herrenrecht in Anspruch nehmen: anderen die Lasten, uns die Vorteile. Die Möglichkeit nach unten zu unterdrücken versüsst ihnen die Notwendigkeit nach oben zu katzbuckeln, und selbst die hohen Kosten, die die Unterhaltung des Junkertums, des Militarismus, der Bureaukratie und des Klerus auch ihnen verursacht, scheinen sich dadurch bezahlt zu machen. Aber das ist doch eine nicht allzu grosse Zahl. Daneben stehen die grossen Massen des städtischen Mittel- und Kleinbürgertums, die mit dem Anwachsen der Städte absolut, wenn

auch nicht im Verhältnis zum Proletariat, noch zunehmen. Sie haben — richtig verstanden — kein materielles Interesse daran zu den ungeheuren Kosten des Staats beizutragen, um zum Dank durch den selben Staat als *zweitklassige* Menschen schlecht behandelt, in ihren Kommunalangelegenheiten fortwährend benegt und tyrannisiert zu werden, ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu gunsten habgieriger Privatunternehmungen unterbunden zu sehen. Hier ist also die materielle Basis für eine Politik gegen die Bureaucratie, gegen die übertriebenen Ansprüche des Militarismus und gegen ein dynastisches System, das sich auf diese Faktoren stützt und dem Volksleben entfremdet ist. Der Mittelstand ist in Not; sieht er einmal ein, dass das, was sich als *Mittelstandspolitik* ausgibt, der reine Schwindel ist, so fällt er einer demokratischen Richtung zu. Ohnehin stecken schon jetzt in den verworrenen kleinbürgerlichen Bewegungen trotz aller Ergebenheitstelegramme und Devotionen Ansätze zur Kritik an dem herrschenden Regiment, die sich einmal recht kräftig auszuwachsen könnten. Dazu kommen dann die Kreise der sogenannten *Intelligenz*, auch sie an absoluter Zahl zunehmend, durch ihre geistige Tätigkeit aber von weit grösserm Einfluss als ihrer Zahl entspricht; politisch zwar nicht durchaus beständig, weil weniger durch konkrete materielle Interessen als durch Ideen geleitet, dafür aber auch von umfassenderem Blick, der sie über die Sphäre gewerblicher Kirchturmspolitik erhebt.

Wird nun die Sozialdemokratie die Partei sein, die diese Massen mit der Arbeiterklasse zu einer grossen demokratischen Organisation vereinigt, oder ist neben ihr noch für eine bürgerliche Demokratie Platz?

Eine Zeitlang schien es, als fielen der Sozialdemokratie allein die Aufgabe zu die demokratischen Ideen in den Massen zur Tat zu machen. In den neunziger Jahren schien die Sozialdemokratie in Deutschland die alleinige demokratische Volkspartei zu werden, die den Kampf gegen den bürokratischen Staat und den immer mehr zum Gemeingut werdenden Gedanken der Sozialreform vertrat das kapitalistische Herrenrecht der Arbeiterklasse gegenüber und den rücksichtslosen kapitalistischen Egoismus gegen die Abnehmer, namentlich Staat und Gemeinden, planmässig einzuschränken. So sahen wir die Sozialdemokratie als die einzige grosse Freiheitspartei an, die alle Volksmassen aufzunehmen berufen wäre. Inzwischen hat sich eine Entwicklung vollzogen, die anzudeuten scheint, dass damit der Kreis für eine Partei, die nicht bloss Glaubenslehren verbreiten sondern praktisch wirken will, etwas sehr weit gesteckt gewesen wäre. Die zu einer Grossmacht erwachsenen freien Gewerkschaften, früher neben der Partei stehend, erwerben sich mehr und mehr den massgebenden Einfluss in der Partei, die dadurch vorwiegend zur Vertretung der Interessen der organisierten städtischen Industriearbeiterschaft wird, und die Partei selbst betont mit Vorliebe ihren proletarischen *Klassenkampfcharakter*. Nun ist das Interesse an der politischen Demokratisierung des Staates beim Bürgertum kein anderes als bei den Arbeitern. Auf wirtschaftlichem Gebiet aber sind die Interessengegensätze sehr erheblich. Grade das mittlere und kleinere Unternehmertum wird von den unvermeidlichen Härten der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft am meisten betroffen. Der Kampf der Ärzte mit den Krankenkassenverwaltungen zeigt solche Reibungen auch mit den Schichten der Intelligenz. Dieser sich immer mehr ausbildende Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie hält viele ab sich ihr

anzuschliessen, die die demokratischen Ziele der Partei teilen. Die Sozialdemokratie kann dabei aber vorläufig noch nicht einmal zu einer Vertretung der gesamten arbeitenden Klasse werden. Die enge Verbindung der freien Gewerkschaften mit der Partei, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hat, hält wieder von den Gewerkschaften viele Arbeiter fern, die sich der Sozialdemokratie nicht anschliessen wollen oder können. Die christlichen Gewerkschaften und die religiösen Arbeitervereine, auch die freisinnigen Gewerksvereine behalten dadurch ein Rekrutierungsgebiet und werden nur sehr allmählich von den freien Gewerkschaften aufgesogen werden können.

Man mag diese Umbildung der Sozialdemokratie aus einer allgemeinen Volkspartei zu einer Partei eines Teils des Industrieproletariats bedauern, man mag auch hoffen, dass die Entwicklung des Kapitalismus und das Bedürfnis nach sozialistischen Reformen mit der Zeit die jetzt getrennten Volksteile wieder in einer umfassenden politischen Organisation zusammenführen wird. Für die Gegenwart jedenfalls haben wir, wie es scheint, mit der geschilderten Stellung der Sozialdemokratie als einer Tatsache zu rechnen, die uns um so unabwendbarer vorkommt als sie sich aus der marxistischen Grundanschauung erklärt, dass vor allem wirtschaftliche Interessen die politischen Gebilde bestimmen. Mancherlei Fehler, die in der Sozialdemokratie gemacht worden sind und immer wieder gemacht werden, verengen ebenfalls die Kreise, aus denen die Partei Anhänger gewinnen kann. Das von gewissen Organen beliebte *revolutionäre* Säbelrasseln — oder, richtiger gesagt: Zeitungspapiergeschwenke —, das so überflüssig ist, weil dahinter weder ernster Wille noch positive Möglichkeiten stecken, hält viele, vor allem das kleine Beamtentum und andere kleinbürgerliche Elemente von der Partei ab. Die Intelligenz wird namentlich durch den törichtesten Hohn über die *Mitläufer* und durch die intolerante Verfolgung von Überzeugungen und Personen durch eine gewisse Gruppe abgeschreckt. Die Betroffenen in der Partei selbst nehmen diese Dinge viel leichter, weil sie in der herzerfrischenden Arbeit für die Arbeiter und mit ihnen immer eine reiche Entschädigung finden. Aber nach aussen ist die Wirkung sehr übel; es ist gut, sich und anderen dies ohne Rückhalt einzugestehen. So ist, wenigstens für das nächste Jahrzehnt, wenn nicht länger, für eine bürgerliche demokratische Partei die Grundlage materieller und politischer Interessen und ein weites Rekrutierungsgebiet vorhanden. Dies erkannt zu haben und energisch demokratische Forderungen verfochten zu haben, zu einer Zeit, wo der offizielle Liberalismus antidemokratisch wurde, ist Theodor Barths Verdienst. Fängt auch die Bewegung erst klein an, so hat sie doch gute Aussichten. Ob der Austritt aus der freisinnigen Partei und die Bildung einer neuen Gruppe taktisch richtig waren, muss der Erfolg entscheiden; menschlich sympathisch war dieser Schritt Barths auf alle Fälle.

Die Sozialdemokratie hat schon oft erklärt, dass sie die Konkurrenz einer bürgerlichen Demokratie nicht nur nicht fürchte sondern gern sehen würde. Solche Arbeitsteilung bedeutet Konzentrierung der Kräfte auf den getrennten Gebieten und kann der Sache der Demokratie selbst unter Umständen sehr förderlich sein. Dass die unvermeidlichen Reibungen, die zwischen benachbarten Parteien, namentlich bei Wahlen, eintreten müssen, das gemeinsame Ziel einer Demokratisierung des öffentlichen Lebens nicht schädigen, dafür wird freilich eine überlegte, von Kleinlichkeiten und agitatorischen Übertrei-

bungen sich frei haltende Taktik sorgen müssen. Sonst könnte es leicht kommen, dass die Reaktion die Vorteile davontrüge. Barth hat immer die Notwendigkeit eines Zusammengehens zwischen der Sozialdemokratie und der bürgerlichen Demokratie betont. Auf beiden Seiten ist von einzelnen dieser Gedanke mit einem Lärm abgelehnt worden, der um so überflüssiger war als die Praxis alle Tage in Einzelheiten doch zu einem solchen Zusammenwirken zwingt. Mit der Zeit wird auch der Gedanke einer planmässigen Zusammenarbeit für solche, die jetzt noch nicht über den Bretterzaun ihrer vermeintlichen Parteiinteressen hinaus blicken können, seine Schrecken verlieren.

Die Erkämpfung demokratischer Reformen, namentlich eines freien und gerechten Wahlrechts für Preussen, ist jetzt wichtiger als alles andere; sie ist zugleich die beste Sozialreform, besser als die Kleinlichkeiten der offiziellen Sozialpolitik. Hier kann man und muss man die herrschenden Gewalten in die Defensive drängen: das ist die Vorbedingung des Erfolgs. Jeder Fortschritt, den auf diesem Gebiet die eine der demokratischen Richtungen davonträgt, kommt der andern zu gute. Ein erfreulicher Wettkampf zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie, wer von beiden am besten das gemeinsame Ziel fördere, kann nur im Interesse der ganzen Nation liegen.

XX

ROMAN STRELTZOW · DER RUSSISCHE PARLAMENTARISMUS UND DIE SOZIALDEMOKRATIE



FT schon wurde die Beobachtung gemacht, dass der *Radikalismus* innerhalb einer politischen Partei meistens nichts anderes ist als Konservatismus. Der eigentliche Nährboden des *Radikalismus* sind hauptsächlich die Trägheit des Gedankens, geringes Wissen, mangelnde Fähigkeit rascher Orientierung, mit einem Wort: die Kurzsichtigkeit. Innerhalb der russischen Sozialdemokratie trug zur Bekräftigung dieser Beobachtung früher der *Bolschewismus*, jetzt aber der *Otsowismus* sehr viel bei.

Das schöne Wort *Otsowismus* stammt von einem Verbum, das zu deutsch *abberufen* bedeutet, und es bezeichnet diejenigen, die mit der Existenz der jetzigen *Dumafraktion* unzufrieden sind und deshalb auf deren Abberufung hindrängen. Die *Abberufler*, die *Otsowisten*, sind zurzeit die *radikalste* Richtung in der sozialdemokratischen Partei, so dass sogar die *radikalen Bolschewiki* gegen sie ankämpfen müssen. Die *bolschewistischen* Literaten überhäufen die *Otsowisten* mit den allerstärksten Kritiken, was aber keineswegs über die Tatsache hinwegtäuschen kann, dass der *Otsowismus* das legitime Kind des *Bolschewismus*, dass der *Otsowismus* ohne den *Bolschewismus* überhaupt undenkbar ist. Der konsequente *Bolschewismus* muss eben zum *Otsowismus* führen. Die politische Naivetät der *Bolschewiki* gelangt im *Otsowismus* zu seinem logischen Abschluss. Wie die *Bolschewiki* stehen auch die *Otsowisten* auf den Standpunkt, dass Russland einem neuen revolutionären Aufstieg entgegen gehe, und dass die nun vorhandenen sozialen Gegensätze nicht anders als durch einen *bewaffneten Aufstand* gelöst werden können. Die Arbeit der Partei muss deshalb darauf gerichtet sein dieses Ziel schneller herbeizuführen,

sie muss auf diesen *unvermeidlichen* Aufstand hindrängen, hinarbeiten. Die Existenz der *Duma* einerseits und die Beteiligung der Sozialisten an der parlamentarischen Arbeit andererseits verlangsamten aber die Entwicklung der Gegensätze und schieben die Zeit der entscheidenden Kämpfe nur hinaus. Die *Duma* und die sozialistische Fraktion schaffen die Illusion, als ob wir in geordneten, verfassungsmässigen Verhältnissen leben und stumpfen somit die revolutionäre Energie ab. *Nieder mit der Duma!* und *Fort mit der Fraktion!*, das ist die Losung, die nun allorts erschallen soll; denn nur auf diese Weise wird die Sozialdemokratie die Reinheit ihres Programms und ihrer Prinzipien noch retten können. Bleibt die *Duma*, und fährt die Fraktion fort dort weiter zu arbeiten, so ist der russische Sozialismus unrettbar korrumpiert und die Revolution auf immer begraben.

In diesen Vorschlägen spiegelt sich die Psychologie derjenigen Elemente der Partei wider, die sich nur dann wohl fühlen, wenn sie *konspirativ, illegal, unterirdisch* arbeiten dürfen. In der breiteren Öffentlichkeit finden sie für sich keinen Platz, keine Verwendung, und ihre Augen richten sich unwillkürlich auf das *unterirdische Russland*, wo sie sich voll ausleben können. Es sind die selben Elemente, die nach dem ersten Sieg der Revolution, unmittelbar nach dem 30. Oktober 1905 in eine Art Melancholie gerieten, da sie für die Partei, die nun öffentlich zu arbeiten begann, nutzlos wurden. Ihr Lebens-
element wird diesen Leuten genommen, wenn sie aus der gesättigten Atmosphäre der Konspiration in die lichtere Luft der Öffentlichkeit versetzt werden. Und so ist es ganz natürlich, wenn sie nun die ganze Partei wieder zum unterirdischen, illegalen Dasein herabziehen möchten, denn nur dadurch können sie zu der ihnen bekömmlichen Existenz und Tätigkeit gelangen.

Der *Otsowismus* kämpft gegen die offene Tätigkeit der *Dumafraktion* noch deshalb an, weil er, entsprechend seiner unterirdischen Natur, kein Verständnis für einen politischen Kampf auf nationaler Grundlage hat. Er ist nicht im stande eine Bewegung von der hohen Warte der historischen Entwicklung zu beurteilen, und sein politischer Gesichtskreis geht nicht über das Gebiet seines Sprengels hinaus. Er kann es nicht begreifen, dass die Existenz eines Zentralpunkts, wo die gesamten Energieen des kämpfenden Proletariats beständig einen Ausdruck finden können, für den proletarischen Kampf hundertmal wichtiger ist als Dutzende von örtlichen geheimen Organisationen, die nur einen lokalen Kampf führen und führen müssen. Es ist freilich richtig, dass die dritte *Duma* nur entfernt ein Parlament im europäischen Sinn des Wortes darstellt. Und es ist gewiss wahr, dass sie vorläufig in den Händen der adelig-bureaukratischen Reaktion sich befindet; aber all dies kann ihre Bedeutung für das Proletariat nur vermindern, nicht aber vollkommen aufheben. Auch der deutsche Reichstag ist kein richtiges Parlament: aber wo wäre die deutsche Sozialdemokratie, wenn sie nicht im Reichstag sässe. Und dabei darf man auch nicht vergessen, dass die sozialdemokratische Vertretung in der *Duma* gar nicht so klein ist wie es beispielsweise die deutsche Sozialdemokratie am Anfang ihrer parlamentarischen Karriere war. 20 Abgeordnete der Arbeiterklasse: das ist doch bei den jetzigen Machtverhältnissen ein schöner Erfolg; eine grössere Zahl wäre vielleicht gar nicht ratsam. Was aber die Redefreiheit betrifft, so ist es damit im allgemeinen auch nicht schlimmer als im deutschen Reichstag bestellt, so dass eine eingehende und

rücksichtslose Kritik in der *Duma* nicht minder möglich ist. Unter diesen Umständen wäre eine Abberufung nicht nur eine unglaubliche Torheit sondern geradezu ein politisches Verbrechen.

Wie die Dinge vorläufig liegen, scheint die *otsowistische* Kampagne völlig aussichtslos zu sein. Aber ganz unschädlich wird sie doch nicht bleiben. Die Stellung der Fraktion wird durch die fortwährenden Angriffe und durch die verständnislose Kritik nicht gestärkt, ihre Leistungsfähigkeit nicht gefördert. Die Verbreitung richtiger Auffassungen unter der Arbeiterschaft leidet natürlich auch darunter. Nicht minder schädlich wirkt auf die Arbeit der Fraktion die Stellung, die der *Bolschewismus* selbst gegenüber der *Dumatätigkeit* eingenommen hat. Zwar sind die *Bolschewiki* nunmehr Anhänger der parlamentarischen Arbeit geworden, das schliesst aber nicht aus, dass sie von dieser Arbeit keine Ahnung besitzen und oft die krausesten Ideen zum besten geben. Als Beispiel dieser Verständnislosigkeit mag die Resolution dienen, die vor Monaten auf der Parteikonferenz unter *bolschewistischer* Führung angenommen wurde. Da wird in einem Atemzug von der Fraktion gefordert, sie dürfe sich zunächst keineswegs »auf den Weg der sogenannten *positiven* Gesetzgebung und der kleinen angeblichen *Reformen* stellen«, drei Zeilen weiter aber wird ihr als Aufgabe die Einreichung »selbständiger Entwürfe der Arbeitergesetzgebung (Achtstundentag, Vereins- und Streikfreiheit, Arbeiterversicherung usw.)« sowie »einer Reihe von Gesetzentwürfen, die unser Minimumprogramm enthalten« bezeichnet. Keine positive Arbeit sondern selbständige Gesetzentwürfe: etwas Konfuseres wird man nicht so bald finden. Und doch erlauben sich die selben Leute die Fraktion zu kritisieren und ihr über die wahren politischen Tugenden Lehren zu erteilen, ihr Fehler vorzuwerfen und ihre Tätigkeit vor der grossen Masse der Arbeiter zu *geissehn*. Wie diese *Kritik* aussehen muss, das kann sich der Leser selbst leicht ausmalen. Der taktischen Weisheit letzter Schluss des *Bolschewismus* ist die parlamentarische Isolierung der Sozialdemokratie. Eine Koordinierung der sozialistischen und bürgerlichen Opposition darf nicht geduldet, der Kampf muss vielmehr gegen das liberale Bürgertum geführt werden. In den Augen der *Bolschewiki* gibt es, wie es scheint, momentan keine grösseren Feinde als die *Kadetten* und ihr Anhang. Alle Hoffnungen für die Zukunft setzt nun der *Bolschewismus* auf das Zusammengehen des revolutionären Proletariats mit dem revolutionären Bauerntum. In diesen Hoffnungen liegt eigentlich ein Verzicht auf eine aktive Politik für den Augenblick. Denn das Bauerntum als Klasse oder Stand treibt vorläufig nur insofern Politik als diese mit der Agrarfrage verbunden ist. In der *Duma* spielt die Bauernvertretung fast gar keine Rolle, und auf dem Lande wird das Bauerntum von inneren Gegensätzen zerrissen und politisch lahm gelegt. Die Stolypinsche Bauernpolitik hat im allgemeinen ihr Ziel erreicht: Die Bauern differenzieren sich mit ungeheurer Schnelligkeit. Die Landgemeinde löst sich allmählich auf, die Befestigung des individuellen Eigentums macht grosse Fortschritte, das Bauerntum verliert mit jedem Tag an Geschlossenheit und damit auch an revolutionärer Energie. Bei dem niedrigen Bildungsniveau der Bauern, bei den immensen Dimensionen des Reichs und dem geringen inneren Verkehr kann man von einem baldigen Wachsen der Bauernbewegung gar nicht reden. Und noch weniger kann von einer zielbewussten, planmässigen Bewegung die Rede sein.

Unter diesen Umständen muss man schon ein Illusionist sein, um seine gegenwärtige Politik auf die Belebung des bäuerlichen Kampfes zu stellen. Die *Bolschewiki* sind eben solche Illusionisten. Indem sie ihren Einbildungen nachhängen, vermögen sie nicht dasjenige zu erfassen, was sich vor ihren Augen abspielt. Sie sehen nicht, welche fortschrittlichen, ja revolutionären Kräfte dem kapitalistischen Bürgertum innewohnen, welche Anstrengungen die Reaktion macht, um sie zu unterdrücken, zu vernichten. Wie alle Illusionisten, sehen sie in den Elementen, die von ihnen aus nach rechts stehen, nur eine einzige reaktionäre Masse, bemerken nicht, dass diese *Masse* von unüberbrückbaren Gegensätzen erfüllt ist. Diese Gegensätze bilden jetzt die treibende Kraft des politischen Kampfes, und eine aktive proletarische Politik kann vorläufig nur in ihrer Ausnutzung im Interesse des Proletariats bestehen. Das Wesen dieser Gegensätze ist der Kampf zwischen einem rückständigen Agrarismus und einer emporkommenden Industrie. Die Regierung stellt sich hauptsächlich auf die Seite des Grossgrundbesitzes. Daher wird in der *Duma* wie im Reich auch eine wachsende Opposition gegen den Stolypinschen Kurs beobachtet. Der *oktobristische* Block, der bisher die heterogensten Elemente zusammenschweisste, geht allmählich aus einander. Die Vertreter des Grundbesitzes scheiden sich von denen des industriellen Kapitals, eine gemeinsame Arbeit scheint ihnen unmöglich geworden zu sein. Früher hielt sie die Angst zusammen: Die Schrecken der Revolution waren noch frisch in aller Erinnerung, und zur Organisation der Konterrevolution war eine Koalition ein brauchbares Mittel. Jetzt aber, wo die Revolution unterdrückt ist, ist ein weiteres Zusammenwirken für beide Teile unerspriesslich. So wurde eine Krisis unvermeidlich, der Block musste scheitern.

Diese Krise im Interesse der Entwicklung zur bürgerlichen Freiheit auszunutzen, das muss nun die Aufgabe des gegenwärtigen Moments werden. Wird die Partei der Arbeiterklasse diese Aufgabe nicht erfüllen, wird sie weiter den Illusionen der *Bolschewiki* nachjagen, so wird sie nur ihre politische Unreife zeigen und den Beweis liefern, dass sie aus den Ereignissen der letzten Jahre nichts gelernt hat.

XX

EMMY VON EGIDY · PORTO D'ANZIO



S stieg ein Träumer aus dem Zuge, der mittags von Rom nach Anzio kommt. Sonne lag über der Welt, ein blauer Himmel warf seine Farbe in das Meer: purpurblau war es, als der Träumer herantrat. Das Meer kam, kam, kam; in grossen, tiefen rollenden Wasserbergen wälzte es sich heran, zog sich auf aus der eigenen Tiefe, die es vor sich hertrieb und stürzte über den Strand; weisser Schaum krönte den obersten Rand, aber darunter war das hellste, edelsteinklare Wasser, das einen Moment stand wie eine Mauer, um dann hinunterzustürzen. Auch anders kam es: leicht und flüssig, wie laufend in spielenden, tändelnden, spritzenden Wellen. Die ganze Fläche ein ewiges Wogen in ewiger Ruhe. Noch war so frühes Frühjahr, dass kein Badeleben am Strande die Anbetung des Träumers störte. Schöner wäre es ohne den Lärm, dachte er, und sah sich missbilligend um; aber der Lärm war das Rauschen des Meeres, und als er das erkannte, stieg ein flüchtiges Rot in sein Gesicht, denn er schämte sich die tiefen Atem-

züge des Meers für Lärm gehalten zu haben. Dann dachte er nach — denn manchmal dachte dieser Träumer auch, weil er ein Deutscher war —: Dies ist das Meer, das Element, das alle Weltteile umspült, das alle Weltteile trennt und verbindet, das Meer, das alle Kulturen geschaffen hat! Da lief eine Welle über seine Füsse, neckend, hüpfend, kam sie in breiter Rundung, am Saume ein klares Gekräusel. Der Träumer sprang nicht zur Seite, er blieb im Wasser stehen und sah zu, wie sie langsam verschwand, der Sand trank sie auf, er wurde dunkel davon und glänzend, nur der Schaum lag einige Sekunden wie ein Kranz opalschimmernder Perlblasen auf dem Strande. Ein Duft von salziger Erdfeuchte stieg zu ihm auf, hastig sog er ihn ein; er hatte aufgehört zu denken, aber eine Vision von Erschaffung, von Werden, von Weltgeburt erfüllte ihn.

»Aphrodite, meerentstiegene Göttin«, stammelte er, und wiederholte die Worte wie trunken oft und oft. Fast taumelnd eilte er weiter über den feuchten Sand, ein feiner Rausch stieg aus dem verdunstenden Wasser auf zu ihm. Da . . . eine weit hinausragende Klippe . . . oder waren das die Reste von . . ., nein, an die Dinge zu denken, die er wusste, verbot sich der Träumer; vorwärts getrieben, ohne zu überlegen, sprang er von einem meerbenagten Stein zum andern, trat auf frischgrün leuchtenden Seetang, der unter seinen Füssen nachgab, so dass er glitt und fast ins Wasser fiel, weiter sprang und endlich, auf der äussersten Spitze angekommen, aufatmend stillstand. So weit sah er nun auf das Meer, dass sich die Horizontlinie fast um ihn schloss, und welche Linie! Rund und voll stieg das Wasser auf bis dahin, wo er das sanfte Abfallen der Erde, des Meeres fühlen konnte, spüren in der zu beiden Seiten abbiegenden Linie, auf eine merkwürdig erregende Art. Darüber blau die Himmelswölbung. Ein paarmal glitten des Träumers Augen durch den unendlichen Raum, hinauf zum Zenit, wieder hinab zum Horizont, ringsum dessen Linie entlang und über das Wasser zurück bis zu seinen eigenen Füssen. Dann hatten sich seine Gedanken wieder geformt und wollten mitreden, so etwa, als hätten sie in diesen beiden auf einander zulaufenden Wölbungen von Himmel und Wasser die Auflösung von Vertikale und Horizontale gefunden, aber unfertig mussten die Gedanken versinken in dem entzückten Schauen, mit dem der Träumer in sich trank, was er sah.

So stand er, bis sich der Hunger meldete, und da es die einzige Pünktlichkeit des Träumers war dies Tier regelmässig zu bedienen, so sah er plötzlich fast erschrocken nach der Uhr und fand, dass er etwa eine Stunde hier gestanden haben konnte. Zurückspringend über die nassen Steine kam er auf den Strand und von da zur Stadt, und fand fast in dem ersten Haus eine Trattoria. Er fand sich allein in dem grossen Raum, im Hintergrund brannte unter riesigem russigem Rauchfang ein Feuer; Kessel hingen darüber, kleinere Töpfe standen in der heissen Asche ringsum. Er bestellte sich Maccaroni und ein *Fritto di pesce*, sah dann bekümmert auf die winzigen Meertiere, die er verzehren sollte, wagte aber, nachdem er einen Blick auf den Tisch mit ausgestellten rohen Speisen geworfen, nicht sich Fleisch zu bestellen und suchte mit Käse, Brot und Früchten das Notwendige für das Hungertier zu leisten. Als die Tür sich öffnete, um einen andern Gast einzulassen, kam der donnernde Ton des Meeres für einige Augenblicke mit herein. Der Träumer sah rasch auf, ein Aufseufzen, wie das Erinnern an etwas Geliebtes, Schönes: nun schon

entbehrte er dies Rauschen. Schliesslich hastete er sein Essen hinunter, um wieder hinauszukommen. Draussen begegnete ihm ein Zug von Mauleseln; sie trugen Kohle nach dem Leuchtturm und trotteten ernsthaft unter der schwankenden Last riesiger Säcke, die, zu beiden Seiten ihrer schmalen Rücken befestigt, eine pittoreske Silhouette in die blaue Luft schnitten. Ein anderer Zug kam leer zurück und fröhlich. Der Träumer sah ihnen lange nach, dann ging er durch den Ort, der kein Interesse für ihn hatte; er eilte wieder an das Meer zu kommen, weiter sich berauschen zu lassen von einem Klang, von einem Duft, und arbeitete sich durch trockenen, tiefen Sand, an unschönen Häusern, an zahllosen Booten vorbei, bis er wieder auf wasserhartem Sande stand, über den die leisen, stillen Wellen des Hafens kosten. Kleine Buben mit weit aufgestreiften Hosen patschten und lärmten im Wasser herum; von ihnen sah der Träumer fort; sein Blick tastete sich liebkosend über die unendlich bewegte Fläche, bis er weit draussen auf einem luftigen Gebilde ruhte: zwischen Himmel und Erde schwebend, duftiger als diese, so fern, dass seine Basis im Meeresdunst verschwand, ein Fels von schöner Form nur wie ein schwebender Edelstein. Dann aber zog ein neuer Duft, ein milder, süsser Blumenduft des Träumers Aufmerksamkeit fort von dem fernen Berge, und er sah vor sich Klippen, gelbleuchtende Klippen; in üppigen Büscheln wehten rotviolette wilde Levkojen dort herab, Ginster, wie ein samtenes Fell von gelber Blüte und frischgrünem Laub, schmiegte sich über die Steine, und grosse hellrot leuchtende Kakteenblüten, einzeln in saftiges Grün gebettet, niederfliessend von den Klippen, sich sammelnd in grossen Inseln auf dem warmen Sande. Dazwischen ragten Palmen, buschten sich Bäume und Sträucher in allen erdenklichen Nuancen von Grün vor dem blauen Himmel. Und dies Gemisch von Meeresdunst und Levkojenduft, von Sonne und Farbenpracht blühender Klippen, von ewig klingendem Rhythmus rollender Wasserberge und leicht schwellendem Lufthauch verzauberte den Träumer völlig, so dass er hinsank, wo die Sonne warm auf den weichen Sand schien und keiner Bewegung fähig, hingegenommen von der Schönheit, in ihrem Arm ruhte. Auch schlief er ein. In diesem Schlummer sprach das Meer zu ihm, die Luft, die salzige Erdfeuchte, das Blau des Meeres und das süsse Rotviolett der wilden Levkojen. Sie sprachen nicht in Worten, aber eindringlich, ernst und mächtig war ihre Rede, so dass, als der Träumer erwachte, er sich besinnend verwunderte, woher ihm das Glück, dies neue Gefühl vom Wert seines Daseins komme. Er besann sich umsonst: Meer, Luft und Blumen sprachen nun nur noch zu seinen Augen. Froh sprang er auf, noch eine Weile verfolgte er den Weg den schönen breiten Strand entlang, vorspringend hemmten die Klippen seine Schritte, mehrmals wie in Buchten gebettet war da Sand und Meer. Nettuno lag vor ihm, das kleine felserbaute Seenest, fest gegen Seeräuber; auf gemauertem Grunde drängte sich dicht Dach an Dach, gekrönt vom Dom, dessen breite Fläche, lange Linie Ruhe in das Geschiebe und Gedränge des Daches brachte. Für ihn nicht von der Sonne beschienen, lag es in körperlicher Wirklichkeit kenntlich in allen seinen Farben: grau, grün, gelb und rot. Anzio aber lag, als der Träumer endlich zurückkehrte, schon im lösenden Schein der sinkenden Sonne. Jetzt badeten auch die Wellen ihren weissen Schaum schon in dem blauen Widerschein des Himmels, blau blieb der feuchte Sand zurück. Und nun erst sah der Träumer zu seinen Füßen den zierlich aufgereihten Kranz von Muscheln; halb versteckt im Sande, wie die Welle sie getragen, lagen die feinen

winzigen Gebilde des Wassers. Er bückte sich danach, lächelnd betastete er sie, er fand sie süß und rührend, innen errötend wie kleine Mädchen, aussen den Schimmer aller violetten Meeresfarben tragend. Und plötzlich war es ihm, als spielten zwei nackte Füße, die er unendlich zart und rosig glaubte, hier zwischen diesen Muscheln . . . im feuchten Sande, meererspülte Füße . . . Ein Lachen glaubte er zu hören, leicht und leise, das ihn den *Träumer* schalt. Da steckte er die Muscheln zu sich und ging weiter.

Im Hafen war das Wasser still und rot gefärbt vom Abendhimmel. Dazwischen leuchteten die schmalen, blauen Wellenstreifen wie überirdisches Licht. Er erwartete das Rot zum Ufer fließen zu sehen, aber immer wieder erhob sich ein blaukristallenes, leuchtendes Band ganz zart und sacht und lief vorwärts auf den Strand zu, aber wie es sich hebt, um überschlagend sich aufzulösen, da leuchtet durch seine Bläue die rote Fläche, und was über den Sand hinfließt, ist herrliches, dunkelglühendes Violett.

Lautes Leben am Molo. Seegelboote, die er schon draussen betrachtet, die nun hereinkamen und anlegten, hatten eine grosse Menschenmenge herbeigezogen; es herrschte eine entschiedene Aufregung. Auch der *Träumer* ging hin, sich das Schauspiel der einlaufenden und anlegenden Bastimente anzusehen. Sie kamen, ein ganze Flottille von Schiffen aus Civita Vecchia, Schutz suchend hier vor einem plötzlich da draussen eingefallenen Sturm, der ihnen die Heimfahrt wehrte. So erklärte dem *Träumer* ein Mann, der sich neben ihm am Molo einfand. Die Schiffe kamen, meist zwei in geringem Abstand von einander, die Segel wurden kurz vor dem Einlaufen gerafft. Kühn hing ein Mann hoch an der Spitze des Mastes, andere klebten wie Fliegen daran die Segel fassend; sie kletterten und sprangen und arbeiteten mit affenähnlicher Geschwindigkeit an den grossen, rotbraunen Tüchern; ihre weiten, buntgeflickten Kleider umwehten sie. Kühne Sprünge waren zu sehen, rasches Heruntersausen an den Seilen, Surren der Rollen, Rufen, singendes Rufen der Seeleute, ein unentwirrbares Gewimmel von Menschen, Segeln, Masten, Tauen, alles auf dem Hintergrunde der blauen See und den vergoldenden Strahlen auf den Villen des Strandes. Es schien, als kämen alle Boote auf einmal, Gedränge entstand, Streit um die Plätze, die erste Reihe war schon besetzt, eine zweite bildete sich, das Rufen, Schreien, Singen, Lachen aus heiseren Kehlen nahm zu. Beständig änderte sich das Bild; es war eine Beweglichkeit in diesen Menschen, eine Wildheit, eine Lust am Sprung, Gefahr und Geschwindigkeit, das dem *Träumer* fast schwindelte. Allmählich begann die ruhigere Tätigkeit des Ausladens der Last. Aus dem Innern der Kähne kamen, in Körben zierlich geordnet, die Fische ans Licht und wurden an langer Kette von Hand zu Hand gereicht bis auf einen kleinen Wagen, der sie weiterfuhr. Auf einigen Schiffen wurde erst jetzt der Fisch sortiert, in Haufen lag er an Deck, hin und her flogen die glänzenden silbrigen Leiber bis die Körbe gefüllt, die Haufen verschwanden. Dann wurden die Schiffe gewaschen, alles geordnet; die Leute verschwanden und kamen nach kurzer Zeit, besser gekleidet, zum Vorschein: wilde Gesellen, mehr afrikanisch als europäisch, kraftvoll, manchmal schön. Und die stummen kleinen Tiere, wie gute Kameraden neben einander geschichtet in den engen, flachen Körben, wanderten ins Innere des Ortes. Der *Träumer* stand an dem Handwagen und sah sie aufstellen, Korb an Korb, weisse, rötliche, violette, blaue, opalschimmernde und perl-

mutterglänzende, in schönen, feinen Formen. Er liess sich ihre Namen nennen und staunte über die Fülle der Arten. Arme Leute kamen an den Wagen und baten um Calamaio; sie erhielten ihn, das hässlich, unheimliche Tier, knüpften ihn in ein Tuch und trugen ihn froh davon. Wie sich nun auch bei dem Träumer wieder das Hungertier meldete, fand er gleich am Molo eine Trottoria, die, besser besucht, versprechender aussah als die vom Mittag. Aber Fisch, den man ihm anbot, vermochte er nicht zu essen. Als er wieder an den Hafen kam, war es dunkel, auf vielen Booten brannten kleine Feuer, es wurde gekocht, die Gesichter der herumgelagerten Männer streifte das Licht; kleine Laternen hingen an den Masten und warfen lang hinzitternden Schein über das Wasser. Von dem Himmel zeichnete sich nur die dunklere Silhouette der Klippen mit ihren Villen, Bäumen und Palmen. Bei geringer Beleuchtung ging, immer stummer betrieben, gleichmässig rasch das Ausladen und Fortbringen der Fische vor sich. Die Organisation war einfach und zweckmässig, keine Barschheit, keine Befehle, kein Streit. Der Träumer ging dem gefüllten Wagen nach, den oben ein leerer abzulösen kam, und geriet in eine fast dunkle Nebengasse, in der nur wenig Menschen bei kargem Licht um einen angeschrirten Wagen standen. Auf den wurde die Last des Handwagens verladen. Hier wurden die kleinen Körbe über einander in hohe Körbe gestellt, mit einem Deckel verschlossen, auf dem Wagen fest verseilt; so sollten sie, von zwei Pferden gezogen, die Nacht durch nach Rom fahren, um am Morgen in der Fischhalle verkauft zu werden. Der Träumer, zu dem sich wieder sein Erklärer gefunden, musste die Pferde in den offenen Ställen bewundern, besonders die eines jungen Kutschers, der bereits in hohen Stiefeln mit langer Peitsche unternehmungslustig umherstieg und ungeduldig wartete, dass seine Reihe käme; seine Rappen allerdings waren gut gehalten, kräftig, glänzend im Fell; andere Tiere sah man hier als vor den Droschken. Hier war Italien, das Land, das für sich selbst da ist, nicht für die Fremden. Sein Rückweg führte den Träumer über den Marktplatz, an einer Kirche vorbei, deren Türen weit aufstanden; Licht strömte heraus, ein dunkles Gewimmel von Menschen, Stühle hoch über ihre Köpfe schwingend, drängte sich hervor, von drinnen klang Gesang. Da schob er sich gegen den Strom, in die Kirche hinein; sie war noch voller Menschen, schöne Gesichter sah er, stolze Frauen, wilde Männer. Auch alte Fischer waren darunter, kenntlich an den kleinen, ganz hellen Augen, die gewohnt sind in die Ferne zu blicken; hier nun starrten sie in kindlicher Verwunderung auf die geputzte Marienfigur, die, das Bambino im Arm, mit theatralischer Gebärde auf einem Podium stand, ihr zu Füssen sang laut, wild, unharmonisch aber rhythmisch, ohne instrumentale Begleitung, die Jugend einen Lobgesang. Kein Priester störte die singende Begeisterung. Mütter mit schlafenden Kindern, Mütter mit staunenden Kindern, Buben, die während des Singens lachten, Mädchen, die andächtig waren, alle zerlumpt und geputzt, alle glücklich, alle mit freien Bewegungen, mit kühnen Blicken, Festfreude auf den Gesichtern. Ein kleines Mädchen mit süssem, schmaltem Gesicht, asiatisch geschnittenen Augen, ganz gleich denen der Mutter, die sie auf dem Arm trug, sah bezaubert auf die Maria und stammelte immer wieder: »Come e bella, come e bella«, ganz berauscht, innerlich erschüttert von so viel Glanz und Herrlichkeit wie die Goldflitter auf dem Gewand der Himmelskönigin ausstrahlten. Als der Gesang zu Ende war, warfen plötzlich alle Buben ihre Mützen in die Luft, und ein tosendes Geschrei *Evviva la Maria! Evviva!*

wiederholte sich und hallte von hohem Gewölbe herab. Die Mönche, die sich im Hintergrund mit einigen städtisch gekleideten Herren unterhielten, lächelten freundlich, die Herren lächelten nachsichtig, das Volk schrie weiter, bis die Kehlen heiser waren. Dann verlief sich der Strom; das kleine Mädchen, von der Mutter fortgetragen, drehte das Köpfchen nach der schönen Madonna. Der Träumer fand seinen Führer an der Kirchentür wartend, er gab ihm ein Geldstück und lud ihn noch zum Wein ein; ganz elektrisiert von dieser Vorstellung überstürzte sich der Mann in der Anpreisung eines wundervollen Weines, den kein Fremder hier zu finden wisse, zu dem nur er ihn führen könne. Dem Träumer war das Geschwätz nicht unangenehm, es übertäubte die Gedanken, die sich während seines kurzen Aufenthalts in der Kirche nicht hatten niederhalten lassen. Sie lagen fertig da in seinem Kopf, alle selbst eronnen, alle oft geprüft und oft bewährt gefunden, denn nicht zum erstenmal war er in einer italienischen Kirche; er hatte seine bestimmte Ansicht von diesem Glauben und seiner Wirkung auf den Menschen: doch hier störten ihn diese Ansichten. In der Osteria hörte er lange den Erzählungen der Fischer zu, die er nicht verstand, weil sie in unkenntlichen Dialekten vorgetragen wurden, bezahlte Wein für alle, liess sich eine Karte holen, schrieb darauf bei dem schlechten Licht einer Öllampe nur die Worte: »Ich bleibe hier, bis ich das Denken verlernt«, adressierte sie und trug sie selbst zur Post, bevor er sein Hotel aufsuchte.

Zu der Stunde, da in den engen Gassen des alten Rom die Fische ausgerufen wurden, die der Träumer in Anzio hatte verladen sehen, stieg mit wirklich rosigen Füßen ein schönes junges Mädchen aus ihrem Tub, und als sie zum Frühstück kam, fand sie an ihrem Platz die Karte, die er geschrieben. Sie las und lächelte, besah die Karte und lächelte noch mehr: Es war eine scheussliche, echt italienische Karte, die in grellbunten Farben das BADELEBEN am Strand wiedergab. Sie war entzückt, denn zum erstenmal hatte ihr Träumer vergessen vorsichtig und geschmackvoll die Karte zu wählen, die er benutzte. Sie reichte sie über den Tisch einer anderen Dame zum Lesen, die lachte und fragte neckend, ob sie auch Abschied genommen habe, denn bei diesem Vorhaben werde der Freund wohl niemals wiederkommen. Aber das schöne Mädchen antwortete ernsthaft: »Das denke ich auch, deshalb werde ich ihn dort besuchen.«

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

Deinhardt † Einen lieben, treuen Mitarbeiter haben die *Sozialistischen Monatshefte*

durch den Tod verloren: Ernst Deinhardt ist am Morgen des ersten Pfingstfeiertags nach langem, schwerem Leiden aus dem Leben geschieden. Vom Jahre 1902 bis zum April dieses Jahres hat Genosse Deinhardt, bis auf eine kurze, durch seine Krankheit bedingte Unter-

brechung, die *Rundschau Gewerkschaftsbewegung* bearbeitet, bis ihn die tödliche Krankheit, die ihn, den kaum 37jährigen, nun dahinraffte, dauernd ans Krankenlager fesselte.

Ernst Deinhardt, der am 2. Juli 1872 zu Löbstedt bei Jena als Sohn eines mit Kindern reich gesegneten Schuhmachers geboren wurde, war schon seit 16 Jahren in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung tätig und bekleidete schon in jungen Jahren, zu Anfang der neunziger Jahre, im Rheinland,

namentlich in Köln, Vertrauensämter. Einige Jahre hindurch war er als Berichterstatter und Lokalredakteur an der Parteipresse in Elberfeld und Strassburg i. E. tätig. Dann kam er, der von Beruf Tischler war, nach Hamburg an die *Holzarbeiterzeitung*, deren Redaktion er übernahm, als das Blatt im Jahr 1905 nach Stuttgart verlegt wurde. In dieser Stellung hatte Deinhardt eigentlich erst die richtige Gelegenheit zu zeigen, was zu leisten er imstande war. Seinem grossen Eifer und rastlosen Fleiss gelang es das ihm anvertraute Verbandsorgan zu einem der am besten redigierten Gewerkschaftsblätter zu machen. Daneben redigierte er noch eine fachtechnische Zeitschrift, das im Jahr 1906 gegründete *Fachblatt für Holzarbeiter*: eine Arbeit, der er sich gern widmete, und die ihm ganz besondere Freude bereitete. Trotz dieser umfangreichen Tätigkeit fand er noch Zeit an dieser Zeitschrift ständig und an anderen gelegentlich mitzuarbeiten. Und all diese Arbeit leistete er, obgleich er schon seit Jahren leidend war. Von früher Jugend an für die Proletarierkrankheit disponiert, wurde er im Jahr 1903 aufs Krankenlager geworfen und musste, da die Tuberkulose seinen Körper ergriffen, die Amputation eines Beins vornehmen lassen. Seiner Leiden ungeachtet, ist er indes auch noch, wo es ihm möglich war, neben seiner schriftstellerischen Tätigkeit im Interesse der Arbeiterbewegung rednerisch tätig gewesen. Ein bewundernswertes Beispiel treuester Pflichterfüllung und Aufopferungsfähigkeit wird er uns in Erinnerung bleiben.

Seine Leiche wurde nach Hamburg überführt und im dortigen Krematorium eingäschert. An seiner Bahre trauert ausser den zahlreichen Freunden seine treue Lebensgefährtin, die ihm während seiner Krankheit eine aufopfernde Pflegerin war, mit ihren 2 Kindern im Alter von 6 und 7 Jahren.

× **Internationale Organisation** Der kürzlich erschienene 5. internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung 1907 konstatiert, dass die gewerkschaftliche Organisation in den Ländern, die dem internationalen Sekretariat angeschlossen sind, nicht unerhebliche Fortschritte gemacht hat. In den 19 Ländern, für die Zahlen der Gewerkschaftsmitglieder vorliegen, gehören insgesamt 8029980 Personen den Gewerk-

schaftsorganisationen an, was gegenüber dem Vorjahr mit 5851215 Mitgliedern eine sehr erhebliche Zunahme bedeutet. Nur Ungarn hat einen Mitgliederverlust zu verzeichnen, der jedoch nur auf die Organisation der Landarbeiter entfällt und zum grossen Teil auf Abwanderung zurückzuführen ist. Auch in anderen Ländern ist die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Organisationen der Landarbeiter erheblichen Schwankungen unterworfen.

Der Bericht enthält Tabellen über die Zahl der in Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft beschäftigten und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, über Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaftsorganisationen insgesamt und der den Landeszentralen angeschlossenen Gewerkschaften, ferner über Einnahmen und Ausgaben der gewerkschaftlichen Landeszentralen, über die Mitgliederzahl der den Landeszentralen angeschlossenen Gewerkschaften und die Beitragsleistung der den Landeszentralen angeschlossenen Mitglieder. Jedoch sind die Berichte nicht vollständig, weil von einzelnen Ländern diese oder jene Angaben fehlen. Zu bemerken ist noch, dass im Berichtsjahr für 3589432 Mitglieder Beiträge an das internationale Sekretariat bezahlt wurden.

Auf Ersuchen der Landeszentrale der Niederlande hat der internationale Sekretär eine Umfrage über Dauer der Arbeitszeit der landwirtschaftlichen Arbeiter veranstaltet. Die Antworten, die aus Dänemark, Norwegen, Finnland, Deutschland, Kroatien, Serbien und Italien eingingen, sind in dem Bericht enthalten. Die Berichte der 16 Landessekretäre über die Gewerkschaftsbewegung, Arbeitslosigkeit, Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen, soziale Politik, soziale Gesetzgebung usw. umfassen 158 Seiten des 172 Seiten langen Berichts, dem noch als Anhang ein Adressenverzeichnis beigelegt ist.

× **Kongresse und Verbandstage** Die Generalversammlung der Schiffszimmerer fand vom 16. bis zum 20. Mai in Kiel statt. Die durchschnittliche Mitgliederzahl des Verbands betrug im Jahr 1907 3762, 1908 3920, das Verbandsvermögen stieg in der selben Zeit von 89350 auf 91399 M. Für Streiks und Aussperrungen wurden ausgegeben 1907 9776 M., 1908 20380 M. Die Arbeitslosenunterstützung stieg von 3609 auf 14323 M., die Krankenunterstützung

von 13 550 auf 14 976 M. Aus der Fassung des Verbandsstatuts, wonach die Mitglieder Anspruch auf Reise- und Ortsunterstützung haben, hatte das Reichsaufsichtsamt gefolgert, dass der Verband dem Privatversicherungsgesetz unterstehe und gefordert die erforderliche Statutenänderung auf einer ausserordentlichen Generalversammlung vorzunehmen. Nachdem der Vorstand die Herausgabe eines Anhangs zum Statut, der allen Mitgliedern zugestellt wurde, veranlasst, gab sich das Aufsichtsamt damit zufrieden, dass die Statutenänderung auf der nächsten ordentlichen Generalversammlung stattfinde, was denn nun auch geschah. Ausser der Erledigung rein geschäftlicher Angelegenheiten beschäftigte sich die Generalversammlung mit der Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks, ferner mit Agitations- und Organisationsfragen. Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es über die Frage des Anschlusses an einen der Industrieverbände. Ein Antrag mit dem Metallarbeiterverband zwecks Anschluss in Verbindung zu treten, wurde mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Beschlossen wurde noch, dass im Streikfall die beteiligten Mitglieder vom Beitrag befreit sind. Nach einem Referat des Arbeitersekretärs Genossen Wissell-Berlin über den Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung fand eine Resolution, die den Entwurf ablehnt, einstimmige Annahme.

Der Verbandstag der Bergarbeiter tagte zu gleicher Zeit in Eisenach. Die Mitgliederzahl des Verbands, der in diesem Jahr sein 20jähriges Jubiläum feiert, stieg von 110 247 (1906) auf 111 476 (1907) und 112 513 (1908), die Zahl der Filialen von 630 (1906) auf 737 (1908). Dieser Fortschritt wurde erzielt, obgleich der *Zechenschutzverband* mit Massregelungen und schwarzen Listen arbeitete. Die beiden Berichtsjahre brachten dem Verband 70 Lohnbewegungen und Streiks, an denen 15 131 Personen beteiligt waren, und die eine Ausgabe von 164 348 M. verursachten. Der Vermögensbestand betrug Ende 1908 2 816 944 M. Zum erstenmal nahm der Verband zur Frage der Tarifverträge Stellung. Es wurde eine Resolution des Referenten Wagner-Essen einstimmig angenommen, in der ausgesprochen wird, dass der Arbeiter im Bergbau bei der Festsetzung seiner Lohn- und Arbeitsverhältnisse absolut kein Mitbestimmungsrecht hat, da die Arbeitsordnun-

gen den Grubenherren und deren Beamten das Recht geben die Löhne und Gedinge nach Willkür festzusetzen und zu reduzieren. Unter den gegebenen Verhältnissen ist der beste Weg zu gesunden und rechtlichen Zuständen die Schaffung tariflicher Vereinbarungen, die den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht auf die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen sichern. Weitere Resolutionen wurden noch zu dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung, zum Entwurf über die Arbeitskammern angenommen, ferner eine solche über die Berggesetzgebung.

Der 20. internationale Bergarbeiterkongress tagte vom 31. Mai bis zum 4. Juni im Berliner Gewerkschaftshaus. Anwesend waren Delegationen aus Deutschland, England, Frankreich, Österreich und Belgien. Es wurde über grössere Sicherheit in den Gruben, über Alters- und Unfallversicherung, Frauen- und Kinderarbeit, gesetzliche Regelung des Minimallohns, Regelung der Produktion, über das Strafwesen im Bergbau, die Verstaatlichung der Bergwerke verhandelt. Leider gestattet mir der Raum nicht näher auf die Verhandlungen einzugehen.

Der 5. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter fand vom 23. bis zum 29. Mai in Dresden statt. Die Mitgliederzahl des Verbands ist von 1906 bis 1908 um rund 8000 buchmässige und 7700 zahlende Mitglieder gestiegen. Das 1. Quartal 1909 schloss mit 30 194 buchmässigen und 25 900 zahlenden Mitgliedern ab. Das Gesamtvermögen der Hauptkasse betrug am 1. Januar 1909 235 714 M., der Kassenbestand der Filialen 95 504 M. Nach einem Referat des Vorsitzenden, Genossen Mohs, über die Stadtgemeinden als Arbeitgeber wurde eine Resolution angenommen, in der die Taktik des Verbands zwecks Durchführung seiner Forderungen festgelegt wurde. Sehr eingehend beschäftigte sich der Verbandstag auch mit der Organisation des Heil- und Pflegepersonals. Beim Bericht vom Gewerkschaftskongress kam die Stellung des Verbands zu den verschiedenen Grenzstreitigkeiten zur Sprache. Während sämtliche deutsche Gewerkschaften im allgemeinen Berufsverbände sind, handelt es sich bei den Staats- und Gemeindearbeitern eigentlich um eine Betriebsorganisation, die Angehörige aller Berufe, sofern sie, wenn auch nur vorübergehend, von einer Gemeinde be-

schäftigt werden, als ihre Mitglieder beansprucht. Deshalb der Konflikt mit anderen Verbänden und die Stellungnahme gegen den Beschluss des letzten Gewerkschaftskongresses über die Grenzstreitigkeiten.

Der 6. Verbandstag der Seeleute tagte vom 24. bis zum 27. Mai in Hamburg. Unter anderem beschloss er im Prinzip die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, die in Gemeinschaft mit einer Erhöhung der Beiträge von 40 auf 50 Pf. pro Woche am 1. Juli 1910 in Kraft treten soll. Vor diesem Termin hat eine Reichskonferenz der Verbandsfunktionäre über die Ausführungsbestimmungen zu dieser Arbeitslosenunterstützung Beschluss zu fassen. Ferner fanden Auseinandersetzungen über Kartellvertrag und Industrieverband statt, bei denen die leidigen Differenzen zwischen Transportarbeitern und Hafendarbeitern, die den Zusammenschluss zum Industrieverband hemmen, eingehend erörtert wurden. Der Verbandstag nahm Kenntnis von der am 1. Februar erfolgten Aufhebung des Kartellvertrags mit dem Transportarbeiterverband und von dem neuen Kartellvertrag mit den Hafendarbeitern, der am 1. Mai in Kraft getreten ist, und erteilte zu letzterem seine Zustimmung bis zur Schaffung des Industrieverbands. Der Zentralvorstand wird beauftragt im Fall von Fusionsverhandlungen dahin zu wirken, dass ausser den Vertretern der Zentralvorstände von jedem der beteiligten Verbände mindestens 3 weitere Vertreter aus den Mitgliedschaften zu den Verhandlungen hinzugezogen werden.

X

Textilindustrie Nach 8wöchigem schwerem Ringen haben die Weber und Webererinnen in Langenbielau die Arbeit am 6. April wieder aufgenommen. Es handelte sich dort um angekündigte Lohnreduktionen, die zu $\frac{1}{2}$ von den Arbeitgebern zurückgezogen werden mussten. Bei der Neuregelung sind zwar bei einigen Qualitäten die Löhne etwas herabgesetzt, bei anderen dagegen erhöht worden. Der Erfolg dieses Abwehrkampfes ist um so erfreulicher, weil es sich hier tatsächlich um die Ärmsten der Armen unter den Lohnsklaven handelt.

X

Österreich Eine Reihe sehr bedeutender Gewerkschaftskongresse fand auch in den letzten Wochen in Österreich statt.

Der 9. Verbandstag der Maurer tagte vom 15. bis zum 19. März in Budweis in Böhmen. Infolge der schweren wirtschaftlichen Krise, die das österreichische Baugewerbe daniederhält, war die Mitgliederzahl von 37 726 im Jahr 1906 auf 31 259 gesunken, dagegen war das Verbandsvermögen in der selben Zeit von 6,79 K. auf 8,86 K. pro Kopf gestiegen. Die wirtschaftlichen Erfolge des Verbands haben die Unternehmer veranlasst auch ihre Organisation mehr auszugestalten und die Schaffung eines Reichstarfs anzustreben. Deshalb drehte sich auch die Diskussion auf dem Verbandstag in der Hauptsache um den Ausbau der Organisation.

Die österreichischen Buchbinder hielten ihre 2. Generalversammlung am 26. und 27. März in Wien ab. Sie beschäftigten sich vorwiegend mit der Regelung des Unterstützungswesens. Ausserdem wurden dem Streikreglement einige Bestimmungen eingefügt, die die Befugnisse des Zentralausschusses erhöhen.

Die Holzarbeiter tagten vom 11. bis zum 14. April ebenfalls in Wien. Die Mitgliederzahl stieg im letzten Jahr von 31 249 auf 31 818. Das Gesamtvermögen betrug am Schluss des Jahres 1908 ohne den Widerstandsfonds 268 345,25 K. Die Lohnbewegungen in den beiden letzten Jahren brachten insgesamt 10 027 Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit und 9582 Arbeitern eine Erhöhung des Lohns. Eine Beitragserhöhung, die am 1. Juni in Kraft getreten ist, wurde angenommen. Ferner hat der Verbandstag den Beschluss gefasst für den Kampf der Wiener Tischler, den er als einen Kampf der ganzen Holzarbeiterschaft betrachtete, bis zum vollständigen Sieg die nötigen Mittel aufzubringen.

Die 1. Hauptversammlung der Hut- und Filzwarenarbeiter wurde während der Osterfeiertage, und zwar auch in Wien, abgehalten. Der Verein, der in der jetzigen zentralistischen Form seit 1906 besteht, zählte am Ende des Jahres 1908 2391 Mitglieder und hatte ein Vermögen von 447 822 K. Ausser mit der Regelung des Unterstützungswesens beschäftigte sich die Generalversammlung mit der Verdrängung der qualifizierten Arbeiter durch Hilfsarbeiter und mit der dadurch herbeigeführten grossen Arbeitslosigkeit.

Der Verbandstag der Steinarbeiter fand gleichfalls zu Ostern statt. Berichtet wurde, dass der Verband sich

in den letzten Jahren in zufriedenstellender Weise entwickelt hat. In den beiden letzten Jahren wurden 42 Streiks, davon 37 mit Erfolg, geführt. Seit 1904 haben sich die Ausgaben für Streiks aber auch nahezu verzehnfacht. Beschlossen wurden einige Verbesserungen im Unterstützungswesen, ferner wurde die Errichtung einer Krankenzuschkasse in Aussicht genommen.

Der 2. Kongress der Ziegeleiarbeiter Österreichs, der Ostern in Wien tagte, nahm unter anderem auch zu der nationalen Frage Stellung und bezeichnete es in seinem Beschluss als äusserst schädlich, dass die gewerkschaftlichen Organisationen national getrennt werden.

Ausserdem ist noch ein interessanter Kongress der gewerkschaftlich organisierten Tabakarbeiter zu verzeichnen, die infolge des Tabakmonopols Angestellte des Staats sind. Diese Gewerkschaft zählte am Ende des Jahres 1908 1221 männliche und 5634 weibliche, im ganzen also 6855 Mitglieder. Von der wirtschaftlichen Lage dieser Arbeiter und Arbeiterinnen wurde ein trauriges Bild entrollt. Der Durchschnittslohn wurde auf 735 K. angegeben. Die Durchführung einiger Reformen ist der Gewerkschaft zu verdanken, doch harren ihrer noch grosse Aufgaben. Damit der Verband sich schneller als bisher entwickeln, wurde der Ausbau des Vertrauenspersonensystems beschlossen.

Die Delegiertenversammlung der kaufmännischen Angestellten (11. und 12. April in Wien) sowie auch die Hauptversammlung der Versicherungsangestellten (11. und 12. April in Prag) traten für eine Vermehrung des gesetzlichen Schutzes der Angestellten ein.

Zu erwähnen wäre ferner noch der 3. Verbandstag der jugendlichen Arbeiter, der in Wien stattfand und sich mit dem Lehrlingsschutz, der Forderung der 8stündigen Maximalarbeitszeit, der 36stündigen Sonntagsruhe und mit der Abschaffung der Nacharbeit für alle Hilfsarbeiter unter 18 Jahren beschäftigte. Ausserdem wurde noch eine Anzahl hygienischer und das Lehrverhältnis angehender Fragen besprochen und einschlägige Forderungen aufgestellt.

× ×
Schweiz Als Publikationsorgan des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes erscheint in

Bern an Stelle der eingegangenen

Arbeiterstimme seit Anfang Mai die *Gewerkschaftliche Rundschau*, vorläufig einmal monatlich. Ein besonderer Artikel ihrer 1. Nummer beschäftigt sich mit den Aufgaben des Gewerkschaftsbundes. Als die grösste und schwerste Verpflichtung, die zu lösen ist, wird die Aufgabe bezeichnet die schweizerische Gewerkschaftsbewegung einheitlicher zu gestalten, ferner die gegenseitige Hilfeleistung bei schweren Kämpfen. Dazu käme die Agitation für Arbeiterschutzgesetzgebung, die Pflege der Gewerkschaftsstatistik, Verständigung zwischen Gewerkschaften, Arbeiterunionen, Partei und Genossenschaften über das Zusammenwirken bei Aktionen mit gemeinsamen Zielen; ausserdem noch die Regelung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaftsverbänden im Hinblick auf Freizügigkeit und Grenzfragen sowie die Vereinigung kleinerer Verbände, Propaganda für den Anschluss neuer Verbände, Agitationstouren usw. Das Programm ist dem der deutschen *Generalcommission* ähnlich, jedoch dürften, wenigstens nach den bisherigen Erfahrungen, seiner Durchführung leider grössere Hindernisse bereitet werden als bei uns in Deutschland.

Das Blatt berichtet ferner noch über die Kongresse der Uhrenarbeiter am 14. und 15. Februar in Villers-le-Lac, der Textilarbeiter am 7. März in Arbon und über den Verbandstag der Handels- und Transportarbeiter. Zwischen den beiden letztgenannten Verbänden und dem der Lebens- und Genussmittelarbeiter schweben Verhandlungen, die voraussichtlich zu einer Verschmelzung dieser 3 Verbände führen werden.

× ×
Dänemark Vom 29. April bis zum 1. Mai fand die Generalversammlung des Gesamt-

verbands der Gewerkschaften Dänemarks in Kopenhagen statt. Der Gesamtverband, der seit 1898 besteht, umfasst jetzt 51 Zentralverbände mit 1214 Ortsabteilungen und 10 örtliche Fachvereine. Seine Mitgliederzahl beträgt fast 100 000. An den Lohnbewegungen des Jahres 1908 waren 43 Organisationen mit 27 288 Mitgliedern beteiligt, und für 19 248 von diesen wurden trotz der Wirtschaftskrise Verbesserungen erzielt. Die Generalversammlung behandelte zunächst das Genossenschaftswesen und erklärte sich einstimmig für die Resolution des skandinavischen Arbeiterkongresses

in Kristiania /1907/, worin die kooperative Bewegung als ein wichtiges Mittel im Befreiungskampf der Arbeiterklasse erklärt, den organisierten Arbeitern empfohlen wird die Genossenschaftsorganisationen durch Wareneinkauf und Mitgliedschaft zu unterstützen (siehe die Rubrik *Genossenschaftsbewegung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 888, ff.).

Ferner wurde über die Revision des Fabrikgesetzes, über die Errichtung einer Arbeiterhochschule und über die Einrichtung eines Archivs für die Arbeiterbewegung verhandelt. Ausserdem fanden besondere Beratungen über die Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenkassen, über die Stellung des *Gesamtverbands* zur Arbeiterschaft und dem Unternehmertum gegenüber statt. Zu diesem Punkt wurde eine Resolution angenommen die sich gegen die Zersplitterungsversuche und gegen die Kritik in öffentlichen Versammlungen wendet. Gegenüber der Gepflogenheit der Arbeitgebervereinigung jeder Bagatelle wegen eine Generalaussperrung zu beschliessen, erklärt der Kongress in der Resolution, dass die organisierten Arbeiter Dänemarks sich auf die Dauer mit einer solchen Taktik des Unternehmertums nicht mehr abfinden werden, ohne Gegenmassregeln zu ergreifen. Der Ausschuss des *Gesamtverbands* wird beauftragt genau zu erwägen, welche Massregeln in dieser Hinsicht ergriffen werden sollen. Schliesslich wurde noch eine Resolution über die Gegenseitigkeitsbestimmungen zwischen den Gewerkschaften der skandinavischen Länder angenommen, die sich hauptsächlich auf die gegenseitige Solidarität und den Übertritt der zureisenden Mitglieder bezieht und sich sowohl den Beschlüssen des skandinavischen Arbeiterkongresses wie der internationalen Konferenz von 1907 anschliesst.

×

×

Kurze Chronik Der *Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands* ist am 1. April

ins Leben getreten und hat seinen Sitz in Berlin. Der Verband erstreckt sich auf 19 Städte und hat über 6000 Mitglieder. Das *Zentralorgan* des Verbands erscheint zu Anfang jeden Monats, die Redaktion und Expedition liegt in den Händen der Vorsitzenden, Genossin Ida Bahr-Wilmersdorf. × Die Abrechnung des *Holzarbeiterverbands* für das Jahr 1908 ergibt an Einnahmen 3 371 260,97 M., an

Ausgaben 3 274 010,98 M. An Unterstützungen wurden an die Mitglieder bezahlt aus der Hauptkasse 2 095 601. aus den Lokalkassen 1 027 684 M., davon allein an Arbeitslosenunterstützung insgesamt 1 409 010 M. Das *Verbandsvermögen* betrug am Jahreschluss 3 147 607,93 M. 1907 betrug die Gesamtkosten der Lohnkämpfe für 30 336 Beteiligte 3 123 344 M., 1908 für 22 833 aber nur 423 075 M. × Im *Baugewerbe* ist ein heftiger Kampf entbrannt. In Hamburg-Altona, Wandsbeck und Umgegend sind am 5. Juni 2300 Maurer ausgesperrt worden. Zu dieser Zahl kommen noch die 750 streikenden Maurer und Betonarbeiter. Die Bauhilfsarbeiter haben 1787, die Zimmerer 1347, die Gipser und Stukkateure 385 Ausgesperrte zu verzeichnen. Die *Unternehmerorganisation*, die diese Aussperrung verfügte, hat jegliche Verhandlung über die Lohnirrage abgelehnt. × In Hamburg-Altona sind am 8. Juni 700 Zigarrensortierer und Kistenbekleber männlichen und weiblichen Geschlechts in den Streik getreten. Es handelt sich hauptsächlich um Regelung des Lehrlingswesens und der Frauenarbeitslöhne. Der *Verein der Zigarrenfabrikanten von 1890* hat es abgelehnt mit freigewerkschaftlichen Verbänden zwecks Abschlusses von Verträgen in Unterhandlung zu treten. × Für die *Tabakindustrie* in Westfalen, Lippe und Waldeck ist erstmalig ein Tarif auf 1 Jahr abgeschlossen worden. Danach beträgt die Arbeitszeit täglich 9, am Sonnabend 8 Stunden, der Stundenlohn stellt sich auf 40 Pf. × Die *Konfektionäre* in Stettin haben den Lohn tarif, den sie 1906 mit dem *Schneiderverband* und dem *Gewerkverein d. Schneider* auf 3 Jahre vereinbarten, am 1. Juni zum 1. Oktober gekündigt: die Arbeiter haben beschlossen den Unternehmern einen neuen Lohn tarif zur Anerkennung einzureichen.

Genossenschaftsbewegung / Gertrud David

Zentralverband deutscher Konsumvereine Trotz der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse hat der *Zentralverband* im letzten Jahr eine erfreuliche Weiterentwicklung genommen. Die Zahl der *Verbandsvereine* vermehrte sich, wie aus dem veröffentlichten Jahresbericht zu entnehmen, von 985 auf 1068 oder um 7,9 %, die der Bericht erstattenden von 964 auf 1060 oder um 10 %, deren Mitgliederzahl von 885 074 auf

949 744 = 7,3 %, der Umsatz aber von 303 794 452 auf 349 728 334 M. = 15,1 % und der Reingewinn von 20 995 226 auf 21 102 782 M. = 0,5 %. Am stärksten stieg der Wert der selbstproduzierten Waren, nämlich von 32 634 305 auf 44 482 900 M. oder um 36,3 %. Auf die einzelnen Genossenschaftsarten, die dem Verband angeschlossen sind, verteilen sich diese Geschäftsergebnisse folgendermaßen:

Art und Jahr	Zahl Vereine	Berichtende Vereine	Mitglieder	Umsatz (in M.)	Eigenproduktion (in M.)	Reingewinn (in M.)
Konsumvereine { 1907 1908	959	939	879 221	238 208 100	26 914 137	19 552 616
Produktiv- und andere { 1907 1908	1028	1021	966 904	276 059 702	36 783 781	20 327 338
Genossenschaften { 1907 1908	25	24	5 853	5 720 132	5 720 132	119 427
G. E. G. { 1907 1908	38	37	8 137	7 299 315	7 299 315	169 242
Verlagsanstalt des Zentralverbandes { 1907 1908	1	1	499	59 866 220	—	504 910
	1	1	560	65 778 277	—	544 785
	1	1	4	360 000	—	15 851
	1	1	4	590 980	399 804	61 417

Die bei weitem bedeutendste Gruppe ist selbstverständlich die der Konsumvereine, deren Umsatz sich aus 252 600 858 M. im eigenen und 23 458 904 M. im Lieferantengeschäft zusammensetzt. Die in eigenen Produktionswerkstätten hergestellten Waren repräsentieren 13,3 % des Umsatzes gegen 11,3 % im Vorjahr. Im ganzen befassten sich 205 Konsumvereine mit der Eigenproduktion, darunter mehrere mit verschiedenen Produktionszweigen. Es betrieben 165 Vereine Bäckereien, 24 Schlächtereien, 6 Mineralwasserfabrikation, 5 Konfektionsbetriebe, 4 Molkereien, 3 Schrotmüllereien, und je 1 Wäscherei, Korb-

macherei, Schusterei, Dampfmüllerei, Besen-, Korbwaren-, Holzschuhfabrikation, Destillation. An eigenem Kapital einschliesslich der Geschäftsguthaben und der Hausanteile der Mitglieder besaßen die Konsumvereine Ende 1908 32 152 634 gegen 28 761 245 M. im Vorjahr, das ist durchschnittlich 30 M. pro Mitglied. Der Grundbesitz stand mit 44 302 162 (38 741 367) M. zu Buch. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug insgesamt 13 145; davon entfielen 11 076 auf die Warenverteilung und 2069 auf die Warenproduktion.

Die kleine Gruppe der Produktivgenossenschaften setzt sich aus fast ebenso viel verschiedenen Typen wie Genossenschaften zusammen, so dass eine statistische Klassifizierung hier fast unmöglich ist. Doch lassen sich im grossen und ganzen 3 Hauptgruppen unterscheiden: die der Konsumentenproduktivgenossenschaften, die der Baugenossenschaften und die der eigentlichen Produktivgenossenschaften. Unter der letzteren, numerisch grössten Gruppe befinden sich noch mehrere Vereine, wie die (neuerdings der G. E. G. angegliederte) Hamburger *Tabakarbeitergenossenschaft*, die Nordhäuser *Kautabkarbeitergenossenschaft*, die eigentlich Übergangsformen zu den Konsumentenproduktivgenossenschaften darstellen, weil die Verbraucher der darin produzierten Waren Mitbesitzer des Unternehmens und Teilhaber am Überschuss sind. Von den 37 Produktivgenossenschaften, die zur Statistik berichteten, befassen sich 10 mit der Herstellung von Backwaren, 5 mit der von Drucksachen, 4 mit der von Herrengarderobe, je 3 mit der von Schuhen und von Zigarren respektive Kautabak, je 2 mit der von Webereien und mit dem Bau von Häusern und je 1 mit der Produktion von Möbeln, Sauerkraut, Konditorei- und Zuckerwaren, während 4 die Bewirtschaftung von Volks- und Vereinshäusern betreiben. Beschäftigt wurden von diesen Genossenschaften 1358 Personen, von denen aber nur 468 zugleich Mitglieder der betreffenden Vereine waren. Den 890 arbeitenden Nichtmitgliedern stehen auf der anderen Seite 7669 Mitglieder, die nicht in ihrer Genossenschaft tätig sind, gegenüber. Diese beiden Ziffern illustrieren bereits genügend den von der echten Produktivgenossenschaft weit entfernten Charakter der allermeisten dieser Unternehmungen. Der Geschäftsbericht der G. E. G. wurde

hier bereits besprochen (siehe diese Rundschau in diesem Band, pag. 733ff.). Über das Sekretariat und die Verlagsanstalt ist zu bemerken, dass die Entwicklung dieser beiden Betriebe die Bildung einer Anzahl Abteilungen notwendig gemacht hat. Leiter der sekretariellen Abteilung ist der Generalsekretär Heinrich Kaufmann, der in seinen Arbeiten von den Unterverhandsssekretären und Dr. Reinhold Riehn als juristischem Beirat für Genossenschaftsrecht und Steuersachen unterstützt wird. Der Abteilung für Redaktion und Verlag, der auch ein Teil der Agitationsarbeiten obliegt, steht der Chefredakteur Dr. August Müller vor, dem Herr Martin Krolik, der Veranstalter der Lichtbildervorträge, als Mitredakteur zur Seite gegeben ist. Die beiden Fachblätter, die der Zentralverband herausgibt, die *Konsumgenossenschaftliche Rundschau* und das *Konsumgenossenschaftliche Volksblatt*, werden in der eigenen Druckerei des Verbands hergestellt und erscheinen in einer Auflage von 800 respektive 217 315 Exemplaren. Ausserdem wurden von der Verlagsanstalt des Verbands wieder mehrere Agitations- und Aufklärungsschriften sowie der 2bändige Jahresbericht herausgegeben. In der Druckerei waren am 15. Februar 71 Personen beschäftigt, im Sekretariat 98.

× **Konsumvereine Anfang 1908** ×
 Der Jahresbericht des *Zentralverbands deutscher Konsumvereine* bringt ausser den Verbandsmitteilungen auch eine Übersicht über den Stand der gesamten deutschen Konsumvereinsbewegung am 1. Januar 1908. Dem Jahr- und Adressbuch zufolge bestanden in Deutschland zu dem angegebenen Zeitpunkt 2110 eingetragene Konsumgenossenschaften mit 1 131 453 Mitgliedern. Nimmt man die Zahl der nichteingetragenen Konsumvereine und der Aktiengesellschaften mit 140 und deren Mitglieder mit 218 547 an, so ergibt sich für den 1. Januar 1908 ein Gesamtbestand der deutschen Konsumvereine von 2250 Vereinen mit 1 350 000 Mitgliedern. Die Familie zu 5 Köpfen gerechnet, würden also 6¼ Millionen oder etwa der 9. Teil der Gesamtbevölkerung in den deutschen Konsumvereinen organisiert sein. In England umfassen die Konsumvereine bereits etwa den 4. Teil des ganzen Volks. Die *deutschen Konsumvereine* sind im *Zentralverband deutscher Konsumver-*

eine, im Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, im Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften, im Landwirtschaftlichen Reichsverband und im Raiffeisenverband organisiert. Eine genaue und zuverlässige Statistik geben jedoch nur die beiden ersten Verbände, so dass man mit Hilfe einer Durchschnittsrechnung aus den von ihnen mitgeteilten Ziffern eine schätzungsweise Gesamtübersicht über die deutsche Konsumvereinsbewegung gewinnen kann. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

Verband	Berichtende Vereine	Mitgliederzahl	Gesamtumsatz M.	Eigenproduktion M.	Überschuss M.
Zentralverband	939	879221	238208100	26914173	19552616
Allgem. Verband	271	252618	65312448	2390910	6975216
Sonstige Vereine	1040	218161	58450902	5643717	5108068
insgesamt	2250	1350000	361971450	34948800	31635900

Die deutschen Konsumgenossenschaften hatten also im Jahre 1907 einen Umsatz von über 360 Mill. M. und einen Gewinn von über 31 Mill. M. Etwa der 10. Teil der abgesetzten Waren entstammte eigenen Werkstätten. Wie ersichtlich, gehört die Blüte der deutschen Konsumgenossenschaften dem *Zentralverband* an, auf den 40 % der Vereine, 65 % der Mitglieder, 61 % des Überschusses und 74 % der Eigenproduktion entfallen.

× **Werkskonsumanstalten** ×
 Der Industriekönig Thyssen hat an die Konsumanstalten der grossgewerblichen Unternehmungen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets ein Rundschreiben gerichtet, in dem die Zusammenfassung dieser Unternehmungen zum Zweck des gemeinsamen Einkaufs vorgeschlagen wird. Auf einen heftigen Angriff in der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*, der offenbar von kleinhändlerischer Seite herrührt, hat sich nun Thyssen veranlasst gesehen an gleicher Stelle die Gründe seines Vorgehens klar zu legen. Er betont, dass ihn kein Unternehmerinteresse dabei leite, da jeder Unternehmervorgewinn statutarisch ausgeschlossen sei. Er wolle nur die Leistungsfähigkeit der Anstalten steigern, und dabei sei ihm in erster Linie das Vorbild der *G. E. G.* und der mit ihr verbündeten Konsumvereine massgebend

gewesen. Die erstere, obwohl erst 10 Jahre alt, habe im letzten Jahr einen Umsatz von über 60 Mill. M. gemacht, während die verbündeten Konsumvereine in über 1000 Städten vertreten sind und ihrerseits einen Umsatz von über 300 Mill. M. erzielen. Die *Rheinisch-Westfälische Einkaufsvereinigung* im speziellen zähle 42 Konsumvereine und habe 1908 für 1,8 Mill. M. von der G. E. G. bezogen.

Jedenfalls verdient diese Anerkennung aus dem Munde eines gewiegten Unternehmers registriert zu werden, wenn auch kein Zweifel darüber bestehen kann, dass die objektive Würdigung der genossenschaftlichen Organisation sofort in ihr Gegenteil umschlagen würde, wenn die Unternehmerinteressen des Herrn Thyssen einmal in Konflikt mit den Bestrebungen der Genossenschaftsbewegung kommen würden.

×
Wien

Österreichs Hauptstadt besitzt 4 Konsumvereine, darunter 2 sehr bedeutende. Der

Erste niederösterreichische Arbeiterkonsumverein wurde im Jahre 1864 gegründet und errichtete 1865 mit 126 Mitgliedern seine erste Verkaufsstelle. Im Jahre 1908 zählte der Verein 36 730 Mitglieder und hatte in 28 Verkaufsstellen einen Umsatz von 8 963 439 M. Die verteilte Rückvergütung (6 %) betrug 537 806 M. Der Verein betreibt eine grosse Dampfbäckerei, in der er im letzten Jahr für 1 579 875 M. Weiss- und Schwarzgebäck herstellte. Er besitzt ferner noch eine Kaffeerösterei, eine Bierabfüllerei, eine grosse Weinkellerei, Kohlenrutschen usw. Die Zahl der von ihm beschäftigten Personen betrug Ende 1908 496. Die verschiedenen Fonds des Vereins haben die Höhe von 616 456 M. erreicht.

Der *Vorwärts* entstand im Jahre 1902 durch die Verschmelzung einer Anzahl kleinerer Vereine. Er trat infolgedessen sofort mit einer Mitgliederzahl von 8221 ins Leben, die bis Ende des letzten Jahres auf 31 613 stieg. Die Zahl seiner Filialen beträgt 51, der im letzten Jahre erzielte Umsatz 6 477 737 M., die verteilte Rückvergütung 291 498 M. oder 4,5 %. Auch der *Vorwärts* betreibt Eigenproduktion, und zwar in Form einer Schweineschlächtereier. Er beschäftigt 285 Angestellte.

Die beiden anderen Vereine sind unbedeutender. Der Arbeitersparverein und Konsumverein *Fünfhaus* zählt 7029 Mit-

glieder, hatte 1908 einen Umsatz von 1 883 711 M. und verteilte eine Rückvergütung von 113 022 M. = 6 %. Der Arbeiterkonsumverein *Donaustadt* besitzt gar nur 3317 Mitglieder. Er erzielte im letzten Jahr einen Umsatz von 477 505 M. und verteilte 27 035 M. als 4prozentige Rückvergütung.

Insgesamt besitzt Wien also in diesen 4 Vereinen, die sämtlich auf dem Boden der modernen Genossenschaftsbewegung stehen, 78 689 organisierte Konsumenten und einen organisierten Umsatz von fast 18 Mill. M.; ein Resultat, hinter dem sich die Genossenschaftsbewegung der deutschen Reichshauptstadt allerdings verstecken muss. Die schon seit Jahren ins Werk gesetzten Verschmelzungsbestrebungen, durch die natürlich eine gewaltige Steigerung der Macht und Entwicklungsfähigkeit der Bewegung erzielt werden würde, scheinen vorläufig leider keine Aussicht auf Erfolg zu haben.

×
Kurze Chronik Der Konsumverein Leipzig-Eutritzsch mit seinen 4000 Mitgliedern soll mit dem

Leipzig-Plagwitzer Konsumverein verschmolzen werden, wodurch dessen Mitgliederzahl auf 33 000 steigen würde.

× Die englische C. W. S. hat in Dunston eine neue Seifenfabrik eröffnet. In dieser und in ihren beiden anderen Seifenfabriken in Irlam und Silvertown wird sie nunmehr wöchentlich zusammen 9000 t Seife herstellen können. × Anlässlich des Jubiläums seines 50jährigen Bestehens hat der Konsumverein in Failsworth dem dortigen Pflegerinnenverband ein eigenes Heim geschenkt. × Die französische Abgeordnetenversammlung hat am 9. März mit 461 gegen 24 Stimmen in den Einkommensteuergesetzentwurf eine Bestimmung aufgenommen, durch die Genossenschaften, die keinen Gewinn erzielen respektive den erzielten Überschuss an die Mitglieder oder an gemeinnützige Anstalten verteilen, von der Einkommensteuer befreit werden. × Die G. Ö. K. hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz von 11 226 011 M., ein Mehr gegen das Vorjahr von 3 420 091 M. oder 30,5 %. × Nach einer Statistik des *Verbands norwegischer Konsumvereine* bestehen gegenwärtig in Norwegen rund 350 Konsumvereine mit 70 000 Mitgliedern, einem Umsatz von 27 Mill. M., einem Reinüberschuss von 1 770 000 M. und einem Anteilkapital von 1 800 000 M.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Franz Staudinger

Erkenntnis-
theorie Die Erkenntnislehre ist wie die Ethik heute wieder der

Tummelplatz der Philosophie geworden, und immer noch ist es das von Kant aufgeworfene Problem, wie es kommen kann, dass tatsächlich die Beziehungen von Substanz, Ursache usw. zu den uns affizierenden Eindrücken unterbewusst hinzugedacht werden müssen, um unser Weltbild zu schaffen, und dass doch gerade dann, wenn wir sie als aus uns hinzugedacht annehmen, keine Möglichkeit sich zu eröffnen scheint dem danach gestalteten Weltbild eine Bedeutung für etwas unabhängig von uns Existierendes zuzuerkennen. Also: Gerade durch die Substanz- und durch die Kausalbeziehung werden die Dinge als von uns unabhängig gedacht. Und gerade diese Unabhängigkeit ist rätselhaft, wenn sie eben nur durch subjektive Denktatut von uns gedacht wird.

Das ist der Zirkel, aus dem man herauskommen muss. Damit, dass man auf die praktisch notwendige Überzeugung weist, es gebe eine Welt draussen, ist das Problem nicht gelöst. Ebenso wenig, wenn man von kritisch naturwissenschaftlicher Betrachtung ausgeht, wie es in dem sonst instruktiven Buch des Gessener Professors Dr. August Messer, *Einführung in die Erkenntnistheorie* /Leipzig, Dürr/ geschieht. Messer geht sonst fein und scharf vor, unterscheidet ganz richtig die genetische und die erkenntnistheoretische, besser: analytische Betrachtungsweise und lässt der Metaphysik transzendenter, das heisst über alle Erfahrung hinausgreifender Art keinen Spielraum. Er glaubt auch vom Standpunkt eines kritischen Realismus aus mit Recht den logischen Idealismus Cohens, soweit dessen metaphysische Grundlage nicht in Frage kommt, mit sich vereinigen zu können. Aber die Frage, wie man von transzendentaler Betrachtung aus zu einem Realismus kommt, hat er nicht angefasst. Der transzendente Realismus ist bei ihm kritisches Ergebnis natürlicher respektive naturwissenschaftlicher Betrachtung, nicht einer von apperzeptiver Seite her vorgenommenen Kritik. Von dieser Seite her müsste doch die Probe gemacht werden und — stimmen. Einmal tupft Messer daran, wenn er sagt, die Empfindung stelle nicht bloss Fragen sondern gebe auch Antwort. Diesen Gedanken hätte Messer, die haltlose Co-

hensche Unterscheidung zwischen *Bewusstsein* und *Bewusstheit* völlig durchbrechend, weiter verfolgen sollen. Aber die Aussicht hat er sich dadurch versperrt, dass er, wie Kant selbst, die natürliche Weltwahrnehmung nicht eingehend untersucht, sodann dadurch, dass er zwar zwischen Denken und Inhalt und Gegenstand scheidet, aber das Denken doch nicht klar als Beziehen auf einen, ob nun in uns oder ausser uns, aber niemals im jeweiligen Denkinhalt selbst gegebenen Gegenstand erkennt. So dicht er auch daran ist, er geht darauf nicht ein.

Von Einzelheiten sei nur folgendes berührt: Vergangenes und Zukünftiges ist wirklich nicht im gegenwärtigen Denken. Gegenwärtiges Denken bezieht sich nur darauf. Und ebenso ist es wohl falsch, dass Wahrgenommenes und Wahrnehmung sich nicht von einander abheben. Das Gegenteil kann man doch sofort konstatieren, wenn man von einem wahrgenommenen Gegenstand wegsieht. Da hört die Wahrnehmung, aber nicht das Wahrgenommene für das Bewusstsein auf. Endlich soll der Begriff der Veränderung den der Ursache nicht in sich enthalten. Doch wohl, da ja *Veränderung* ein *Anderes an dem selben Gegenstand* bedeutet. Damit ist die Frage, wohin dies andere zu beziehen sei, gegeben. Abgesehen vom Gesagten und etlichen anderen Einzelheiten kann ich jedoch das knapp gefasste, die Probleme sonst scharf bezeichnende und kritisch scharfsinnige Buch zur Einführung in die Erkenntnislehre nur empfehlen.

Nicht ganz in gleichem Masse kann das über das frisch und lebendig geschriebene Buch Dr. Stan. Garfein-Karskis *Ein neuer Versuch über das Wesen der Philosophie* /Heidelberg, Winter/ gesagt werden, das die Krisis in der Philosophie der Gegenwart, Bestimmung und Einteilung der Philosophie, sowie ihr Verhältnis zu Psychologie und Religion behandelt. Wenn er behauptet, der alte Mensch sei Einzelmensch gewesen, so dürfte das doch bloss auf eine kaum hinter uns liegende Zeit passen. Behauptungen ferner wie die, dass zwischen Erkenntnislehre und Ethik schwer ein Zusammenhang zu finden sei, sodann dass man die Welt, ausser in naivster Anschauung als Ganzes zu fassen vermöge, endlich der Satz *Ich fühle, also bin ich* und andere mehr sind doch etwas kühn. Die Begriffsbestimmung der Philosophie, dass sie das Erkennen, Fühlen und Wollen als

Funktionsweisen des Menschen untersuchen solle, möchte gehen. Dass sie aber zugleich für sich allein, ohne Zuhilfenahme der Einzelwissenschaften eine Synthese des *Ganzen* schaffen könne, ist nicht zu glauben. Zudem ist solche Synthese immer nur Stückwerk, wenn nicht durch Phantasie ergänzt, da sowohl Einzelwissenschaften wie das *Ganze* überall ins Unendliche auslaufen; und die Zeiten, wo man das *Ganze* in der Mausefalle des Systems fangen zu können glaubte, sind doch wohl vorüber. Der Autor steckt da doch noch mit einem Fuss in jener alten Denkweise, die auf die Ergebnisse selbst, statt auf die Methoden — die dann ganz von selbst zu Ergebnissen führen — den Hauptwert legte. Das zeigt sich auch in dem ontologischen Eifer, mit dem er die Abgrenzung und Einteilung der Philosophie betreibt, als ob Philosophie nicht alles durchdränge, als ob die Einteilung sich nicht je nach den gerade ins Auge zu fassenden Gesichtspunkten in einem Vormittag ein paarmal ändern könnte, und als ob es nicht einzig darauf ankäme die dem jeweiligen Zweck gemässen Gesichtspunkte zu wählen, diese scharf zu bestimmen und eindeutig festzuhalten, während man überzeugt sein muss, dass die darunter zu rubrizierenden Gegenstände stets Misch- und Übergangsformen zeigen. Andere Teile des Büchleins sind schön bearbeitet; was Garfein-Karski über Pragmatismus, über Metaphysik sagt, wie er den Menschen als sozialen Menschen bezeichnet, wie er das Ideal nicht rückwärts sondern in der Zukunft sieht, das ist sehr richtig.

×
Willensfreiheit Der Streit über die Willensfreiheit gehört wohl in die Metaphysik. Denn sobald wir Freiheit und Gebundenheit sich als etwas Ausschliessendes entgegensetzen, gibt es metaphysische Spekulation, die bis an der Welt Ende zu keinem Ziel kommt. In neuer Zeit beginnt man freilich den Gegensatz überbrücken und ausgleichen zu wollen, wenn auch meist nur sozusagen durch Kompromiss, nicht grundsätzlich.

Das Büchlein Dr. Leo Müffelmanns *Das Problem der Willensfreiheit in der neuesten deutschen Philosophie* /Leipzig, Barth/, das freilich selbst im Determinismus die Lösung sieht, gibt über die neueren Behandlungen des Problems einige Übersicht. Die 12 geistreichen Vorlesungen Wilhelm Wimdeldbands *Über Willensfreiheit*

/Tübingen, Mohr/ meinen, mit Kants intelligibler Freiheit sei eine Lösung zu schaffen. Damit wird aber doch nur ein dunkles Wort an Stelle der Lösung gegeben. Wir würden weiter kommen, wenn wir beide, Freiheit wie Notwendigkeit, auf die ganz natürliche Verschiedenheit zweier Betrachtungsweisen von *Innen-Aussen*, *Ganzes-Teil*, *Teil-Teil* zurückführten, darin des Rätsels Wurzel liegt. Die Sache selbst freilich begreifen wir auch damit nicht, ebenso wenig wie wir begreifen, warum es Farben und Formen gibt. Die letzten Grundlagen bleiben eben unerklärte Fakta. Aber der Gegensatz ist doch aufgehoben, und wir finden es nicht mehr als ausschliessenden Widerspruch, dass wir von innen betrachtet als selbsttätiger Teil im Zusammenhang des Ganzen denken und wählen können, von aussen betrachtet ein nach dem Gesetz kausaler Identität gewordener und bestimmter Teil neben anderen Teilen sind.

Zu ähnlichem Ziel scheint der gelehrte, aber leider etwas phantastische Baseler Philosoph Karl Joel in seinem in Form von Zwiegesprächen abgefassten Buch *Der freie Wille* /München, Bruckmann/ kommen zu wollen, indem er meint: »In dem Bewegungsgegensatz von Variationen und Konstanz, damit schliesslich von Freiheit und Notwendigkeit finden Geist und Materie ihre letzte Auflösung, die einheitliche Erklärung ihres Wesens, ihres Verhältnisses, ihres Gegensatzes und ihres Überganges.« Aber schon an diesen Ausdrücken kann man sehen, dass der Verfasser nicht Analytiker ist, der, was einzig zu erkennen möglich, Gegebenes in seinem Zusammenhang erfassen will, sondern spekulativer Metaphysiker, der die Erklärung des *Wesens* sucht. Allen solchen wird es natürlich gerade so ergehen, wie dem seligen Hinzlmeier in Storms nachdenklicher Geschichte. Er spekuliert, dass Gott als organische Einheit der Welt zugleich die Weltvariante, die Weltperson sei, dass die Steine, wie eines organischen Wesens harte Knochen, gestorbenes Leben seien, dass die Organisationsstufen den Weg vom Organischen zum Freien zeigen, und dass in Hingebung an das Ganze die Freiheit liege. Das letzte wäre schon gut, wenn wir nur wüssten, was dasjenige *Ganze* ist, dem wir uns hingeben sollen, Gottnatur? Damit, dass wir *ahnen*, die Natur sei der Leib Gottes, ist doch auch für den zu wenig gesagt, der wie Joel die Welt für ein mo-

ralisches Problem erklärt, und zu viel für den, der nach Bestimmtem, Tatzeugendem, nicht nach blosser Gefühlshingabe dürstet. Aber Joel ist eben Romantiker, und die wollen bekanntlich mit den Ohren sehen, mit dem Herzen denken, und daraus, dass sie hungert, die Gewissheit haben, dass Brot im Kasten ist. Das *Bedürfnis* heisst sie glauben, was sie als wahr wünschen, statt dass es sie forschen hiesse, was wahr ist, und wie man es brauchen kann. Alle die Gefühlszauberer, so prächtig sie sich als Menschen oft zeigen, sind und bleiben doch unbewusste Helfer derer, die die Menschen einlullen, um sie als Mittel zu ihren Zwecken zu nutzen.

×
Ethik

Ein Leser der *Sozialistischen Monatshefte*, Dr. B. K., hat sich darüber aufgeregt, dass ich in meinem Artikel *Streifzüge durch die Religionsphilosophie unserer Tage* (1909, 1. Band, pag. 375 ff.) das Wort *Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst* nicht aus dem Alten Testament sondern aus Gemeinschaften wie denen der Nazarener hervorgehen lasse. Nun freilich, ich hätte zum Beispiel das 3. Buch Mose, XIX., 18. und anderes mehr zitieren müssen, hätte das indische *Tat twam asi* herbeiziehen, die Trauer über die Vernichtung solchen Moralverhältnisses aus Völuspa und Muspilli bemerken, in der Antigone Wort *Nicht mitzuhassen mitzulieben bin ich da* auf den Konflikt zwischen zwei sich scheidenden Gemeinschaftsanschauungen, der Sippe und des Staats, hinweisen, Bastian und andere anführen sollen, die zeigen, wie genannte Gesinnung noch heute ganz natürlich aus primitiven Sippenverhältnissen hervorgeht. Aber an besagter Stelle lag mir eben Besagtes näher, und so habe ich es harmlos genommen, ohne zu ahnen, dass ich dadurch irgend einen Zorn erregen könnte. Vielleicht werde ich deshalb doch Verzeihung finden.

×
Kurze Chronik

Im *Freidenkerbund* werden Versuche gemacht den Zusammenhang, der zum Teil schon nicht mehr besteht, in einer neuen, umfassenden Weise zu bewerkstelligen und die verschiedenen besonderen Anschauungen freizulassen, um das Gemeinschaftliche zu sammeln. Ein interessanter Artikel Jos. Lautes im *Dissident*, dem Beiblatt des *Freien Worts*, klärt darüber auf. × Am 19. Mai starb in Marburg (Steiermark) Bartholo-

mäus von Carneri im Alter von 87 Jahren. Unter seinen Werken ist *Sittlichkeit und Darwinismus* weiteren Kreisen bekannt. × Ein Beispiel für die ethische Praxis unserer Tage bieten die Enthüllungen aus der Geheimverhandlung der Grubenbarone, von denen im Artikel Otto Hues *Weisse Salbe* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 465 ff., bereits die Rede war.

×
Literatur

Das Wort *Idealismus* ist überaus vielfarbig. Gerade so wie wir beim Wort *Laden* sowohl an den Kauf- wie an den Fensterladen, an das Kanonenladen oder an das Wagenladen wie an das Laden vor Gericht denken können, so auch beim Worte *Idealismus* entweder theoretisch an die fälschliche Objektivierung blosser Vorstellungen oder Gedanken als für sich bestehende Realitäten und Wesenheiten oder an den schon erkenntniskritischen (transzendentalen) Idealismus Kants oder an die Versenkung des Gefühls in unbestimmt vorgestellte Tiefen des Wahren, Guten etc. oder an mystische Hingabe an jene vorgestellten Wesenheiten des Daseins, von denen man nicht weiss, ob und wie sie zu erreichen sind. Aber man kann dabei auch die einfache theoretische Tatsache betrachten, dass wir geistige Formen und Methoden zum Erkennen notwendig haben, diese immer verfeinern und weiter ausdehnen können, oder an die praktische Tatsache denken, dass der über den Tierzustand hinausgelangte Mensch nicht mehr, wie die Biene an ihren Zellen, einmal wie das anderemal arbeitet sondern sich Vorstellungen einer steten methodischen Vervollkommnung macht und dementsprechend voranstrebt. Die letzten Idealismen sind wie gute Hausfrauen: man spricht nicht von ihnen, wenn sie vorhanden sind; wenn und wo ihre Entwicklung aber im sozialen und individuellen Leben gehemmt oder ihre Betätigung unmöglich wird, schiessen, wie die Pilze, jene anderen Idealismen empor, gewissermassen als Ersatzmittel für diese fehlenden. Und dann spricht man sehr von Idealismus, der elende, unzureichende Verstand wird gescholten, und *Gemüüt und W-wil-l-e* — es klingen da oft noch mehr geflötete *Ü*, sentimentale *W* sowie energisch gerollte *L* — sollen mehr gepflegt werden; da doch die Bedingungen zu deren gesunder Pflege gerade abnehmend Licht haben. Heute spricht man wieder viel von Idea-

lismus, und er kommt in gar mancherlei mehr oder minder romantischen Backformen auf den Markt: Neufichte, Neuhegel, Neuromantik, Mystik, Vitalismus, Spiritismus usw. So wird denn auch ein Buch über die Geschichte des deutschen Idealismus, zumal, wenn es in so anmutiger Plauderform erscheint wie das des gewandten und vielbelesenen Dr. M. Kronenberg (*Geschichte des deutschen Idealismus* /München, Beck/) ein grosses Publikum finden. Wie am Anfang unserer heutigen philosophischen Entwicklung F. A. Lange mit seiner *Geschichte des Materialismus* erschien und zeigte, dass der philosophische Materialismus die vergleichsweise festeste, aber auch niederste Stufe der Philosophie sei, so dürfte in der Tat heute ein Lange kommen, der etwa obigen oder ähnlichen Gedankengang einmal klar ausführte. Aber das hat leider der Verfasser nicht getan. Wir suchen bei ihm vergebens nach leitenden und die verschiedenen Formen des Idealismus unterscheidenden Gesichtspunkten sowie nach einem Versuch die Zusammenhänge zwischen ihnen nachzuweisen. Das hat doch schon Lange getan, und heute kann man das doch leichter als damals. Dafür kommt der alte und nichtssagende Gegensatz *objektiv* und *subjektiv* angewandt, mit dem man machen kann, was beliebt. Schlechthin alles ist als Subjekt, alles aber auch als Objekt zu behandeln. Auf die Einzelkritik kann ich nicht eingehen. Es würde sich da gar manches ergeben. Um nur eins zu nennen: Von Descartes behauptet der Autor alles *erfahrbar* Gegebene versinke zunächst in der Nacht des Bewusstseins. Das heisst so viel, wie wenn man sagen wollte, ein Ballsaal versinke in der Nacht der Beleuchtung. Er sagt sodann, das Ich sei bei ihm *fest* Ausgangspunkt der Erkenntnis. Das Ich? Doch wohl das *Ich denke*. Das muss es doch auch wirklich sein. Oder wo erkennt Kronenberg? Descartes' Fehler ist nur, dass er nicht zugleich *Ich empfinde, ich schaue an, ich nehme wahr* einschloss. Ich muss in der Tat fürchten, dass das Buch in seiner Methodik doch noch einiger Aufbesserung bedürfte. × In der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ liegen zwei schöne Werken über Herbert Spencer und über Immanuel Kant vor. Das erste, das Karl Schwarze in London verfasst hat, enthält nach einem kurzen biographischen Abriss eine schlicht gehaltene Übersicht

über Spencers bekanntlich die Entwicklung in den Mittelpunkt stellende Philosophie und eine kritische Schlussbemerkung. In dieser wird darüber geklagt, dass Spencer die *weientlich philosophischen Fragen nach Gott, Seele und Universum als nach Unerkennbarem abgewiesen habe*. Schwarze möchte statt des *Unerkennbaren ein Unerkanntes* gesetzt haben. Die selbe Kritik übt merkwürdigerweise L. Büchner von ganz entgegengesetztem Standpunkt aus. Oswald Külpes schönes Kantbüchlein beginnt und schliesst mit Kants Biographie und nimmt die Darstellung und Kritik seiner Philosophie in die Mitte, wobei wesentlich die drei Hauptwerke berücksichtigt sind. Sehr gut kritisiert Külpe die Kantische Lehre von der Subjektivität des Raums und der Zeit, die Kategorien, das genetische *a priori* während er das logische *a priori* natürlich festhält. × Ein Handwörterbuch der Religion und Geschichte der Gegenwart gibt Dr. Mich. Schiele-Marburg heraus /Tübingen, Mohr/. Es soll in *gemeinverständlicher Sprache* geschrieben sein und 4 bis 5 Bände von je 1000 Seiten umfassen. Mitarbeiter sind viele meist auf freierem Standpunkt stehende Theologen und Laien.

Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Marsforschung In den letzten Apriltagen und in den darauf folgenden Wochen gingen Nachrichten durch die Presse, dass in Amerika Projekte aufgetaucht seien durch Lichtsignale mit den Bewohnern des Mars in Verbindung zu treten. Bis ins einzelne gehende Beschreibungen wurden gegeben, wie man sich die Sache dachte. Vielleicht handelte es sich bei der ganzen Angelegenheit um einen Aprilscherz amerikanischer Zeitungen, der von harmlosen Leuten, wie das ja öfter zu geschehen pflegt, ernst genommen und weiter verbreitet wurde, vielleicht handelte es sich auch wirklich um phantastische Projekte: hat der Mars ja seit langem zu den merkwürdigsten und phantastischsten Vorstellungen Anlass gegeben. Seit es mit der zunehmenden Kraft der Fernrohre gelang *Verschiedenheiten seiner Oberfläche und ihre Veränderungen wahrzunehmen* wurde er schnell und unbedenklich mit intelligenten Lebewesen bevölkert, mit denen man eine Verbindung suchte. In seiner Atmosphäre glaubte man Wasser nachweisen zu können, auf ihm selbst erschienen zuweilen

weisse Flecke, die dann bald wieder verschwanden, seine Pole zeigten sich während des Winters von weissen Kapfen bedeckt, die sich ausserordentlich weit erstreckten und im Sommer wieder zurückgingen, zuweilen ganz verschwanden: kein Wunder, dass man für den Mars meteorologische Vorgänge annahm, die unseren irdischen sehr ähnlich sind. Die Polarkappen wurden als Schnee- und Eismassen gedeutet, die bei ihrem Abschmelzen ungeheure Überflutungen hervorbringen, zu deren Bewältigung und planmässiger Benützung das als Kanäle gedeutete Liniensystem dienen sollte, das man mit der Selbstverständlichkeit, die solchen Phantasiegebilden eigen zu sein pflegt, für kunstvolle Werke hochentwickelter Wesen ausgab, und deren zeitweilige Verdoppelung weiteren Anlass zu müssigem Spiel der Phantasie gab. Ernsthafte Überlegung können die Phantasiegebilde natürlich nicht stand halten. Schon die einfache Überlegung, dass die Sonne bei senkrechtem Auftreffen auf dem Mars wegen seiner grösseren Entfernung noch nicht die Hälfte der wärmenden Kraft entwickeln kann wie auf der Erde, dass ferner die Marsachse gegen seine Bahn noch um fast 5 % mehr geneigt ist als die Erdachse gegen die Ekliptik, dass also im Sommer die Pole von den Strahlen der Sonne viel schräger getroffen werden als es auf der Erde der Fall ist, was wiederum ihre wärmende Kraft nicht unerheblich schwächt, und dass schliesslich die Vereisung aus den selben Gründen während des mehr als 300 Tage dauernden Winterhalbjahrs viel umfangreicher sein müsste, beweist, dass es sich bei den Polarkappen und ihrem Abschmelzen nicht um Massen handeln kann, die irgend wie mit den Schnee- und Eismassen an den irdischen Polen in Vergleich gestellt werden können. Vielleicht handelt es sich um Kohlensäure, die in festem Zustand schneeweiss ist und unter gewöhnlichem Druck bei 65 bis 70 Grad Kälte wieder schmilzt. In diesem Falle wäre die Marsatmosphäre mit der irdischen, die nur 0,024 % Kohlensäure enthält, kaum vergleichbar.

Vor einiger Zeit hat der englische Astronom Newcomb in der *Monthly Weather Review* interessante Schlussfolgerungen über die meteorologischen Verhältnisse auf dem Mars veröffentlicht, wobei er die keineswegs schon ganz sicher erwiesene Annahme zu grunde legt, dass es wirklich auf dem Mars Wasser gibt. Newcomb geht von der sicher bekannten Tat-

sache aus, dass die Marsatmosphäre ausserordentlich dünn ist — ihre Dichte ist höchstens ein Viertel derjenigen der Erdatmosphäre —, und dass Wolkenbildungen in ihr zu den Seltenheiten gehören. Im allgemeinen gestattet die klare Atmosphäre den ungehinderten Durchblick auf die Oberfläche des Planetenkörpers selbst. Daraus folgt nun, dass die Marsatmosphäre sowohl der Einstrahlung der Sonnenwärme am Tage wie der Rückstrahlung bei Nacht fast gar kein Hindernis entgegensetzt. Auch die Luftströmungen, die auf der Erde ausgleichend zwischen der Äquatorialzone und den Polargegenden wirken, werden auf dem Mars fast ganz fehlen. Die Temperatursätze werden daher dort viel stärker sein als auf der Erde, und selbst in den Äquatorialgegenden wird in der Nacht die Temperatur viel tiefer unter den Gefrierpunkt des Wassers sinken als es irgend wo auf der Erde der Fall ist. Das Wasser wird also stets und überall auf dem Mars in der Nacht zu Eis von weit unter 0 Grad gefrieren. Am Tage wird das Schmelzen nur sehr langsam beginnen, da ja die Sonnenwärme noch nicht die Hälfte derjenigen beträgt, die die Erde empfängt, so dass selbst in der Äquatorzone schwerlich mehr als höchstens 5 cm Eis abschmelzen können. Wenn es auch möglich ist, dass in den Marstropen am Tage die Temperatur der Luft und des Bodens über 0° steigt, so geht die Wärme sofort wieder verloren, sobald die Sonne unter den Horizont sinkt. In den Polarregionen wird die Temperatur niemals den Schmelzpunkt des Eises erreichen.

Dass trotzdem die weissen Polarkappen abschmelzen, erklärt Newcomb auf folgende Weise: Bei grosser Kälte scheidet sich die Luftfeuchtigkeit in Gestalt schneeweiss glitzernder kleiner Eiskristalle ab, und solcher Reif ist es, der in einer Schicht von vielleicht nur 1 mm Dicke um die Pole herum liegt. Auch bei grösster Kälte verdunsten Schnee und Eis langsam, und deshalb muss diese Reifdecke in der wärmeren Jahreszeit unter dem Einfluss der Sonnenstrahlung wieder zurückgehen, selbst wenn die Temperatur dauernd tief unter dem Schmelzpunkt bleibt. Auch die höheren Bodenerhebungen der gemässigten und heissen Zone des Planeten werden sich zuweilen mit solchen Reifdecken überkleiden, die einige Tage bestehen bleiben. Zusammenfassend schliesst Newcomb: Die meteorologischen Vorgänge auf dem

Mars werden sich ähnlich wie auf der Erde abspielen, nur verlaufen alle Erscheinungen viel langsamer und innerhalb sehr enger Grenzen. An die Stelle von Schneefall tritt nur eine Art Reifbildung, für Fuss und Zoll sind Bruchteile eines Millimeters zu setzen, und statt der Stürme und Winde herrscht eine ganz schwache Bewegung in einer Atmosphäre, die dünner ist als die Luft auf dem Gipfel des Himalaja.

×
Fossile Menschen Der älteste menschliche Überrest ist wohl der am 20. Oktober 1907 in Mauer bei Heidelberg gefundene Unterkiefer, über den berichtet ist (siehe den* Abschnitt *Homo Heidelbergensis* in dieser Rundschau der *Sozialistischen Monatshefte*, 1909, I. Band, pag. 261 ff.). Noch nicht ein halbes Jahr später wurde in dem durch seine altpaläolithischen Funde bekannten Bézèretal im Departement Dordogne in Südf frankreich ein menschliches Skelett gefunden, das im *Archiv für Anthropologie*, 1909, beschrieben wird. Schon im September 1907 hatte der schweizerische Gelehrte O. Hauser in der Kulturschicht der noch vollständig unberührt gebliebenen Grotte von Le Moustier Ausgrabungen begonnen. Am 7. März 1908 wurden plötzlich menschliche Gliedmassen ausgegraben, worauf Herr Hauser die Arbeit unterbrechen und die Stelle hoch mit Erde bedecken liess, um etwa vorhandene weitere menschliche Überreste dem Einfluss der Witterung zu entziehen. Am 10. April wurde dann die Stelle in Gegenwart von französischen Beamten aufs neue geöffnet und ein Protokoll über den Fund aufgenommen.

Ein Schädel war von gebrannten Knochen und Feuersteingeräten umgeben und befand sich in vollständig unberührter Lage. Nach dieser Feststellung wurde alles wieder zugedeckt. Nach zwei weiteren Protokollaufnahmen wurde mit der endgültigen Ausgrabung am 10. August 1908 in Gegenwart mehrerer namhafter Forscher, Professor Klaatsch, H. Virchow, von den Steinen und anderer, begonnen. Professor Klaatsch führte die Bergung der äusserst brüchigen Knochen aus, die grosse Schwierigkeiten bot.

Auf der Kölner Naturforscherversammlung im September 1908 hat Professor Klaatsch in seinem Vortrag *Über den primitiven Menschen in Vergangenheit und Gegenwart* bereits auf diesen Fund hingewiesen. Der Tote war ersichtlich

bestattet worden. Er lag auf der rechten Seite, mit dem Kopf auf dem eingekrümmten rechten Arm, dessen Hand sich am Hinterhaupt vorfand. Der linke Arm war ausgestreckt; in seiner Nähe wurde ein schön gearbeiteter Faustkeil und ein gleichfalls sehr gut ausgeführter Schaber gefunden, augenscheinlich Grabbeigaben, wie eine Reihe weiterer Feuersteinstücke, namentlich auch solcher, die sich bei dem Schädel vorfanden. Die rechte Gesichtshälfte lag auf einer Art Pflaster, das sorgfältig aus einzelnen Feuersteinstücken zusammengefügt war. Bei der Nase war durch den freien Raum zwischen den sie umfassenden Feuersteinplättchen und den Knochen noch deutlich die Form der Weichteile zu erkennen. Auch unter dem rechten Ellenbogen lag ein Stück Feuerstein, dass durch seine rinnenartige Form eine Anpassung an die darauf ruhenden Teile zeigte.

Nach den Feststellungen des Herrn Klaatsch rührt das Skelett von einem jugendlichen etwa 16 Jahre alten Individuum, wahrscheinlich männlichen Geschlechts, her. Der linke Oberschenkelknochen, der aus zahlreichen Bruchstücken zusammengesetzt werden konnte, ist etwa 380 mm lang, woraus man auf eine Körperlänge von ungefähr $1\frac{1}{2}$ m schliessen kann. Dieses Glied zeigt sämtliche Merkmale, die für die Oberschenkelknochen von Spy und Neandertal charakteristisch sind. Das selbe ist bei den oberen Gliedmassen der Fall. Ihre Proportionen zeigen, dass auch dieser Mensch, wie der von Spy und Neandertal, einer Rasse mit kurzen Extremitäten angehörte, wodurch sie von den heutigen niedrigen Rassen des Südens unterschieden ist und eine Annäherung an die jetzigen arktischen Rassen mongoloider Verwandtschaft zeigt. Ebenso zeigt der Schädel den Neandertaltypus; schon der ausserordentlich massive Unterkiefer beweist dies. Der Oberkiefer zeigt die typische *Schnauzenbildung*, die nach Klaatsch für den altdiluvialen Europäer charakteristisch ist. Die Prognathie des *Homo Mousteriensis* — diese Bezeichnung soll nur den Fund identifizieren und nicht etwa eine solche im Sinn des zoologischen Systems sein — ist noch stärker als die des Neandertal Schädel und nähert sich der Prognathie derjenigen Australier, bei denen Klaatsch ihre höchsten Grade gefunden hat. Nicht lange nach dem beschriebenen Fund, am 3. August 1908, wurde ein ähnlicher von den französischen Forschern

A. und J. Bouyssonie und L. Bardon gemacht, der von ihnen und von Boule, der ihn näher untersucht hat, in den *Comptes Rendus* beschrieben worden ist. Es ist ein menschliches Skelett, das in der Höhle von La Chapelle-aux-Saints, ebenfalls in der Dordogne, gefunden wurde. Schon vor einigen Jahren waren dort Funde gemacht worden, die der von den französischen Archäologen als *Moustérien* bezeichneten zweitältesten Stufe des Paläolithikums (geologisch: mittleres Pleistozän) angehörten. Das jetzt gefundene Skelett lag in einer 30 cm tiefen Grube, die in das Gestein gegraben war. Alle Umstände deuten, wie bei dem vorhin beschriebenen Fund, auf eine Bestattung, was diese Funde auch in ethnologischer Beziehung interessant macht. Aus dem Zustand der Schädelnähte und der Bezahnung geht hervor, dass es sich hier um den Schädel eines alten Mannes handelt, der die Merkmale der Schädel von Neandertal und Spy, zum Teil noch in verstärkter Ausbildung zeigt: Ich erwähne nur die beträchtliche Dicke der Knochen, die Flachheit der Schädelkapsel, die fliehende Stirn, die kurze, breite, von der Stirn durch eine tiefe Einsenkung getrennte Nase, die schnauzenartige Ausbildung des Oberkiefers, den starken Prognathismus, die bedeutende Dicke des Unterkieferkörpers, das Fehlen des Kinns.

Boule schliesst aus den bisher gemachten Funden, dass der Neandertaltypus für das mittlere Pleistozän eines gewissen Teils von Europa den charakteristischen normalen Typus darstellt, der genau zwischen dem Pithekanthropus und den niedrigsten lebenden Menschenrassen steht.

× **Kurze Chronik** Ein radiologisches Institut ist in Heidelberg gegründet worden, das unter der Leitung des Direktors des physikalischen Instituts der Universität steht. In der technischen Abteilung soll auch der Anschluss an die praktischen Bedürfnisse, namentlich die der Medizin, gepflegt werden. × Von einem Ausschuss aus Mitgliedern des wissenschaftlichen Stabes des *Observatoire Royal de Belgique* wird die Herausgabe eines Verzeichnisses der magnetischen und seismologischen Observatorien vorbereitet; es soll auch ein Verzeichnis der Gesellschaften und Zeitschriften angegliedert werden, die sich besonders mit Magnetismus, Seismologie oder Elektrizität beschäftigen.

× Der Dozent für physikalische Chemie an der technischen Hochschule Danzig Professor Dr. Emil Bose hat einen Ruf als Professor der Physik und Direktor des physikalischen Instituts der Universität La Plata in Argentinien angenommen. × Am 25. Mai starb im fast vollendeten 83. Lebensjahr der als Geophysiker, Hydrograph und Meteorologe bekannte Professor Georg Neumayer. Seit 1876 leitete er die Seewarte in Hamburg, bis er vor wenigen Jahren in den Ruhestand trat. Er hat sich auch besondere Verdienste um die Organisation der methodischen Erforschung der magnetischen Verhältnisse in den arktischen und antarktischen Gebieten erworben.

× **Literatur** In der Sammlung *Wissen und Können* /Leipzig, Barth/ hat Professor W.

Ostwald ein Bändchen unter dem Titel *Die Energie* herausgebracht. Ostwald will mit Hilfe des Energiebegriffs das gesamte Geschehen in der Natur begreifen, er will unter beständiger Beziehung auf den Inhalt der täglichen Erfahrung zeigen, wie unter dem Zeichen der Energie die verschiedenartigsten Betätigungen menschlichen Wissens und Könnens sich einheitlich zusammenfassen und darstellen lassen, wie die Energie den Massstab abgibt, nicht nur das Vergangene zu verstehen und das Gegenwärtige zu beurteilen sondern auch das Künftige vorauszusagen und zu bestimmen. Dieses Programm ist aber nur recht dürftig erfüllt. Die Darstellung des physikalischen Teils scheint mir nicht geeignet jemand mit dem Begriff, um den es sich handelt, vertraut zu machen, auch ist sie keineswegs überall einwandfrei. Auch für ein besseres Verständnis des Lebens und der geistigen Erscheinungen scheint mir durch Ostwalds Auffassung nicht viel gewonnen. Das letzte Kapitel führt den stolzen Namen *Soziologische Energetik*. Wenn Ostwald es mit der Betrachtung schliesst, dass mit stärkerer Nutzbarmachung von Energie der arbeitenden Menschheit eine ungeheure Entlastung gebracht würde, so drückt er nur in anderer Form den bis zum Überdruß gehörten Gedanken aus, dass das menschliche Elend daher rührt, dass wir nicht im stande sind genügend Kulturgüter zu schaffen. Er beweist damit zugleich seinen völligen Mangel an Verständnis für die sozialen Probleme unserer Zeit.

× Die gleiche Sammlung bringt 2 Bändchen P. Vagelers *Die mineralischen Nährstoffe der Pflanze* und *Die organogenen Nährstoffe der Pflanze*. In beiden wird ein anschauliches Bild von den gewöhnlichen Ernährungsvorgängen der Pflanzen gegeben. In leicht verständlicher Weise und anziehender Schilderung wird auch die Bedeutung des Düngers, des natürlichen wie künstlichen, gezeigt und auf die Bedeutung der Stickstofffrage für die Landwirtschaft eingegangen.

Psychologie / Otto Lipmann

Tierpsychologie Gibt es eine Tierpsychologie, hat das Tier überhaupt eine Seele oder ist es eine Maschine? Es ist sehr interessant zu sehen, wie auch hier wieder eine materialistisch-mechanistische Auffassung, ganz ähnlich wie vor 150 Jahren über den Menschen, teils eifrig vertreten teils ebenso eifrig bekämpft wird. Damals gipfelte jene Lehrmeinung in Lamettries *Homme machine*, und auch heute wieder finden sich hinsichtlich des Tiers Vertreter eines solchen Philosophems. Noch interessanter aber ist es, zu sehen, wie eben die selben Gelehrtenkreise — nämlich die kirchlich beeinflussten —, die seinerzeit die mechanistische Auffassung des Menschen am lebhaftesten bekämpften, heute der selben Lehre in Anwendung auf das Tier die zahlreichsten Vertreter stellen. Freilich ist das in ausserordentlich verschiedenem Grad der Fall. Der Kardinal Erzbischof von Mecheln, Mercier, zum Beispiel enthält dem Tier in seiner *Psychologie* /Kempton, Kösel/ nur die *Vernunft* vor, lässt ihm aber Empfindungen, Vorstellungen, Gefühle, Strebungen usw. Ähnlich Wasmann in seinen sonst ausgezeichneten Publikationen über die Ameisen. Als einen Vertreter der ganz extremen Ansicht gibt sich Knickenberg in seiner *Tierpsychologie* /Graz, Moser/: nach ihm hat das Tier nicht einmal Empfindungen sondern ist durchaus als Maschine aufzufassen (Knickenberg versteht nämlich unter Empfindungen nur den physiologischen respektive physikalischen Vorgang der Modifikation der *Atherbewegungen* des Organismus durch die des Reizes). Obwohl die wissenschaftliche Durchführung seiner Meinung in jeder Beziehung ausserordentlich viel zu wünschen übrig lässt, will ich diese Meinung selbst einmal etwas näher ins Auge fassen. Ich

möchte sie folgendermassen präzisieren: Es ist möglich die sämtlichen Handlungen eines Tiers, sein ganzes Verhalten, restlos auf mechanischem Wege, ohne Zuhilfenahme irgend welcher psychischer Vorgänge, zu erklären. Knickenberg gelangt zu seiner Meinung zum Teil auf grund eines religiös-dogmatischen Gesichtspunktes. Er meint nämlich, wenn das Tier eine der menschlichen ähnliche Seele hätte, so müsste also auch die tierische Seele unsterblich sein; es widerspricht aber seinem Gefühl auch ein Tierjenseits anzunehmen. Aber auch von einem anderen, einem philosophischen Standpunkt aus kann man der mechanistischen Auffassung Knickenbergs beipflichten; man wird sie dann allerdings konsequenterweise auch auf den Menschen ausdehnen müssen. Der sogenannte *psychophysische Parallelismus* nämlich vertritt die Ansicht, dass in der Welt zwei Reihen von Ereignissen — eine psychische und eine physische — neben einander herlaufen, derart, dass jedem Glied der einen Reihe gesetzmässig eines der anderen Reihe zugeordnet ist. Nur zur Erleichterung des Wissenschaftsbetriebs lässt er es zu, dass an den Punkten, an denen wir allein die Ereignisse der einen Reihe kennen, diese zur Erklärung von Ereignissen der anderen Reihe benutzt und als deren Ursachen bezeichnet werden. Prinzipiell aber leugnet er es, dass diese beiden Reihen jemals in einander übergreifen, dass jemals ein physisches Ereignis Ursache oder Folge eines psychischen sein kann. Demzufolge müssen also — ganz abgesehen von allem gleichzeitigen Psychischen — alle Handlungen eines Tieres oder Menschen auch rein physikalisch-physiologisch, also mechanistisch, erklärbar sein.

In der Durchführung des psychophysischen Parallelismus sind nicht alle seine Vertreter gleich konsequent. Das einheitlichste Weltbild ergibt sich, wie mir scheint, aus der Auffassung, die zum Beispiel Fechner vertritt, der nicht nur dem Organismen sondern auch der anorganischen Natur und somit der ganzen Welt eine seelische Seite zuschreibt. Andere lassen ein Seelenleben erst da einsetzen, wo sich ein Zentralnervensystem nachweisen lässt, oder lassen es wohl auch auf den Menschen beschränkt sein. Hier hat jedenfalls die exakte Wissenschaft nicht mehr mitzureden; es muss jedem überlassen bleiben, wie weit er in seinem Analogieschluss vom eige-

nen auf fremdes Seelenleben gehen kann und will. Je weiter wir uns da freilich in der Tierreihe heruntersteigend bewegen, desto schwerer fällt uns der Analogieschluss; wenn wir aber andererseits die Tierreihe in ihrem genetischen Zusammenhang betrachten, so fällt es uns wiederum auch schwer an irgend einem Punkt Halt zu machen und zu sagen: hier ist die Grenze zwischen beseelten und unbeseelten Organismen. Ein wissenschaftlicher Zwang Tieren überhaupt ein Seelenleben zuzuschreiben liegt, wie gesagt, nicht vor. Wenn man aber beispielsweise Sokolowskys *Beobachtungen über die Psyche der Menschenaffen* /Frankfurt, Neuer Frankfurter Verlag/ liest, so wird man doch ohne weiteres zugeben müssen, dass uns hier der Analogieschluss von der Menschen- auf die Tierseele ausserordentlich nahe gelegt wird. Sokolowsky zeigt durch seine Beobachtungen an den im Hagenbeckschen Tierpark in Stellingen bei Hamburg verhältnismässig frei lebenden Gorillas, Schimpansen und Orang-Utans, dass diese drei Tierarten nicht nur als solche Vertreter dreier menschlicher Temperamentstypen (des melancholischen, sanguinischen und phlegmatischen) sind, sondern dass auch von individuellen Charakteren bei ihnen die Rede sein kann. Ein besonderes Verdienst Sokolowskys ist es, dass er die typischen psychischen Eigenschaften der Menschenaffen biologisch, durch die ihnen im freien Zustande eigentümliche Lebensweise zu erklären versucht.

Auf die oben angedeutete Weise findet auch die Frage nach der Intelligenz der Tiere ihre Erledigung. Wie allenthalben im Bereich des Seelenlebens, so bedingt auch hier ein Mehr oder Weniger auch qualitative Unterschiede, und eben diese sind es, die uns den Analogieschluss so sehr erschweren. Wir werden aber prinzipiell den Tieren gewisse Grade der Intelligenz nicht vorenthalten und nicht, wie es so häufig geschieht, ohne weiteres jede Handlung des Menschen als eine Vernunfthandlung und eine ganz entsprechende eines Tieres als auf einem Instinkt beruhend bezeichnen dürfen. Je tiefer wir freilich in der Tierreihe hinabsteigen, eine desto grössere Rolle werden wir im allgemeinen den Instinkten beizumessen haben. Allerdings ist die Frage mit der Konstatierung eines geringeren Intelligenzgrades noch nicht erledigt: Wie das Kind nicht ein kleiner Erwachsener ist, so ist auch das Tier

nicht ein dummer Mensch. Die Seele des Kindes und die des Tieres sind, wie gesagt, auch qualitativ von der des erwachsenen Menschen verschieden, wie schon daraus hervorgeht, dass der Intelligenz des Tieres je nach der Art, der es angehört, auch ganz andere Aufgaben erwachsen. Der Forschung ergeben sich aus diesem Qualitätsunterschied in der Tierpsychologie ganz ähnliche Schwierigkeiten wie in der Kindespsychologie.

× **Kurze Chronik** Der Assistent des Berliner psychologischen Instituts Dr. Rupp habilitierte sich an der Berliner Universität. × Seine Habilitation an der Leipziger Universität erhielt Dr. Klemm, Assistent des dortigen psychologischen Instituts.

× **Literatur** Ein Dokument für die wachsende Erkenntnis, von welcher Bedeutung die Psychologie für die Pädagogik sein kann und soll, sind die sich häufenden Neuerscheinungen auf dem Gebiet der pädagogischen Psychologie. In der Frage, welches Mass psychologischer Kenntnisse für den Lehrer erforderlich ist, ist in gewissen Kreisen sogar ein über das Ziel Schlagen nicht zu verkennen. So bietet Rudolf Schulze in seinem Buch *Aus der Werkstatt der experimentellen Psychologie und Pädagogik* /Leipzig, Voigtländer/ eine für den Lehrer, für den das Buch im wesentlichen offenbar bestimmt ist, geradezu erdrückende Anzahl von Apparaten und eine verwirrend ausführliche Darstellung psychologischer Methoden. Das Buch verfolgt offenbar den Zweck dem Lehrer die Bekanntschaft mit der psychologischen Technik in dem Grade zu vermitteln, dass er in stand gesetzt wird selbständig psychologische Untersuchungen vorzunehmen. Demgegenüber muss man sich fragen, ob das Mittel geeignet und ob das Ziel ein wünschenswertes ist. Beides möchte ich verneinen. Was zunächst das Mittel anlangt, so kann ein Buch mit noch so vielen und guten Abbildungen — im vorliegenden Falle sind sie nicht einmal alle gut — niemals die in einem Lehrkurs zu erzielende gründliche Kenntnis der Apparate und Methoden ersetzen. Hierin liegt nicht nur ein Mangel sondern auch eine Gefahr: denn eine oberflächliche Kenntnis der Technik täuscht leicht eine nicht vorhandene Exaktheit vor, die dann zu unbrauch-

baren oder irreführenden Resultaten führt. Dass die psychologischen Anschauungen des Verfassers, die blindlings an denen der Wundtschen Schule orientiert und darum häufig recht einseitig und stellenweise zweifellos falsche sind, will ich nur nebenbei erwähnen. Und nun das Ziel Schulzes. Ist es wirklich notwendig den Lehrer zu befähigen, dass er selbständig Untersuchungen, beispielsweise über die Unterschiedsempfindlichkeit, anstellen kann? Sind solche Untersuchungen, wie die eben genannte, nicht überhaupt für den Pädagogen so gut wie irrelevant? Die pädagogisch wirklich wichtigen Probleme können zum guten Teil ohne komplizierte Vorrichtungen an Apparaten untersucht werden. Und sollen solche und andere Experimente nicht lieber dem durchgebildeten Fachpsychologen überlassen bleiben? Allenfalls mag ein Lehrer, der durchaus selbst experimentieren will, sich dann im speziellen Fall von einem Psychologen anleiten lassen. Im allgemeinen aber dürfte es auch für den Pädagogen genügen, wenn er sich die Ergebnisse der experimentellen Psychologie, soweit sie pädagogisch relevant sind, und die der experimentellen Pädagogik zu nutze macht. X. Dies ist der Gesichtspunkt, unter dem drei weitere Neuerscheinungen zu stande gekommen sind. Robert Gaupps *Psychologie des Kindes (Aus Natur und Geisteswelt / Leipzig, Teubner/)* legt seinen Ausführungen eine genetische Betrachtungsweise zu grunde. Er behandelt sukzessive die Psychologie des kleinen Kindes, die des Schulkindes und die des seelisch abnormen Kindes. Auch innerhalb jedes einzelnen Abschnitts gruppiert er seinen Stoff tunlichst um die Entwicklung der in Frage stehenden Funktion. Auf die Nutzanwendung der dargestellten psychologischen Erkenntnisse auf die Pädagogik geht er nur selten, nebenbei und kurz, ein. Das Buch ist leichtfasslich geschrieben und darf allen pädagogisch Interessierten, Lehrern wie Laien, warm empfohlen werden. X Eine ähnliche Tendenz verfolgt mein *Grundriss der Psychologie für Pädagogen* Leipzig, Barth/. An Stelle der genetischen wurde hier eine systematische Betrachtungsweise zu grunde gelegt, das heisst, ich behandelte zuerst die intellektuelle Seite des Seelenlebens, dann die Gefühls- und Willenseite usw. Auf die Anwendungsmöglichkeiten der Ergebnisse für Theorie und Praxis der Er-

ziehung und des Unterrichts wurde stets hingewiesen. X Endlich will ich noch kurz erwähnen, dass Edouard Claparède's *Psychologie de l'enfant et pédagogie expérimentale* /Genf, Kündig/ in 2., bedeutend erweiterter Auflage erschienen ist.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Allgemeines So verschieden auch der Eindruck der beiden grossen Ausstellungen Berlins ist, so gedrängt die *Sezession* und so langweilig weitläufig die *Grosse Ausstellung* wirkt, so ist ihnen doch eines gemeinsam: neben der ganzen Menge gekünstelter oder auch nichtssagender Bilder sind immer viele gute Sachen, die stark interessieren, deren Wirkung aber über dieses momentane Interesse für mich nicht hinauskommt. Und nicht das ist, was man doch eigentlich Kunstfreunde nennt. Der Grund dafür, dünkt mich, liegt in einer Art Distanz vom Maler zum Modell, die sich da fühlbar macht. Es fehlt dieses vollständige Hineinkriechen in das zu Malende und von da aus das Mitfühlen der Bewegungen und des ganzen Gehabens im Raum. Dieses Mitfühlen müsste dem Bild ein zweites eigenes Leben geben, das ja unter Umständen auch andere Wege gehen kann als das Modell selbst. Dieses Aufgehen des Malers glaubt man höchst selten zu empfinden, meist sieht man eben nur das Modell — ob Mensch, ob Landschaft — gut oder schlecht gemalt. Es scheint mir dies die Art von den meisten unserer besten Maler: Liebermann, Beckmann und selbst Corinth, dessen *Bathseba* von überaus starker Wirkung ist, haben viel von dieser studienhaften Kälte an sich. Dagegen tragen auch viele etwas von dieser spezifisch künstlerischen Art, die ich da meine, an sich: in der *Sezession* zum Beispiel einige Sachen Leistikows (ein Bild: grosse Kähne in ganz stillem Wasser, in dem sich das durchsichtigste, klarste Grüngelb des Abendhimmels spiegelt); dann Walser, Orlik, Kalkreuth, auch Böhlen, dessen Bild einer alten Frau seltsam abgeschlossen ist, auch ein Blumenbeet von Moll mit Phlox und Margueriten im Abenddunkel. In der *Grossen Ausstellung* waren mir die Namen derer, die mir in diesem Sinn auffielen, meist fremd — wie Barth, Heichert, Bautzer, Schüler, Monnickendam, Schreuer —;

dann Vogelstücke in japanischer Art von Lissmann, vor allem auch ein kleines Bild Whistlers, und das bekannte alte Overbeckbildnis von Heuss. Überhaupt sind in den Nebensälen eine ganze Flut sehr guter und lebendig angesehener Sachen zu finden, ein Durcheinander von sehr Anregendem zwischen ganz Wertlosem oder gar noch Schlechterm.

×
Hodler Von den einzelnen Künstlern, die ganze Gruppen ausgestellt haben, macht ohne alle Frage Hodler in der *Sezession* den bei weitem stärksten Eindruck. Sein grosses unvollendetes Bild ist eine Studie zum Wandbild für die Jenenser Universität. Vorn in lebhafter Bewegung, nach rechts und links aus einander gehend, zum Kampf aufbrechende Studenten mit ihren Pferden und darüber etwas kleiner in ganz streng gleichmässigem Rhythmus vorbeimarschierende Reihen: alles dunkel auf hellem Grund. Das Bild hat einen ganz grossen Zug in diesem in einander greifenden Bewegungstakt, und auffallend ist's, wie Hodler jede Tiefenwirkung vermeidet. Sein anderes grosses Bild, *Die Liebe*, scheint mir in rein künstlerischer Beziehung nicht so wertvoll; es ist in Rostgelb gehalten und stellt zwei Paare dar, die in Liebe eingeschlafen sind. Gross und klar ist alles.

×
Berlin: Grosse Ausstellung Von denen, die auf der *Grossen Ausstellung* ein ganzes Zimmer füllen, prägt sich wenig so unmittelbar ein: Dettmanns Bilder sind gegen die der früheren Jahre wesentlich tiefer und feiner geworden, viele darunter sehr anziehend; dann Zwintscher, der trotz seiner Romantik innerlich kalt und gekünstelt wirkt, und Unger. Er scheint wesentlich reicher als Zwintscher. Seine Typen ähneln auffallend Klinger an, von dessen Art wohl etwas in Unger ist, wenn Unger auch bedeutend malerischer sieht als Klinger. Alles ist in feinen, luftigen Tönen, und ein Überreichtum an Formen, sogar im Beiwerk gibt den Bildern einen besonderen, etwas berücksichtigenden Reiz, der aber in den Gesichtern, nach meinem Geschmack, viel zu absichtlich sich ausdrückt. Es hat beinahe etwas Komisches eine Reihe von Frauenköpfen zu sehen, von denen einer immer sphinxhafter und verführerischer ist als der andere. Ein Florentiner Maler Friedr. Stahl fällt auf, der mit lächerlichem Talent frühitalienische Art nachmacht; nur aus

den gesucht roten Mündern der Frauen lugt sein Zwittergeist vor, wie etwa ein Pferdefuss aus der Kutte. Von Le-
 vêque ist eine Lucrezia Borgia mit viel natürlicher Kraft.

×
Plastik Sehr verschieden ist in den beiden Ausstellungen aber die Plastik vertreten, die in der *Grossen* geradezu sinnverwirrend wirkt, und schon von weither kann man die überlebensgrossen schneeweissen und bronzenen starken Männer sehen, wie sie entsetzlich herumhantieren; nur ganz wenige Sachen machen da eine Ausnahme — etwa Levin-Funke, Heider, Zimmermann —, während auf der *Sezession* eine Reihe von Arbeiten von Kolbe, Gaul, Bauer, Gerstel, Haim sind, die die Plastik wie in ganz neuem Sinn zu fassen scheinen. Besonders Kolbe mit seiner lebensvollen, gedrängten Art. Ausserdem ist mir persönlich der *Trinker* von Borlach unendlich anziehend.

×
Porträtausstellung Die Porträtausstellung der Berliner Akademie der Künste war von besonderem Interesse: durch die Gebundenheit des Themas traten alle die Unterschiede der Kunstperioden wie auch der einzelnen Maler lächerlich klar vor Augen. Nicht nur in Malart und Komposition, auch an und für sich im Auffassen von Menschen. Gleich im ersten Saal hing Rembrandt mit einigen herrlichen Bildern, die auf das Lebhafteste treffen — in der Mitte ein köstlich gemalter Mann mit eingeschlagener Nase, unter anderem auch eine junge Frau, die Hände in den Ärmeln und überaus ruhig im Blick —, und doch, besonders wenn ich Rembrandt neben Italienern oder frühen Deutschen sehe, ist er mir als Porträtist nicht so unvergleichlich wie er meist gepriesen wird: immer ist's, als wenn er die Menschen nach ihren malerischen Qualitäten in erster Reihe auffasst, gleichsam durch ihre Person hindurch das Modell sieht, und damit den Zusammenhang mit dem Menschen selbst über diesem Bildinteresse verliert. So subjektiv wie in der Farbe scheint er eben auch in der Auffassung, und bei seinen Porträts denke ich an die Modelle nicht anders als etwa an Romanfiguren. Sinnlich viel voller und runder ist das Raffaelsche Bild des Medici. Es scheint mir grade als Porträt unübertrefflich: der Mensch selbst

steht da, mit seinem verschiedenfarbigen Anzug, seinem roten Unterkleid und grünen Mantel, ohne dass etwas von Naturalistik dabei wäre; man möchte über seine Charakteristik nichts sagen, wie man doch auch sich scheut den im Leben nahen Menschen in eindeutiger Charakteristik aufzufassen. So ist nichts in dem Porträt unterstrichen und betont. So einfach sinnlich wie in der Auffassung ist's auch in der Malweise, die eigentlich von sogenannter *Technik* nichts spüren lässt. Fast das selbe ist auch von den Tintoretto's zu sagen, wengleich sie sinnlich lange nicht so kräftig sind. Das aber bleibt den Italienern jener Zeit immer eigen: alles, was sie malen, bleibt stets so innerhalb des Malerischen, dass man wohl denken könnte, all ihr Auffassen sei nur durchs Auge gegangen; nichts greifbar Plastisches dabei, wie etwa bei den Halschen Bildern. Allerdings ist Hals nicht gut vertreten, mit Ausnahme eines sehr schönen, in Grau gehaltenen Frauenporträts. Die anderen Bilder rücken in ihrer überraschenden Lebendigkeit unangenehm nah zu Leibe. Auch sonst war sehr viel Gutes da: Teborchische Porträts, kleine Bildchen und die Menschen tief im Raum stehend, wie nicht mehr gegenständlich; dann Breughel, auch klein mit ernsthafter und einfacher Technik; vor allem aber ein Männerporträt vom Meister der *Magdalenenlegende*, das mit schlichten Sinnen gemalt ist.

× **Berliner Ausstellungen** Keller & Reiner stellen

Bilder von Reber in Rom aus, gemalt mit dem aller schönsten Geschmack und edelstem Sinn. Und doch sind sie wie keine eigentlichen Kinder der Malerei; wie Wechselbälge wirken sie, gegen die man wegen ihrer *Schönheit* gar nicht einmal recht aufzukommen vermag.

Bei Gurlitt zeigte die *Ausstellung der Vereinigung der Berliner Künstlerinnen* viel Lebendiges, besonders Sachen von Ida Gerhards, meist Pariser Motive, und Klara Siewert, die eine wunderbar nuancierte Auffassung hat. Aber mit ganz besonderer Kraft wirkten die Blätter der Käthe Kollwitz, die einen ganzen Raum füllten. Bei einer solchen Sammlung überwiegt der Eindruck der künstlerischen Persönlichkeit bei weitem, und das kommt Käthe Kollwitz ganz besonders zu gute, denn dieses persönliche Verstehen scheint besonders bei ihr zu einem richtigen Kunstver-

stehen notwendig. Ich meine etwa, dass alles, was sie macht, so voll von Menschengefühl ist, und eigentlich nichts anderes gegeben ist als eben nur dieses. Ihre ganze Zeichnung, ihre Technik: alles vermag ich nur als Ausdruck dessen zu sehen und zu werten. Ein Blatt ist da: eine bitterlich weinende Frau, die ihr Gesicht an ein kleines Kind anlehnt, das lacht und die Händchen nach fliegenden Vögeln hebt. Auch einige *Simplicissimus*zeichnungen sind ausgestellt. Diese leichtere Technik bietet Käthe Kollwitz natürlich wesentlich mehr Bewegungsfreiheit als die Radiertechnik, in der sie bisher arbeitete.

× **Kurze Chronik** Die Stadt Berlin hat einen grösseren Betrag zum Ankauf von Gemälden der *Grossen Berliner Kunstausstellung* ausgesetzt. Die *Sezession* wurde übergangen. × Direktor von Tschudi scheidet aus preussischem Dienst und wird Zentralgemälde direktor in Bayern. × Der *Simplicissimus* verlor, nachdem R. Wilke kürzlich gestorben ist, nun seinen Verleger Albert Langen und den Zeichner Reznicek durch den Tod.

× **Literatur** *Im Herbst des Lebens* hat jetzt Hans Thoma ein Buch erscheinen lassen, das

die Aufsätze, die er im Lauf seines Lebens bei bestimmten Anlässen geschrieben, zusammenfasst (München, Verlag *Süddeutsche Monatshefte*). Der selbe Mann, wie man ihn aus seinen Bildern kennt, ist er auch hier, nur dürftiger denn als Maler. Immer ein gesunder Sinn, aber seine Ehrlichkeit und Einfachheit, die mir in seinen Bildern lieb sind und da auch künstlerischer und naiver wirken, haben hier vielleicht etwas Volkslehrerhaftes. Alles ist mit einem deutschbiederem Gesicht gesagt, das sich seiner Biederkeit auch etwas bewusst ist. Nur in der Einleitung, wo er allgemein von den Erlebnissen seiner alternden Seele spricht, ist die lebendige Kraft, die in den Bildern steckt, und die ich fast immer lieb habe wie einen guten Freund. × In den katholischen *Stimmen aus Maria Laach* schreibt St. Breissel über die Ausschmückung der Marcuskirche in Venedig, die sich durch etwa sieben Jahrhunderte erstreckt, und zeigt im Anschluss daran, wie das unbedingte Verlangen nach Stileinheit ein recht Theoretisches sei, da der Eindruck der Kirche in diesem bunten Durcheinander von

immer frischer Schönheit bleibt. In einem zweiten Aufsatz über die Kapelle *Santa Maria della Carità* in Padua preist er Giotto. Er führt bei dieser Gelegenheit aus, wie die heutige katholische Kirche sich zu der modernen Heiligenmalerei stellt. Er sagt, sie habe immer das Prinzip befolgt, die neuen Kunststile aufzunehmen, unter der Bedingung, dass sie die alten Gedankeninhalte heilig halten. Nun ist mir die Kirchengeschichte nicht bekannt genug, um zu wissen, wie die Kirche damals sich zu Giottos Bildern stellte, die doch wohl gegenüber der byzantinischen Kunst nicht nur neue Formen sondern auch neue Inhalte an Gedanken und Gefühlen brachten. Die Trennung, die St. Breissel zwischen Gedankeninhalt und Form in der Malerei aufstellt, scheint schief und unfruchtbar. Man kann wohl annehmen, die Kirche sei damals modernen Richtungen gegenüber weniger abgeschlossen gewesen als sie es jetzt ist. Es ist daher unrichtig die jetzige ablehnende Stellung der Kirche zu modernen religiösen Kunst als ein historisches Prinzip hinzustellen, das stets von der Kirche befolgt wurde. Im übrigen muss man sagen dass zum Historiker der altchristlichen Kunst ein gläubiger Katholik eigentlich erst die richtigen Vorbedingungen mitbringt, denn Wertung und Verständnis für Stoff und Symbol ist für den ein anderes, der im geschlossenen Ring der Tradition aufgewachsen ist, als für den Nurbeschauer oder -historiker.

KULTUR

Kolonisation / Gerhard Hildebrand

Samoa Über die Ursache der Unruhen liegen bedauerlicherweise immer noch keine amtlichen Aufklärungen vor, während die privaten Nachrichten sich vielfach widersprechen (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 542 ff.). Im Gegensatz zu den Berichterstattern deutscher Blätter, die sich einerseits über starke Willkür andererseits über ungerechtfertigte *Verhütschelung* der Eingeborenen durch den Gouverneur Dr. Solf beklagen, um dann doch wieder eine Anzahl ihrer Forderungen für berechtigt zu erklären, meint ein Korrespondent des *Standard*: »Keine Verwaltung könnte rücksichtsvoller und gerechter sein als die des Dr. Solf, und doch murrte man über das Vorenthalten

weiterer Konzessionen. Persönlich glaube ich, dass die Eingeborenen sich mit ihren 5 Häuptlingen selbst regieren wollen. Es besteht der Eindruck, dass irgend ein Weisser sie berät, und es hat den Anschein, dass die von der Regierung schnell ergriffenen Massregeln zur Beseitigung der jüngsten lokalen Unruhen weitere derartige Vorgänge nicht völlig verhindern werden.« Diese Massregeln bestanden vor dem Eingreifen der Kriegsschiffe in einzelnen Zoll- und Gebührenermächtigungen für den Verkehr mit den Nachbarinseln und in der Zusage weiteren Entgegenkommens. In dieser Hinsicht werden von den Eingeborenen wie von den Weissen »grössere Selbständigkeit, Einschränkung der Verwaltungsausgaben, genaue Abrechnung über die eingegangenen Gelder, grössere Aufwendungen für öffentliche Arbeiten usw. und Verringerung der Steuerlast« verlangt. Ein Berichterstatter der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung* versichert zunächst, das seien Phrasen, die die Eingeborenen offenbar einem Weissen nachsprächen, der sie *belehrt* habe, erklärt dann aber sein Einverständnis mit diesen *Phrasen* und wünscht darüber hinaus aufs neue die Öffnung Samoas für weitere weisse Pflanzler, »die einzigen Leute, die nicht zu klagen haben«. Dann wieder heisst es bei dem gleichen Berichterstatter: »Der Samoaner ist gar nicht der Faulpelz, für den er allgemein gehalten wird, ihm ist nur der Begriff des Eigentums vollständig fremd. Hierin ist in den 9 Jahren deutscher Regierung gar nichts geschehen. Man kann keinem Menschen, auch nicht dem fleissigsten, zumuten schwer zu arbeiten, wenn jemand anderes den Lohn dafür einstreicht.« Ein Berichterstatter der *Frankfurter Zeitung* urteilt, es sei ein grosser Fehler gewesen zu vergessen, dass sich die Samoaner jahrzehntelang (bis 1905) selbst regiert haben. »Es liegt ganz klar auf der Hand, dass es ihnen nicht behagt lediglich Steuern und Zölle zu entrichten und dann zu sehen, dass ihre nicht zum geringen Teile durchaus berechtigten Wünsche gänzliche Nichtbeachtung finden. Sie verlangen jetzt Wiedererrichtung der früheren Selbstverwaltung sowie Rechnungsablage über die von ihnen selbst aufgebracht Gelder; beides Forderungen, die ihnen jeder rechtlich denkende, vorurteilsfreie Ansiedler zuerkennt; um so mehr als auch die Weissen schon seit einer Reihe von Jahren Klage führen über die unsachgemässe Finanz-

wirtschaft auf Samoa.« Und der Forschungsreisende Dr. Otto Tetens schreibt der *Kölnischen Zeitung* auf grund seines 3jährigen Aufenthalts auf Samoa: »Die samoanischen Führer sind keine unbesonnenen Kinder oder Wilde sondern besitzen politische Einsicht genug, um die Macht des Deutschen Reichs nicht zu unterschätzen, sich allerdings auch ihrer eigenen Macht wohl bewusst zu sein.« Den tatsächlichen Machtverhältnissen sei »in erhöhtem Masse als bisher Rechnung zu tragen«, entweder durch Bewilligung »ihrer keineswegs unerfüllbaren Forderungen« oder durch »eine ständige Machtentfaltung in jenen Gewässern«. Das einzige, was bisher amtlich zur Erklärung der Unruhen angeführt worden ist, der Streit um die Nachfolge des Häuptlings Mataafa (siehe diese Rundschau, 1909, 1. Band, pag. 542), scheint insofern eine Rolle gespielt zu haben als in der Tat das Gouvernement unter den Prätendenten den Häuptling Tamasese begünstigt und dadurch unter dessen Gegnern Erbitterung hervorgeufen, ihn selber aber begehrlieh gemacht hat. »Auf alle Fälle war es sehr unklug gehandelt, ohne die nötige Macht hinter sich zu haben, in dieser ganz internen Eingeborenenangelegenheit Partei zu nehmen«, bemerkt dazu der schon erwähnte Berichterstatler der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*.

× Deutsch Ost-afrika ×

Mit dem 1. April ist das Vermögen der 12 kommunalen Verbände Pangani, Wilhelmstal, Moschi, Bagamoyo, Mrogoro, Rufidji, Kilwa, Lindi, Songea, Langenburg, Tabora und Muansa auf den Landesfiskus übergegangen, während die Städte Daressalaam und Tanga eine verklusulierte Selbstverwaltung behalten. Die Finanzhoheit der Kommunalverbände war durch Reichskanzlerverordnung vom 29. März 1901 unter Gouverneur von Liebert eingeführt worden und gab den vom Gouvernement ernannten Bezirksräten das freie Verfügungsrecht über 50 % der Hüttensteuer und 30 % der Gewerbesteuer. Da das Gesamtaufkommen an Häuser- und Hüttensteuern sehr schnell gewachsen ist — es betrug beispielsweise in den Rechnungsjahren 1905 1 704 201 M., 1906 1 924 964 M. und 1907 2 424 692 M. —, so verfügten einzelne Kommunalverbände, in denen die Entwicklung besonders günstig verlief, schliesslich über sehr erhebliche Summen für lokale Zwecke, während ärmere

Kommunalverbände und Distrikte verhältnismässig zu kurz kamen. Dazu kommt, dass die Hüttensteuer zum weitest aus grössten Teil von den Eingeborenen aufgebracht wird, während die ausserordentlich geringe Zahl von Weissen, aus deren Mitte die Bezirksräte gebildet werden, natürlich in erster Linie an die Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse bei der Verwendung der Gelder dachte. Das musste um so mehr zu Übelständen führen als die weisse Bevölkerung vielfach infolge der klimatischen Verhältnisse sehr schnell wechselt, so dass in manchen Kommunalverbänden keiner der Weissen länger als 2 Jahre, zuweilen kaum einer länger als 1 Jahr ansässig war. Diese sollten dann über grosse, hauptsächlich von der eingeborenen Bevölkerung aufgebraachte Summen verfügen, ohne dass eine Kontrolle stattfand.

Selbst in den Hafenbezirken Tanga und Daressalaam, die eine eigene Finanzwirtschaft behalten, waren im Beginn des Jahres 1908 nur etwa 185 respektive 400 Weisse, darunter 51 und 219 Beamte, Geistliche und Missionare, während die farbigen Steuerzahler in Tanga 6000, in Daressalaam 23 000 Köpfe zählten. In diesen beiden Orten soll unter Vorsitz des Bezirksamtmanns ein Stadtrat die Verwaltung führen, von dem 1 Mitglied durch den Gouverneur ernannt wird, 3 Mitglieder durch die weisse Bevölkerung gewählt werden, dessen Beschlüsse jedoch bei Einspruch des zu bildenden Farbigenausschusses an die Zustimmung des Gouverneurs gebunden sind.

In den übrigen Kommunalverbänden hat in Zukunft der Bezirksrat alljährlich einen Etatsvoranschlag für alle den Bezirk angehenden — nicht nur, wie bisher, für die dem Bezirk zugewiesenen — Angelegenheiten festzusetzen, der dem Gouverneur als Unterlage für seinen Finanzplan dient und nach Zusage des Staatssekretärs Dernburg bis zu 25 % der Hüttensteuer und 15 % der Gewerbesteuer für kommunale Zwecke beanspruchen darf. Es versteht sich von selbst, dass diese Regelung der kommunalen Finanzwirtschaft den heftigsten Widerspruch der Farmer und ihres sehr grossen deutschen Pressanhangs auslöst. Die *Kölnische Zeitung* beispielsweise, die früher gelegentlich heftig gegen den Gouverneur von Rechenberg polterte, nach den letzten Kolonialdebatten im Reichstag aber erklärte, sie werde in Zu-

kunft über alle Angriffe gegen den Freiherrn zur Tagesordnung übergehen, der für sein jetziges Amt besonders geeignet sei, schreibt am 4. Mai wieder: Über diese Episode in der Geschichte unserer Kolonien werde der spätere Geschichtsschreiber sicher ein vernichtendes Urteil fällen, aber auch schon jetzt werde niemand, dem die Kolonie wirklich am Herzen liege, dem in erster Linie verantwortlichen Gouverneur von Rechenberg für dieses besondere Denkmal seines autokratischen Regiments Dank wissen. Andere bezeichnen jedes Heranziehen der farbigen Bevölkerung als »eine Verhöhung der weissen Bevölkerung« (*Grenzboten*) und entrüsten sich darüber, wie man »den Weissen zumuten« könne »sich mit einem Schwarzen zusammen an den Beratungstisch zu setzen« (*Rheinisch-Westfälische Zeitung*). Die Farbigen sollen nämlich schon nach der Liebetschen Verordnung von 1901 mit je einer Stimme in den Bezirksräten vertreten sein, sobald sie der deutschen Sprache genügend mächtig sind, um den Verhandlungen mit Verständnis folgen zu können.

× ×
Kurze Chronik Reisende, die Anfang Mai vom Kongo nach Antwerpen zurückkehrten, berichteten belgischen Blättern, dass 10 000 Eingeborene vom Stamme der Njem im Süden Kameruns wegen schlechter Behandlung durch Offiziere und Unteroffiziere auf das französische Kongogebiet übergegangen seien. Dem Kameruner Gouverneur war als Grund für diese Massenabwanderung Übergriffe eingeborener Soldaten, Bedrückung durch Händler und Heranziehung zu öffentlichen Arbeiten angegeben worden. × Gouverneur Seitz aus Kamerun äusserte kürzlich bei seiner Ankunft auf Heimatsurlaub in Hamburg, die Förderung der Eingeborenenkulturen durch die Regierung sei zwar notwendig, doch sei es wesentlich die Eingeborenen nur solche Kulturen betreiben zu lassen, die ohne besonders schwierige Pflege dauernd gute Erfolge verbürgen. Angesichts der Tatsache, dass erst vor wenigen Monaten Ausschreitungen farbiger Polizeisoldaten aus dem Hinterland Südkameruns, aus der Gegend zwischen Jaunde und Joko am oberen Sanaga gemeldet wurden, denen sich jetzt der Zwischenfall mit den Njem in der benachbarten Südostecke an gereiht hat, scheint die von Dr. Seitz für die Be-

handlung der Eingeborenen empfohlene Vorsicht keineswegs in der Kolonie durchgeführte Praxis zu sein.

× ×
Literatur In der *Sammlung Göschel* /Leipzig, Göschel/ veröffentlicht der Direktor des *Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten* in Hamburg, Medizinrat Professor Dr. Nocht eine *Tropenhygiene*. Nach dem Verfasser verursacht das Tropenklima nicht an sich die schweren Schädigungen, die ihm früher zugeschrieben wurden. Die Frage der Akklimatisationsfähigkeit der weissen Rasse hat vielmehr jetzt ein günstigeres Aussehen als früher, »da wir inzwischen gelernt haben, dass die Gesundheit der Weissen in den Tropen hauptsächlich von der Häufigkeit und Schwere vermeidbarer Krankheiten, insbesondere der Malaria, abhängt«. Man lerne aber immer besser der Malaria und anderen Infektionskrankheiten zu Leibe zu gehen, je vollkommener es gelingt die Parasiten, die Infektionsträger (meistens Mücken) und die Infektionsherde kennen zu lernen. Zur Vorbeugung hat nicht nur der einzelne grosse Sorgfalt aufzuwenden, sondern es bieten sich vor allem auch der öffentlichen Hygiene sehr grosse und schwierige, aber auch ebenso lohnende Aufgaben. Nocht gibt in seinem Büchlein dafür eine grosse Anzahl von Winken und Belehrungen. × Die Kongofrage will nicht zur Ruhe kommen, und es ist zu befürchten, dass auch der belgische Thronfolger auf seiner Studienreise von den Kongobeamteten ebenso *eingewickelt* wird wie sich schon mancher Kongoreisende hat einwickeln lassen. Wer die gerissene Methode des offiziellen Vertuschungssystems kennen lernen will, der lese die überaus harmlose Darstellung, die der Schweizer Erwin Federspiel, ehemaliger Kommandant des Stanley Falls Distrikts in seiner Broschüre *Wie es im Kongostaat zugeht* /Zürich, Orell Füssli/ von den Dingen gibt. Danach ist eine vernünftiger Kolonialverwaltung als die im Kongostaat übliche überhaupt kaum denkbar. Als Gegensatz ist die Schrift des schweizerischen Missionsmannes Dr. H. Christ-Socin *Das Schicksal des Kongo, eine Gewissensfrage an die Menschheit* /Basel, Helbing & Lichtenhahn/ sehr zu empfehlen. Während sich Federspiel fortgesetzt auf die offiziellen Verordnungen und Vorschriften bezieht, berücksichtigt Christ-Socin auch die viel

wichtigeren Geheimerlasse und gibt eine vorzügliche Übersicht über die praktischen Wirkungen des Enteignungs-, Zwangsarbeits- und Monopolisierungssystems auf grund aktenmässig beglaubigter Zeugenaussagen. An einer Stelle deutet Christ-Socin übrigens an, dass auch im deutschen Kamerun das Kolonialregiment nicht ohne Blut und Tränen ablaufe. Da er die gleiche Ansicht für das französische Kongogebiet äussert und als beruflicher Kenner der Missionen in diesen Gebieten jedenfalls nicht ohne Unterlagen spricht, verlieren die gegenseitigen deutsch-französischen Beschwichtigungsversuche über die Ursachen der häufigen Eingeborenenunruhen in den Grenzgebieten der beiden Kolonien einigermaßen an Wert. X In seinen *Deutsch-chinesischen Studien* /Berlin, Stilke/ betont Dr. Paul Rohrbach die grosse Schwierigkeit das Wesen der chinesischen Kultur zu verstehen. Ihre Bedingtheit leitet er bei dem Mangel an Göttermythen und Heroensagen, die auf ein Vorwiegen kriegerischer Selbsterhaltungskämpfe in der Frühzeit chinesischer Kultur schliessen lassen könnten, von dem wesentlich friedlichen Vordringen aus den kleinen Oasenländern Innerasiens in die ausgedehnten und fruchtbaren Talniederungen des Ostens her. Diese Vorgeschichte habe ungezählte Jahrhunderte hindurch wahrscheinlich nur das eine Wort zum Inhalt gehabt *Seid fruchtbar, mehret euch und füllet die Erde!* Aus ihr sei zu erklären, dass bis zum heutigen Tag die Familie als sozialreligiöses Prinzip das Leben der Chinesen beherrsche. Da nun die Zeit der machtpolitischen Druckmittel China gegenüber vorbei sei, werde diejenige Nation den grössten Einfluss auf die Reorganisation Chinas ausüben (und infolgedessen die besten Geschäfte machen), die sich am deutlichsten klar mache, dass China ein eigenes lebensfähiges Prinzip geistiger Bildung besitze, und am meisten zur organischen Verbindung zwischen chinesischer und westlicher Bildung beitrage. Auf grund der Aussagen chinesischer Auslandskommissare, dass die staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen Deutschlands von allen europäischen Ländern am meisten annehmbar für die chinesische Geisteswelt seien, empfiehlt Rohrbach

»die Chinesen davon zu überzeugen, dass sie bei der Riesenarbeit der Reorganisation ihres Staatswesens, die sie im vollen Ernst vorhaben, das beste und solideste Rüstzeug aus der Werkstatt des deutschen Geistes beziehen können«. Man solle ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens zwischen China und Deutschland anbahnen, ein deutsch-chinesisches Musterschulsystem in China in Verbindung mit einer Organisation für das Studium chinesischer Hochschüler in Deutschland schaffen, eine deutsch-chinesische Lehrmittel- und Übersetzungsliteratur begründen und von Tsingtau aus zunächst in Schantung die chinesische Agrarwirtschaft zu heben suchen. Letzteres sei auch die sicherste Gewähr für die Entwicklung des deutschen Stützpunkts, dessen Rückgabe die Chinesen weder für einen Beweis von Grossmut noch für ein Zeichen von Klugheit sondern für nichts als einen Ausfluss unseres Schwächegefühls halten würden. Doch empfiehlt Rohrbach »die Vermeidung jedes Verdachts, als ob wir ein Stück von China auf irgend eine Weise als unsere spezielle politische Interessensphäre betrachten«. X Das *Kolonialhandelsadressbuch* für 1909, das vom *Kolonialwirtschaftlichen Komitee* zu Berlin herausgegeben wird, enthält den Personalbestand der Kolonialbehörden, Angaben über die kolonialen Institute, Vereine, Zeitungen usw., Listen von Pflanzungsunternehmungen, von selbständigen Farmern, Handelsfirmen und sonstigen Berufstreibenden in den einzelnen deutschen Kolonien, ausführliche Angaben über die kolonialen Dampfer- und Eisenbahnverbindungen, Zölle, Postanstalten, Kabelgesellschaften einschliesslich der Tarife, über die in den deutschen Kolonien gebräuchlichen Münzen, Masse, Gewichte usw., sonstige Angaben für Auswanderer, Farmer, Bewerber, endlich Verzeichnisse heimischer, deutscher Kolonial-, Import- und Exportfirmen. Ein kurzes Nachschlagen zeigt, dass Vollständigkeit noch nicht erreicht ist. So fehlen Angaben über die Plantagenunternehmung des neuerdings mehrfach genannten griechischen Ingenieurs Skutari bei Kilossa (Ostafrika), über die Versuchsexploitation der südwestafrikanischen Khanminen und anderes mehr. Auch die Übersichtlichkeit könnte wohl noch erhöht werden.